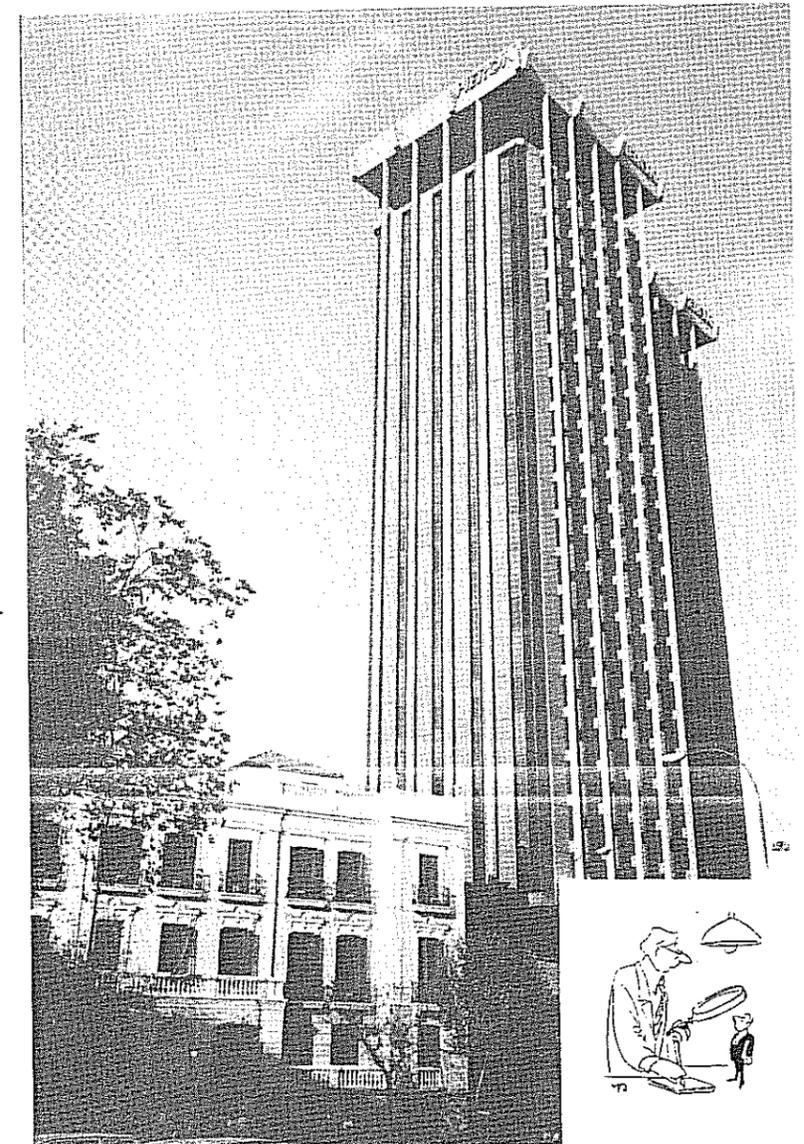


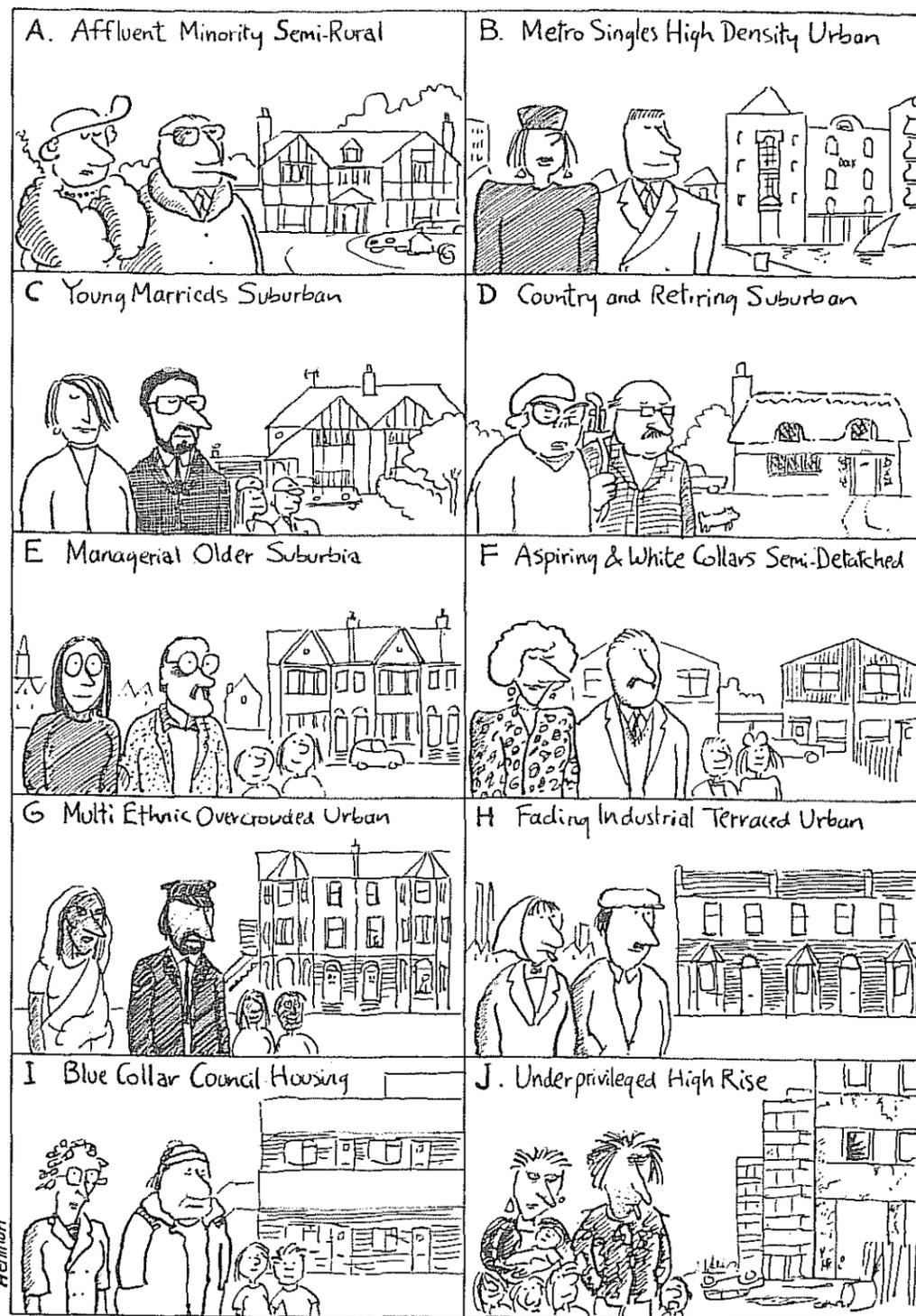
Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie

4.Jg.Nr.2

Februar 1990



Herausgegeben im Auftrag der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie von Wendelin Strubelt, Bonn



Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
I. <u>Berichte und Ankündigungen aus der Sektion</u>	
- Programm der Herbsttagung 1989	5
- Dokumentation der Frühjahrstagung 1989	6
- Weitere Beiträge	26
- Hinweis auf die nächsten Sitzungen	30
II. <u>Berichte / Informationen</u>	
- Beiträge von	
-- Andreas Falke	31
-- Hartmut Häußermann	47
- Auszug aus der "Städtebauprognose"	52
- Vorträge und Veranstaltungshinweise	56
III. <u>Forschungsprojekte</u>	68
IV. <u>Lehrveranstaltungen</u>	
- Universität Bremen	73
- Universität Dortmund	73
V. <u>Literatur-Hinweise</u>	
- Verschiedene Literaturhinweise	75
- Auszug aus den "Schnellinformationen" der BfLR über neu erworbene Literatur für die Bibliothek	82

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 1. April 1990.

Schicken Sie Ihre Beiträge bitte an die folgende Adresse der Redaktion:

Wendelin Strubelt
c/o Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung
Postfach 20 01 30

5300 Bonn 2

V o r w o r t

Ganz zu Anfang gilt es um Entschuldigung zu bitten. Und zwar hinsichtlich des Erscheinungszeitpunktes dieser Ausgabe. Es war beabsichtigt, die Ausgabe noch vor Ablauf des Jahres 1989 herauszubringen, aber neben der Arbeitsbelastung gab es auch technische Gründe, die einen Druck dieser Ausgabe erst Anfang Februar möglich machten. Ich kann nur um das Verständnis der geschätzten Leserschaft bitten und geloben, daß es zukünftig nicht noch einmal vorkommt.

Aber nun zum Inhalt. Dieses Heft hat, wie die vorhergehenden, die bewährte Mischung, nämlich einmal Informationen über Tagungen, Veröffentlichungen und Termine sowie erneut die Dokumentation von Referaten, bzw. Publikationen, die alle in unserem Feld Arbeitenden interessieren. Dokumentiert sind, soweit bei mir eingegangen, Referate, die auf der Frühjahrstagung 1989 in Kassel gehalten worden sind. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang darauf, daß die Referate, die auf der Herbsttagung in Bad Zwischenahn gehalten worden sind, insbesondere die Referate des Schwerpunkts "Feministische Stadt- und Regionalforschung" erst in dem nächsten Heft erscheinen werden. Dieses wird aber bereits im April herauskommen.

Soweit zum normalen Geschäft. Das Unnormale, der Lauf der Geschichte, das real sich Entwickelnde in dem Zeitraum zwischen dem Erscheinen des letzten Heftes und des jetzigen Heftes, wird auch die Stadt- und Regionalsoziologen nicht unberührt lassen. Waren Kontakte mit den Kollegen der DDR im Bereich der Stadt- und Regionalsoziologie bisher noch sehr beschränkt, nur von einzelnen gepflegt, so wird sich dies in allernächster Zukunft ändern, hat sich bereits geändert. Gelegenheit zum gegenseitigen Kennenlernen wird vermutlich bereits der Soziologentag im Herbst in Frankfurt bieten, aber die Planungen gehen auch dahin, alsbald mit den Kollegen in der DDR eine gemeinsame Sektionssitzung zu veranstalten. Das neue Entstehen von Landesplanung und Raumordnung, die Schaffung von kommunaler Selbstverwaltung in den Städten und Gemeinden der DDR, all dies wird auch für die dortige Stadt- und Regionalsoziologie eine neue Herausforde-

rung darstellen. Das Interessante ist in diesem Zusammenhang, daß bereits vor den Ereignissen des Herbstes diese Kollegen, allerdings für eine breite Öffentlichkeit weithin unbemerkt, Positionen eingenommen und bezogen haben, die jetzt für viele politische Kreise in der DDR zum Standardrepertoire gehören. Ich möchte in diesem Zusammenhang insbesondere auf die sogenannte Städtebauprognose des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR vom November letzten Jahres hinweisen. In ihr wird, unter der verantwortlichen Leitung des Kollegen Bernd Hunger, eine Konzeption für die Entwicklung von Territorien und Städten der DDR konzipiert. Wer sich näher mit der DDR, mit den Problemen von Stadt- und Regionalentwicklung beschäftigen will, ist gut beraten, diese Studie zum Ausgangspunkt eines intensiveren Kennenlernens der DDR, ihrer Bedingungen und ihrer Probleme zu machen. Die einleitenden und zusammenfassenden sechs Thesen dieser Studie sind in diesem Heft dokumentiert. Hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auch noch auf die Informationen zur soziologischen Forschung in der DDR, die bislang von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, von der dort residierenden Zentralstelle für soziologische Information und Dokumentation herausgegeben werden. So ist z.B. in Nummer 1 des 25. Jahrgangs von 1989 ein Artikel von Karl-Otto Richter über den "Einfluß städtischer Verhältnisse auf die Komplexität der Lebensweise sozialer Gruppen" abgedruckt und im Heft 3.1989 berichtet Alice Kahl über "Gentrification - ein neues Phänomen in der sozialen Struktur kapitalistischer Städte". Hierbei rezipiert sie insbesondere die Literatur in der Bundesrepublik und überprüft sie auf ihre mögliche Anwendung für die Situation in der DDR. Wer sich für diese Zeitschrift interessiert, schreibe an die Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Zentraler Versand, DDR-1086 Berlin. Auf dem mir zuletzt zugegangenen Exemplar ist bei der Anschrift auf dem Umschlag der Zusatz "Beim ZK der SED" geschwärzt.

Viele Grüße ins Land

Wendelin Strubelt

Bonn, Februar 1990, obwohl es
Dezember 1989 sein sollte

I. Berichte und Ankündigungen aus der Sektion

Programm der Herbsttagung 1989 in Bad Zwischenahn

Die nächste Sitzung der Sektion findet am 20.-22. Oktober 1989
in Bad Zwischenahn in der
Bildungs- und Freizeitstätte der Angestelltenkammer Bremen
statt.

Folgender Ablaufplan ist vorgesehen:

Freitag, 20. Oktober 1989:

1. Schwerpunkt: Feministische Stadt- und Regionalforschung

15 bis 18.30 Uhr

I. Zur Logik feministischer Stadt- und Regionalforschung

1. Überblick über verschiedene Ansätze (M. Rodenstein)
2. Gebrauchswirtschaft und Raumstruktur - eine historisch-soziologische Rekonstruktion (U. Terlinden)

II. Verschärfung sozialer Ungleichheit

1. Frauenleben auf dem Land - empirische Anhaltspunkte aus einer Untersuchung zu Lebensweisen und Gesundheit (I. Spiegel)
2. Zur gesundheitlichen Situation von Bäuerinnen (V. Lasch)

18.30 bis 19.00 Uhr Abendessen, danach Fortsetzung der
Diskussion

Samstag, 21. Oktober 1989:

9 - 12.30 Uhr

III. Zur Methodologie und politischen Praxis feministischer Forschung

1. Zur aktuellen Problematik der praxisorientierten
Forschung und der Bedeutung intermediärer Strukturen
(M. Rodenstein)
2. Der Beitrag der Gleichstellungsstellen zur
feministischen Planung (D. Reich)
3. Gruppendiskussion als Methode der Beteiligung von
Frauen an der Planung (C. Mussel)
4. Abschlusdiskussion

13.30 - 15.00 Uhr: Sektionsgeschäfte und Planungen

2. Schwerpunkt: Ökologie

15.30 - 18.30 Uhr:

1. Ökologie und Ökonomie (N.N.)
2. Natur und Gesellschaft (A.v. Gleich, IOW)

Sonntag, 22. Oktober:

9 - 12 Uhr:

3. Ökologische Stadtentwicklung: Probleme ihrer
Durchsetzung (B. Profé, Sen. für Stadtentwicklung
und Umweltschutz, Berlin)
4. Ökologische Stadtentwicklung am Beispiel Berlins
(H. Fichter/R. Knigge, FHW Berlin)

Abreise nach dem Mittagessen, das am Sonntag schon um 12 Uhr
beginnt.

Kurzprotokoll der Vormittags-sitzung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie am Vormittag des 21.4.1989

1. Katrin Gillwald trug eine bereits 1980 durchgeführte Untersuchung über den Zusammenhang von Umweltbelastungen und individuellem Wohlbefinden vor. Die Studie ist als Exploration einzustufen (geringe Fallzahl). Aus ihr ging hervor, daß es z.B. eine "negative Korrelation zwischen Luftbelastung und standardisierten Maßen des Wohlbefindens" gibt. Diese Korrelation tauchte erst ab einer durchschnittlichen Luftbelastung von 40 Mikrogramm Schwefeldioxyd pro Kubikmeter auf. Bemerkenswert ist, daß die Meßwerte den Probanden nicht bekannt waren.

Katrin Gillwald zog aus dieser Untersuchung zwei Schlußfolgerungen. 1.: Das Wohlbefinden von Menschen, die an eine bestimmte Umgebung gebunden sind, ist auf besondere Weise von der Qualität ihrer natürlichen Umwelt abhängig. 2.: Die herrschenden Grenzwerte tolerierter Umweltbelastung müßten drastisch reduziert werden.

In der Diskussion wurde zum einen das Meßproblem aufgeworfen: was wird gemessen, die Wahrnehmung oder die Umweltbelastung? Handelt es sich um bewußte oder unbewußte Reaktionen? Was liegt vor der Wahrnehmung der Wirkungen: Sind die sozialen Belastungen und gruppenspezifischen Bedingungen kontrolliert worden? Hat der unterschiedliche Politisierungs-/Aktivitätsgrad der untersuchten Familien eine Rolle gespielt? Zum anderen wurde die Frage des Einflusses von Umweltbewußtsein auf die Wahrnehmung subjektiven Wohlbefindens diskutiert. Insgesamt aber dominierten in der Diskussion sozialwissenschaftliche Methodenprobleme und die Anlage der Untersuchung.

2. D. Söffler und W. Mahrrenz schilderten in ihrem Papier die sozialwissenschaftliche Seite einer von der Stadt Bremen in Auftrag gegebenen interdisziplinären Konzeptentwicklung für eine ökologische Stadtteilgestaltung in Bremen-Obervieland. Einer sehr entwickelten theoretischen Ableitung, die

auch in der Diskussion eine gewisse Rolle spielte, folgte als entscheidendes Ergebnis der sozialwissenschaftlichen Bestandsaufnahme in Obervieland die These 4: "Im konkreten Falle Obervielands verstehen wir unter ökologischer Stadtgestaltung den Versuch einer anbindungsorientierten Lösungsfindung hinsichtlich zweier urbaner Gefährdungslagen, nämlich hinsichtlich der Belastung der Umweltmedien im vornehmlich bebauten Bestand und hinsichtlich der sozialen Gefährdungslage - Stadtökologie also als ein Versuch des intelligenten Umgangs mit dem Schrumpfen der Stadt."

Deutlich resultierte die Einbeziehung sozialer Gefährdungslagen in den Begriff der Stadtökologie und damit eine Absage an einen auf den Naturhaushalt zielenden Ökologiebegriff. Des weiteren spielte auch die Selbsttätigkeit der Bewohner eine erhebliche Rolle.

Die Diskussion kreiste zunächst etwas ratlos um die theoretischen Ableitungen und fragte nach deren Sinn. Die Referenten konnten allerdings deutlich machen, daß der ausgefeilte theoretische Teil das Verständnis von Ökologie als totalitäres Leitbild verhindern würde. Des weiteren ging es in der Diskussion um das Verhältnis von Ökologie und sozialer Gefährdung, um die Vernetzung struktureller Benachteiligung mit ökologischen Konzepten. Die Probleme wurden nicht gelöst, verwiesen vielmehr auf den Bedarf nach weiteren Grundsatzdiskussionen.

Herbert Glausauer berichtet über eine kleine empirische Untersuchung, in der er der Alltagsthese: In durch Verkehr hoch belasteten Straßen verbleiben primär Unterschicht und untere Mittelschicht, während die oberen Schichten abwandern, nachgegangen ist. Seine Ergebnisse, über die sehr kontrovers diskutiert wurde, vor allem unter methodischen Aspekten, bestätigen zwar ein gewisses Maß an sozialer Segregation. Diese Segregation verändert sich aber erst zu einem Zeitpunkt, in dem die Verkehrsbelastungen wieder abnehmen. Angesichts der variablen Belastung/Mobilität/soziale Schichtung wurde vor allem über die Operationalisierung und über den Stellenwert der Variablen diskutiert; letztlich über die Frage, was angesichts der Untersuchungsanlage eigentlich gemessen werde.

- 2 -

Franz-Josef Simon

Neue Selbständige seien insbesondere unter dem Aspekt von Interesse, daß durch das Hinzukommen alternativer Selbständiger die Selbständigen neu aufgemischt und damit ihre Wertestrukturen u.U. verändert würden. Eine englische Studie habe gezeigt, daß kleine Selbständige (small-job-keeper) kulturelle Weltbilder hätten, sie nahe der konservativen Partei stehen, sie politisch kaum aktiv und individualistisch orientiert seien. Auch spielen sie kommunalpolitisch eine größere Rolle. In der Bundesrepublik gäbe es keine vergleichenden Studien. Von besonderem Interesse seien aber die neuen kulturellen Werte und die dadurch ausgelöste mögliche politische Pluralisierung der Kleingewerbetreibenden.

Die anschließende Diskussion ging der Frage der Bedeutung der neuen Selbständigen in der Stadt nach und insbesondere welche Rolle den kleinen Selbständigen im Rahmen einer ökologischen Stadterneuerung zufällt. Angeführt wurde das Beispiel von selbständigen Architekten, die an städtischen Erneuerungsprozessen beteiligt sind. Ihre Arbeitsbedingungen sähen so aus, daß ein großer Teil (rd. 50 %) Einkünfte unter dem Existenzminimum hätten. Interessant sei auch der Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Neugründungen. Gefragt wurde, ob die zunehmende Zahl der Kleingewerbetreibenden als Zeichen für eine soziale Krise zu deuten sei. Wichtig seien auch Fragen zunehmenden Anteils akademischer Berufe bei den Kleingewerbetreibenden.

Es wurde deutlich, daß bei den Kleingewerbetreibenden unterschiedliche Rationalitäten, Karrieren und Qualifikationen vorliegen. Neugründungen finden sich vor allen in Bereichen mit niedrigen Einstiegsbarrieren (Kleinhandel, Dienstleistungen). Die kulturelle Aufmischung bei den Selbständigen könne vor allen Dingen vermittelt werden durch die segmentierte Arbeitslosigkeit, d.h. dadurch, daß Akademiker selbständig werden und dadurch die bisher vorherrschenden Werte bei den Selbständigen aufmischen (rot-grüne Durchmischung).

Protokoll des Beitrages von D. Bögenhold:
Kleingewerbetreibende und Stadtökologie
als Wert 'an sich' und 'für sich'
(Sitzung der Sektion 'Stadt- und Regionalsoziologie' in
der DGS am 21.4.89)

D. Bögenhold merkte am Anfang seines Beitrages an, daß er sich relativ wenig auf Ökologie beziehe, sondern sein Vortrag eher eine Soziologie der Selbständigen auf stadtbezogener Ebene sei. Die Selbständigen sind als Wirtschaftskategorie im Aufwind (Konsolidierung/Renaissance der selbständigen Erwerbsarbeit), ebenso wie sie in der wissenschaftlichen Diskussion aufgewertet werden. Es stelle sich eine farbenreiche Allianz dar.

- a) Selbständige als 'Wert an sich':
sogenannte alternative Selbständige: Pionieraufgabe; Emanzipation, Selbstverwirklichung.
- b) 'Wert für sich':
volkswirtschaftlich interessant als Vehikelfunktion: "Motoren-Rolle" bei Jobgeneration.

Auf die Zwischenfrage, was das mit Stadt zu tun habe, machte D. Bögenhold deutliche, daß Selbständige ein wichtiger Bestandteil der städtischen Produktion seien und Selbständige auch in der Stadt wohnen. Bei steigendem Urbanisierungsgrad steige auch der Anteil der Selbständigen. Weitere Angaben zu den Selbständigen könne man im sozio-ökonomischen Panel finden. Wesentlich sei die Heterogenität der Selbständigen. Das gesamte Spektrum von möglichen sozio-ökonomischen Lagen sei bei den Selbständigen vorzufinden. Beachtlich sei auch die hohe Fluktuation (geringe Verbleibsquote bei den Selbständigen). Stadtsoziologisch seien die neuen Selbständigen interessant durch die mögliche kulturelle Aufmischung (alternative Selbständige) sowie durch die Visualisierung im Untergehen und im Aufmachen von neuen Geschäften in der Stadt. Zu finden sind unterschiedliche Rationalitäten für Existenzgründungen:

- a) Ökonomie der Not
- b) Ökonomie der Selbstverwirklichung (Spannungsfeld zwischen individuellen Motiven und objektiven Zwängen)

Historische gesehen sei in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit immer hohe Gründungsraten bei Selbständigen festzustellen gewesen. Von daher bestehe auch eine Marginalisierungstendenz ("Proletaroider Selbständige"; "Lumpen-Scourgeoise").

Franz-Josef Simon
Marienstr. 15
6680 Neunkirchen

2. Wahlen der SektionssprecherInnen

Wahlleiter: Thomas Krämer-Badoni
Protokoll: Franz-Josef Simon

Als KandidatInnen für den/die SprecherIn werden vorgeschlagen:

Marianne Rodenstein
Detlev Ipsen
Thomas Krämer-Badoni
Hartmut Häußermann
W. Strubeit

Nur H. Häußermann erklärt sich zur Kandidatur bereit.

Die geheime Abstimmung (abstimmungsberechtigt ist, wer auf der Mitgliederliste der Sektion verzeichnet ist) erbringt folgendes Ergebnis:

Abgegebene Stimmen: 31
Ja-Stimmen: 28
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 2

H. Häußermann nimmt die Wahl an und ist damit für 2 Jahre zum Sprecher der Sektion gewählt.

Für die Wahl der StellvertreterInnen werden vorgeschlagen:

W. Strubeit
M. Rodenstein

Abgegebene Stimmen: 31

Auf W. Strubeit entfallen 30 Stimmen, auf M. Rodenstein 27.

Beide nehmen die Wahl an.

Für die nächsten beiden Jahre setzt sich das SprecherInnen-Gremium der Sektion also folgendermaßen zusammen:

Sprecher: H. Häußermann
StellvertreterInnen: W. Strubeit, M. Rodenstein

3. Planung der weiteren Arbeit

H. Häußermann schlägt vor, bei der nächsten Sitzung der Sektion im Herbst in Bad Zwischenahn die Schwerpunkte

- a) Vorstellung der Arbeit der Frauengruppe der Sektion und
- b) die Soziologie des ländlichen Raumes (Zusammen mit der Arbeitsgruppe Agrarsoziologie) zu behandeln.

Protokoll der Sitzung der Sektion "Stadt- und Regionalsoziologie" in der DGS am 21.4.1989 / Mitgliederversammlung

H. Häußermann berichtet über die Arbeit der Sektion seit Oktober 1986. Die Arbeitsweise der Sektion (vier Sitzungen seit Oktober 86) ist zufriedenstellend. Es habe sich gezeigt, daß es Sinn mache, einen Themenbereich anzudiskutieren und in einer der nächsten Sitzungen dann auszudiskutieren.

Eine Intensivierung der internationalen Kontakte der Sektion sei in Bremen und in Zürich erfolgt. Eine Verbesserung des Kontaktes mit Stadtsoziologen aus der DDR sei bis auf den Soziologentag in Zürich im Prinzip gescheitert.

Es bestehen Bestrebungen zur Gründung einer Sektion "Agrarsoziologie". Eine Vorbereitungsgruppe (u.a. van Deenen, Planck u.a.) sei bereits initiiert. H. Häußermann schlägt eine gemeinsame Sitzung der Sektion "Stadt- und Regionalsoziologie" mit dieser Arbeitsgruppe zum Thema "Soziologie des ländlichen Raumes" im Herbst 89 in Bad Zwischenahn vor.

Marianne Rodenstein berichtet über die Initiative der Frauen der Sektion, die sich seit Frühjahr 1987 regelmäßig treffen. Themen seien bisher gewesen:

- a) Überlegungen zur Theorie und Praxis feministischer Stadtforschung (Unterschiede, Logik, Kritik und Folgen für Methodologie)
- b) Nutzung von Freiräumen: Benachteiligung von Frauen in räumlichen Bereichen
- c) Emanzipationschancen von Frauen (in ländlichen Räumen; Fördermaßnahmen; Gleichstellungsstellen)

Die Soziologinnen der Sektion haben den Wunsch, ihre Arbeiten im Herbst in Bad Zwischenahn vorzustellen.

W. Strubeit berichtet über das Nachrichtenblatt der Sektion. Erinnerung wird an die Gruppe Theoriebildung, die ggf. weitergeführt werden soll.

W. Siebel regt an, weitere Sonderveranstaltungen - wie zum Südnord-Gefälle - aktuellen Problemen zu veranstalten, die über den Bereich der Sektion hinausgehen mit der Gewinnung von ReferentInnen außerhalb der Sektion.

4.

Die anschließende Diskussion befaßte sich mit möglichen Reaktionen der Sektion "Stadt- und Regionalsoziologie" auf die angestrebte Gründung einer Sektion "Agrarsoziologie". Das Meinungsspektrum reichte von der Aussage, daß Stadtpolitik erheblich wichtiger sei als die Soziologie des ländlichen Raumes bis hin zu der Forderung, den Schwerpunkt "ländlicher Raum" (zusammen mit den Agrarsoziologen) in die Arbeit der Sektion einzubinden. Bedacht werden sollte auch, daß durch eine kurzfristige Zusammenarbeit die angestrebte Sektion unnötig aufgewertet werde. Eine formale Abgrenzung sei deshalb erforderlich.

Am Schluß der Debatte bestand Übereinstimmung darin, die Behandlung des ländlichen Raumes nicht an die Sitzung im Herbst in Bad Zwischenahn zu binden, sie in den nächsten Jahren durchzuführen.

Eine Mehrheit der Sektionsmitglieder stimmte für eine weitere Intervention des Sprechers der Sektion bei der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in dem Sinn, daß auf inhaltliche Fragen der Arbeit von zwei Sektionen mit ähnlicher Thematik eingegangen wird und in dem Sinn, daß es nicht Ziel der Gründung von Sektionen sein kann, Diskussionen über unterschiedliche Theorieansätze zu unterbinden.

Gabriele Köhler

Protokoll der Sitzung vom Samstag, den 22.4.1989 in Kassel

1. Präsentation der Papiere von:

- a) Heike Müller und Ursula Stein
- b) Ingrid Breckner
- c) Klaus Schmals
- d) Planungsgruppe "Grüne 8"

2. Diskussion

3. Sektionsarbeit, Organisation und Termine

ad. 1.a)

Heike Müller und Ursula Stein: Umwelt-Kultur-Park Dortmund

Ursula Stein gibt einen "Werkstattbericht" über eine kleine Fragebogenaktion, die im Rahmen einer Öko-Initiative durchgeführt wurde. Der Projekt-Rahmen - "Umwelt-Kultur-Park Dortmund" - wird kurz vorgestellt: Ziel ist die Schaffung einer vielfältigen Parklandschaft unter dem Stichwort "Permakultur" (permanent agriculture). Die Verbindung verschiedenster Funktionen (Naturnaher Lebensraum; Klimaschneise; Technologiepark; Erholung; ökologische Produktion...) ist angestrebt. Die Initiative für die Schaffung des "Umwelt-Kultur-Parks" besteht seit 1985 (1986 Gründung eines Fördervereins) und wird heute (seit 1988) von verschiedenen Seiten (ABM; Stadt Dortmund; EG-Mittel) finanziell unterstützt.

Ziel der Befragungsaktion (teilstandardisiert, gerichtet an 80 Personen aus der Initiative) war zu ermitteln:

- a) die Gründe der Beteiligung an einer solchen Initiative
- b) die Qualifikationsbasis der Beteiligten und
- c) die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Beteiligung.

Geantwortet hatten 43 Personen (18 Frauen und 25 Männer). Die geringe Fallzahl läßt kaum repräsentative Aussagen zu; hat aber einige Tendenzen in den geschlechtsspezifischen Einstellungen zur Projektbeteiligung deutlich werden lassen:

Für alle Beteiligten stand mehrheitlich das "ökologische Lernen" an erster Stelle in der Motivranliste - allerdings haben Männer deutlich häufiger als Frauen den Wunsch nach einer bezahlten Arbeit in dem Projekt geäußert - und schließlich auch realisieren können. Männer stoßen vermehrt dann zum Projekt, wenn die "ehrenamtliche Phase" abgeschlossen ist und die Professionalisierung beginnt.

Frauen schreiben sich selbst weniger Kenntnisse zu - bei faktisch gleicher Qualifikation - als Männer und schätzen auch

ihre Einflußmöglichkeiten als geringer ein. Die Mitarbeit der Männer ist ziel- und erfolgsgerichtet auf die eigenen Person bezogen. Die Mitarbeit der Frauen bezieht sich eher auf die Projektentwicklung.

ad 1.b)

Ingrid Breckner: Die Bedeutung lokaler Beschäftigungsprogramme für die Entwicklung innovativer Umweltschutz-Infrastrukturen in der Kommune.

In der Umsetzung des Programms "Arbeit und Umwelt" (entsprechend den Leitlinien der SPD) wird in verschiedenen Kommunen der Versuch gemacht, Umweltschutz mit lokaler Beschäftigungsförderung zu verbinden. Anhand vorliegender Erfahrungen aus Hamburg, Bremen, Köln, Dortmund und München diskutiert Breckner die Chancen und Probleme der Programm-Operationalisierung:

- Bislang fehlen grundlegende, konzeptionelle Vorstellungen zu der Bewältigung der Beschäftigungs- und Umweltkrise (These 1). Für die Kommunen stehen im Vordergrund die Beschäftigungseffekte (Ziel ist die Reduktion von Sozialhilfeausgaben); demgegenüber bleibt die Entwicklung innovativer lokaler Infrastrukturen im Umweltbereich vom Engagement, Wissen und der Erfahrung der Antragsteller abhängig.
- Umweltbezogene Aktivitäten sind quantitativ in den lokalen Beschäftigungsprogrammen unterrepräsentiert; fehlen besonders in den Großstädten (These 2).
- Problematisch, besonders im Hinblick auf die Umweltschutzprojekte, ist die nur kurzfristige finanzielle Absicherung (überwiegend ABM); Qualifizierungsverluste und Rotationseffekte verhindern den Aufbau einer tragfähigen Infrastruktur.
- Interessenkonflikte zwischen den Projekten und bestehenden staatlichen Institutionen bzw. privatwirtschaftlichen Unternehmen wirken begrenzend auf den Handlungsspielraum.

Die gegenwärtige Praxis sieht Ingrid Breckner nicht als eine adäquate Umsetzung des Programms "Arbeit und Umwelt", da der geringe Umfang und die eingeschränkten Handlungsspielräume der Projekte weder als umweltpolitische noch als arbeitsmarktpolitische Krisenregulierungsansätze auf lokaler Ebene gelten können. (These 3) Integrative Konzepte fehlen bislang. Notwendig sei die Schulung der Akteure und die Gestaltung der Entscheidungsprozesse im Hinblick auf "integrierte Ziele".

4

bale Auswirkungen (keine Ausgleichsräume); setzt die Beteiligung der Bewohner/Nutzer voraus; Maßnahmen sind eine Funktion der Standortbedingungen und der Bewohner... Am nördlichen Siedlungsrand Dortmunds steht eine Fläche von ca. 21 ha zur Verfügung, die im Rahmen eines Studienprojektes der Abteilung Raumplanung an der Uni Dortmund als ökologische Siedlung beplant wurde. Die Planungskonzeption ist umfassend - Grünflächen-, Bebauungs-, Verkehrskonzept bis hin zu Konzepten für die Wasserver- und Abwasserentsorgung, Abfallbewirtschaftung und Energieversorgung. Einen zentralen Stellenwert in der Gesamtplanung hat der Partizipationsgedanke. Die Gruppe arbeitet an einem Beteiligungsmodell, demnach die künftigen Bewohner/Nutzer möglichst frühzeitig am Planungsprozeß beteiligt werden sollen. Nur die Grundzüge des ökologischen Siedlungskonzeptes sollen vorgegeben werden durch die Planer/Architekten, die sich ansonsten als Initiatorengruppe verstehen und die über den gesamten Planungsprozeß begleitende und beratend zur Verfügung stehen.

ad. 2. Diskussion

Angeregt durch den Beitrag von Klaus Schmals wurde diskutiert, ob Ökologie als bloße Krisenreaktion zu sehen sei oder ob daraus ein eigenständiges Konzept, incl. abgestimmter Maßnahmen entstehen könnte. Beide Positionen seien derzeit zu schroff, um der Unterschiedlichkeit in der Zielsetzung, der Motivation und der Maßnahmen in den verschiedensten Projekten gerecht zu werden. Der Versuch "Ökologie" salopp nur mit dem Zeitgeist in Verbindung zu sehen (als modisch und abwertend), wertet den Handlungsdruck ab, aus dem heraus viele Projekte entstanden sind. Die Frage sei, inwieweit Ökologie als ein neuer Antrieb und als ein Beitrag zum Ausgleich sozialer Ungleichheit gelten könne, bzw. welche Implikationen es für die soziale Organisation gibt (z.B. bez. für Frauen, vgl. Müller/Stein).

Als Problem wurde die Quantifizierung von Projekten und Initiativen gesehen. Es müsse mehr auf die inhaltlichen und programmatischen Aspekte der "Ökologie-Projekte" geachtet werden und nicht nur auf die Anzahl. Feststellbar sei derzeit nur, daß ein "Projekte- und Initiativen-Netz" entsteht, das aber noch zu kurzfristig, zu kleinräumig und zu eingegrenzt in der Reichweite ist - gemessen an den Gefährdungen. Analytisch müsse getrennt werden zwischen Projekten, die zur Theorie und Ideologiekentwicklung beitragen und Projekten, die der "Inwertsetzung" dienen. Die Handlungsmöglichkeiten einer

ad 1.c)

Klaus Schmals: Die Relevanz der Ökologie in alt- und high-tech-industrialisierten Lebensräumen - Das Ruhrgebiet und München

Grundlage der Ausführungen ist die These von der Ungleichzeitigkeit regionaler Entwicklungsprozesse (Altvater/Jessop). Auf dieser Grundlage seien die sozialräumlichen Unterschiede zwischen dem Ruhrgebiet und der Agglomeration München als Ergebnisse von Inwertsetzungs- und Außerwertsetzungsprozessen zu erklären (These 1). Entsprechend dem Grundkonzept seien schließlich regionale Unterschiede in Abhängigkeit zum Weltmarktgefüge und zu den Interventionsmöglichkeiten der Nationalstaaten (Regionen) zu beurteilen. (These 2:) Sowohl auf Inwertsetzungs- als auch auf Außerwertsetzungsprozesse wird gegenwärtig mit dem gleichen Konzept - nämlich mit Ökologie - reagiert.

- In München als Retusche von Schäden, die aus der Inwertsetzung entstehen und als Ausdruck der postmaterialistischen Werthaltung der gutversorgten und differenziert ausgebildeten Vertreter einer 2/3 Gesellschaft.

- Im Ruhrgebiet als Versuch die Konkurrenzfähigkeit der Region (angestrebte Inwertsetzung) zu stärken; die ökologische Aufwertung als Wirtschaftsfaktor/-förderer zu mobilisieren. Klaus Schmals kritisiert: daß bislang Qualifizierungsinitiativen im Bereich der Ökologie fehlen, die eine generelle (ökologische) Stadtpolitik tragen könnten, daß es zwar eine Reihe von interessanten Projekten gibt, daß diese aber nicht inhaltlich vernetzt seien. In München sei man auf dem Weg zu einem ökologischen Stadtentwicklungsplan (25 Dienststellen sind mit "Ökologie" involviert); es gehe dabei aber eher um eine technokratische Aufbereitung der Ökologie.

Im Ruhrgebiet kann die Vielzahl der Projekte nicht verbunden werden und die räumliche Begrenztheit der Maßnahmen verhindert einen nennenswerten Effekt im Sinne einer übergreifenden Stadt-(Regional)Politik.

ad 1.d)

Planungsgruppe "Grüne 8": Eine ökologische Siedlung für Dortmund (Wolfgang Würstlin und Thomas Jansen)

Ausgehend davon, daß Wohnen belastend ist und Wohnen belastet, ist das ökologische Bauen zwingend.

Ökologisches Bauen:

- will Lebensräume schaffen und läßt sich daher nicht auf Biologie reduzieren; ist überall möglich; soll die Eingriffe in den Naturhaushalt minimieren; lokale Maßnahmen statt glo-

5

gegeben. Pauschale Intensionen ("Inwertsetzung"; kommunale Konkurrenz) sind dabei zu unterscheiden von den Interessen innerhalb konkreter Projekte (vgl. die Beispiele aus Dortmund, wo es beidesmal auch um andere Formen der Organisation von Arbeit geht). Notwendig sei daher nicht nur die Analyse der Interessen der Akteure, sondern auch die strukturellen Einbindungen der Aktionen, die evt. Entwicklungen vorprogrammieren (Beispiele nannte Ingrid Breckner, die die Problematik der Fluktuation - bedingt durch ABM-Finanzierung - deutlich machen.)

An vielen Stellen des Versuchs einer Analyse von Konzepten und Projekten wird die unklare Definition von Ökologie zum Problem; daran zu arbeiten und die verschiedenen Ebenen der Analyse und der Handlungsmöglichkeiten zu trennen, soll weiterer Aufgabe sein.

ad. 3. Sektionsarbeit

Für das Treffen im Herbst - in Bad Zwischenahn - sind vorgesehen: 1. "Frauentag" (wird von der Arbeitsgruppe der Frauen in der Sektion vorbereitet) 2. Ökologie und 3. Stadtpolitik zu 2.

Die Diskussion hatte gezeigt, daß das Ökologie-Thema noch einer weiteren Strukturierung bedarf, daß noch verstärkt daran gearbeitet werden muß, besonders um herauszufinden wo Defizite liegen. Es fehlt eine sozialwissenschaftlich relevante Definition von Ökologie/Natur.

Das Thema Ökologie wird von Thomas Krämer-Badoni; Katrin Hater, Jens Dangschat und Winfried Raib vorbereitet.

(Stichworte/Gliederungsvorschlag: a) Stadt und Ökologie - Reformulierung von Urbanität? b) Bedrohung und Reaktion - ökologische Stadtpolitik c) Determinanten der Handlungsspielräume auf unterschiedlichen Ebenen d) Ist Politikberatung möglich?....)

zu 3.

Interesse am Thema Stadtpolitik haben bekundet: Dangschat, Keim, Ipsen, Schmals, Naroska, Häußermann und Siebel. Beiträge dazu sammeln a) Jens Dangschat (Beiträge mit dem Schwerpunkt Innenstadtnahe Gebiete) und b) Klaus Schmals (Schwerpunkt: kleinräumige Stadtpolitik). Das Thema wird vor und in Bad Zwischenahn vorbereitet als Schwerpunktthema für das Frühjahrstreffen 1990.

Vorschau: Herbst 1989: Bad Zwischenahn (Ökologie); Frühjahr 1990: München (Stadtpolitik); Herbst 1990: Frankfurt (Soziologietag).

Die Selbständigen in der Stadt als Wert-an-sich und -für-sich

Die Selbständigen als Wirtschaftskategorie befinden sich heute im doppelten Sinne im Aufwind: Nachdem die selbständige Erwerbsarbeit viele Jahrzehnte rückläufig war, und zwar nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in fast allen "fortgeschrittenen" kapitalistischen Volkswirtschaften, hat sich deren Stellenwert im Laufe der 70er Jahre in den meisten Ländern konsolidiert und es finden sich Anzeichen einer Stabilisierung oder gar einer Renaissance des Kontingents der selbständigen Erwerbsarbeit. In demselben Maße, wie sich die rückläufige Entwicklung eingeebnet oder umgekehrt hat und die Selbständigen in diesem Sinne im Aufwind erscheinen, sehen sie sich in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion aufgewertet. Und zwar läßt sich seit etwa einem Jahrzehnt eine eigentümliche, politisch farbenreiche Allianz für den Bereich der selbständigen Erwerbsarbeit beobachten, in der die Selbständigen als Wert-an-sich und -für-sich fungieren. Als "Wert-an-sich" bezeichne ich die an die Selbständigen gerichteten Hoffnungen, die im Zuge eines sogenannten Wertewandels und Unabhängigkeitsstrebens und dessen sozialwissenschaftlich-kulturkritischer Aufwertung entstanden und in diesem Kontext zu interpretieren und zu verstehen sind. Vornehmlich, aber nicht ausschließlich, sind es die sogenannten alternativen Selbständigen, die hier im Blickpunkt des Interesses stehen, weil sie neue kulturelle Muster des Lebens und Arbeitens mit sich bringen und sie, so wird jedenfalls behauptet, eine sozial-innovative Pionierfunktion ausüben. Dieser eng mit dem tagespolitischen Zeitgeist verknüpfte Wert-an-sich umfaßt teilweise auch die "normalen" Selbständigen, vor allem dabei die sogenannten Existenzgründer, weil ihnen im allgemeinen Motive der Selbstverwirklichung und Emanzipation unterstellt werden und diese heute bekanntlich hoch im Kurs sind.

ständigen nicht nur ein wichtiger Bestandteil im städtischen Prozeß des Arbeitens und Lebens, sondern die "Gesamtpopulation" der Selbständigen konzentriert sich darüber hinaus heute wesentlich auf die Städte. Hatten die Selbständigen im Jahre 1880 noch einen Anteil von ca. 30 % an den Erwerbstätigen, so ging dieser Anteil auf ca. 10% in den 80er Jahren dieses Jahrhunderts zurück. Diese ungefähren Werte schwanken um ein paar Prozentpunkte nach oben oder unten aus, je nachdem ob die mithelfenden Familienangehörigen in die Betrachtung eingeschlossen sind oder nicht. An diesem Rückgang war die relative Schrumpfung der Erwerbstätigkeit im primären Sektor maßgeblich beteiligt. Mit dem steigenden Urbanisierungsgrad im Verlaufe der letzten hundert Jahre und dem Exodus vieler landwirtschaftlicher Selbständiger ging eine relative Stärkung der städtischen Selbständigkeit einher. Von daher sind gewissermaßen zwangsläufig die meisten Selbständigen in der Stadt zuhause. Aufgrund der Mikrozensusserhebung 1987 über die Entwicklung der Erwerbstätigkeit (erschieden in der Fachserie Bevölkerung und Erwerbstätigkeit des Stat. Bundesamtes, Sept. 1988) läßt sich errechnen, daß 28,8% aller Selbständigen in Gemeindegrößenklassen von mehr als 100.000 Einwohnern leben. Weitere 7,9% in denen von 50.000 - 100.000 Einwohnern. Leider bieten die in diesem Band versammelten Daten keine weiteren Differenzierungen für die Gemeinden über 100.000 Einwohnern oder nach städtischen versus nicht-städtischen Randzonen, wie es die Boustedt'sche Klassifizierung beinhaltet.

Aufgrund der Daten des Projektes "Das Sozio-ökonomische Panel" lassen sich einige weitere Angaben bezüglich der Verteilung der Selbständigen auf Gemeindegrößenklassen geben. Das Sozio-ökonomische Panel ist eine repräsentative Umfrageerhebung, in die bundesweit 6.000 Haushalte und 12.000 Personen einbezogen sind (vgl. weitergehend zur Konzeption Hanefeld 1987). Sie wird jährlich (zu etwa 80% mit denselben Personen) wiederholt, wodurch sich ansonsten statistisch nicht verfügbare, individuell zuordenbare Längsschnittbetrachtungsmöglichkeiten ergeben, auf die ich später noch zu sprechen komme. Es zeigt sich hier, daß der Anteil der Selbständigen

Neben diesem Wert-an-sich sind die Selbständigen als volkswirtschaftliche Vehikel politisch und wissenschaftlich interessant geworden. In demselben Maße, wie kleine Firmen sich aus der Kulisse stärker in die Mitte der Diskussion geschoben haben, ist an der Kategorie der selbständigen Erwerbspersonen ein gesteigertes Interesse zu beobachten. Dieser "Wert-für-sich" besteht mithin darin, daß die Selbständigen als die (personellen) Transporteure der kleinen Firmen zugeordneten volkswirtschaftlichen Funktionen fungieren bzw. angesehen werden. Und so wird diese Vehikel-Funktion allgemein in der infrastrukturellen Innovation und vor allem in der erhofften Promotorenrolle bei der Arbeitsplatzbeschaffung, gesehen. Hier sollen die Selbständigen die Hauptfiguren im Job-Generation-Process sein.

Im folgenden möchte ich hierzu einige Thesen vortragen, die sich weniger als definitive Ausrufezeichen, sondern eher als informierte Fragezeichen verstanden wissen wollen. Der Hauptakzent meiner Ausführungen liegt dabei freilich auf dem "Wert-an-sich" oder -wie man auch sagen könnte:- "Wert-sui-generis" der selbständigen Erwerbsarbeit. Im Gegensatz zu meines Erachtens doch recht forschen soziologischen Spekulationen um die "Zukunft der Arbeit" will ich mich der in diesem Zusammenhang vorgebrachten simplen Formel des "Small-is-beautiful" thematisch nicht kategorisch verschließen, ihr aber angesichts eines gelegentlich doch recht unreflektierten Opportunismus in der diesbezüglichen Diskussion zunächst eine soziologisch bestandsaufnehmende Diagnostik entgegensetzen.

Nach diesen Stichworten zu dem Teiltitel "Selbständige als Wert-an-sich und -für-sich" ergibt sich die Frage nach dem stadtsoziologischen Bezug. Defensiv formuliert ließe sich antworten, daß tatsächlich ja fast jedes gesellschaftliche Thema auch von einer stadtsoziologischen Relevanz ist, und zwar in dem Sinne als Gesellschaft und ihre Entwicklung sich in der Stadt und deren soziologischer Durchdringung kristallisieren. Darüber hinaus gibt es allerdings auch eine positive, d.h. inhaltlich-substantiellere Begründung der stadtsoziologischen Aktualität dieses Themas. Demnach sind die Selbst-

ständigen an den Erwerbstätigen über die Gemeindegrößenklassen hinweg in der Form einer flachen Schüssel verläuft, d.h. in den mittleren Gemeindegrößenklassen liegt die Selbständigenquote etwas unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt, während sie zu den unteren und oberen Rändern ansteigt und über dem Durchschnitt liegt. Bei den unteren Gemeindegrößenklassen steigt die Quote überdurchschnittlich an, was auf den steigenden landwirtschaftlichen Einfluß zurückzuführen ist. Wird dieser Einfluß einmal herausgerechnet und eliminiert, dann zeigt sich das Bild einer weitgehend symmetrischen Schüssel. Differenziert nach den Gemeindeklassifizierungen bei den großen Gemeindeklassen ergibt sich, daß die sogenannten Kernstädte eine um ca. 2% höhere Selbständigenquote aufweisen, und zwar bei den Gemeindegrößenklassen 100.000 - 500.000 Einwohner und 500.000 und mehr Einwohner.

Von marxistischer Seite wurden die Selbständigen lange kaum beachtet oder aber -gewissermaßen im Vorübergehen- als "petite bourgeoisie" bezeichnet, während sie von nicht-marxistischer Seite in den Topf des Mittelstandes geworfen wurden. Beides ist soziologisch freilich nicht unproblematisch: Denn die wirtschafts- und sozialstatistische Kategorie der Selbständigen umfaßt realiter Personen, die materiell teilweise sehr verschieden ausgestattet sind und schon insofern äußerst divergente Lebenslagen innehaben können. So reicht auch bei den Selbständigen die Spanne von marginalen Einkommenslagen bis zu gesellschaftlichen Spitzenverdienern. Ebenso wie dieses ein Argument gegen die begriffliche Gleichsetzung mit der "petite bourgeoisie" ist, liegt in der Heterogenität ein Einwand gegen den Gebrauch der konkurrierenden und wesentlich verbreiteteren Mittelstandsterminologie. Dabei hatte beispielsweise Werner Sombart bereits im Jahre 1912 darauf verwiesen, daß der semantische Gehalt des Begriffes "Mittelstand" überaus unpräzise ist. "Am besten ist es", so W. Sombart, "den ganzen schwammigen Begriff 'Mittelstand', der schon alles mögliche bedeutet hat und alles mögliche bedeuten kann, überhaupt nicht zu verwenden" (Sombart 1912, ähnlich auch zwanzig Jahre später Theodor Geiger, 1932).

In unserem Zusammenhang ist interessant, daß die Selbständigen das gesamte Spektrum von sozioökonomischen Lagen abbilden und abdecken und insofern als Gesamtheit auch nicht der Klassenantipode zu den abhängig Beschäftigten sind, wie dieses von einer Reihe von Autoren vor einiger Zeit noch angenommen wurde. Die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, die sich in der bekannten Zwiebelform abbilden läßt (etwas schmaler bei den Vermögen, etwas breiter bei den Arbeitseinkommen), läßt sich in gleicher Form bei den Selbständigen abbilden. Das weitaus größte Kontingent der selbständig Erwerbstätigen gehört dabei zu der unteren Hälfte der Zwiebel. Und -um einen Richtwert zu haben und zu nennen- 46% aller Selbständigen sind beispielsweise ohne feste abhängige Beschäftigte tätig. Das sind mehr als 1 Million Personen als Inhaber von Klein- und Kleinstfirmen, in denen sie alleine oder mit Kompagnons und meistens unter Zuhilfenahme unbezahlter Familienarbeit tätig sind.

So heterogen die Lebenslagen der Selbständigen sind, so inkonsistent ist auch die individuell-personale Zusammensetzung der Kategorie der Selbständigen im zeitlichen Prozeß. Die diesbezüglichen Ergebnisse für die ersten vier Wellen des Sozio-ökonomischen Panel zeigen für die Selbständigen eine geringere Verbleibquote wie bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten. So waren von den Selbständigen des Jahres 1987 nur 72,3% bereits im Jahre 1984 als Selbständige tätig. Mit anderen Worten: Von den 100% im Jahre 1987 waren mehr als ein Viertel erst im Verlauf der letzten drei Jahre "zugestiegen". Die Zugänge in der Landwirtschaft waren vergleichsweise gering, was die städtische Komponente dieses sozialen Prozesses unterstreicht. Bei dieser bemerkenswerten Zahl ist noch unberücksichtigt, daß sich ja zusätzlich unter den Selbständigen noch Umsteiger finden können, die die Verbleibquote weiter verringern. Wenn die umgekehrte Perspektive eingenommen wird, nämlich was aus den Selbständigen des Jahres 1984 in den folgenden Jahren wurde, dann ergibt sich ein ähnliches Bild: Im Jahre 1987 waren nur noch knapp 70% (69,1%) selbständig erwerbstätig. Der größte Abstrom ging dabei in die sogenannte Nichterwerbstätigkeit: 18,1% der Selbständigen des Jahres

Extrema anzugeben versucht, nämlich einmal eine berufliche Logik, die einer "Ökonomie der Not" gehorcht, und zum anderen eine, die sich als "Ökonomie der Selbstverwirklichung" bezeichnen läßt (Bögenhold 1985, 1987). Bei ersterer handelt es sich um Menschen mit fehlenden oder nur geringen Chancen auf eine abhängige Beschäftigung. Sie werden in die (meistens kleingewerbliche) Selbständigkeit gedrängt, weil sie eben keine oder kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt sehen bzw. haben. Dem entgegengesetzten Muster einer Rationalität der Selbstverwirklichung folgen idealtypisch Menschen, die vergleichsweise gute Arbeitsmarkt- und Einkommenschancen hatten bzw. hätten und sich von einer selbständigen, nicht weisungsgebundenen Tätigkeit angezogen fühlen.

Wer also heute in dem Zugang zur selbständigen Erwerbsarbeit irgendwelche substantiell neuen Werte der Selbstverwirklichung etc. ausmacht, der sollte stattdessen lieber eine zeitgeschichtlich breitere Wahrnehmungs- und Analyseperspektive einnehmen und dann feststellen, daß die berufliche Mobilität seit den Anfängen des Kapitalismus grundsätzlich in diesem Spannungsfeld von individuellen Motiven, Motivüberschneidungen und hinzukommenden "objektiven" Bedingungskonstellationen vonstattengeht. Auch die Faszination, selbständig zu arbeiten und damit sein eigener Chef zu sein, ist kein Produkt neuerer kultureller Entwicklungen, sondern schon seit langem bekannt und vor allem auch in der Belletristik gut dokumentiert. Diesem Traum auf eine eigene (kleine) Firma liegen diffuse Vorstellungen von "Freiheit" zugrunde und/oder Hoffnungen auf ein vermeintliches soziales Sprungbrett zur Statusverbesserung.

Historisch findet sich bereits häufig die Tendenz zu beobachten, daß in Zeiten mit hoher Arbeitslosigkeit vermehrt selbständige Klein- und Kleinstbetriebe gegründet wurden, wodurch der circulus vitiosus auftritt, daß der Konkurrenzkampf (noch) schärfer wird. Damit kann sich partiell hinter der Etikette der "Selbständigkeit" eine Tendenz der Marginalisierung verbergen, die besonders in großstädtischen Vierteln strukturell teilweise an historisch überlieferte Zeiten oder

1984 waren 1987 "Nicht-Erwerbstätige". Diese vergleichsweise hohe Mobilität, die sich hinter den "nackten" Bestandszahlen verbirgt, ist sowohl gesellschaftstheoretisch wie auch stadtsoziologisch interessant. Gesellschaftstheoretisch ist sie von Interesse, weil hier zwar keine Hauptverkehrsstraße, aber immerhin eine passabel frequentierte Nebenverkehrsstrecke sozioberuflicher Mobilität vorliegt, die in den "soziologischen Topographien" der frühen Klassiker unseres Faches (Marx, Engels, Weber, Geiger und andere) nicht verzeichnet ist. Sofern Austauschbeziehungen registriert wurden, fanden sie sich nur in umgekehrter Richtung, nämlich als zunehmende "Proletarisierung" im Sinne der Minimierung der selbständigen Erwerbsarbeit und der sich parallel ausdehnenden Lohnarbeit.

Daß diese soziale Grenze entgegen den Annahmen einer beruflichen Mobilitätsbarriere doch in gewissem Sinne durchlässig und "sozioosmotisch" ist, ist auch stadtsoziologisch von Belang, und zwar insofern, als hier eine meines Erachtens nicht hinreichend registrierte und thematisierte soziale und auch ökonomische und kulturelle Aufmischung stattfindet, die großteils in der Stadt passiert und sich beispielsweise im Kommen und Gehen von alten und neuen Geschäften visualisiert. Diese Mobilität, und das ist jetzt schon ein Teil der intendierten "Botschaft" meines Beitrages, gehört mit in die Untersuchung der sozial-dynamischen Komponenten, die für ein adäquates Verständnis des städtischen Wandels zu berücksichtigen sind. Sie sollten vor allem auch empirisch und in unterschiedlichen städtischen Quartieren untersucht werden. Dabei sind sie gleichzeitig Ausdruck wie Betreiber von Tendenzen gesellschaftlicher Individualisierung.

Um nun auf den "Wert-an-sich" der selbständigen Erwerbsarbeit zurückzukommen: So unterschiedlich die sozioökonomisch vermittelten Lebenslagen der Selbständigen sind, so unterschiedlich sind die Rationalitäten für die Menschen, die neu hinzukommen und sich selbständig machen, also die sogenannten Existenzgründer. Deren Motive sind seit eh und je verschieden gelagert. Ich habe an anderer Stelle aus dem breiten Kontinuum von differenten Motivlagen idealtypisch die beiden

an die Basarökonomien in so manchen Ländern der sogenannten Dritten Welt erinnern, wo Menschen in dem (statistischen) Bermudadreieck zwischen Erwerbslosigkeit, Armut und (kleiner) Selbständigkeit angesiedelt sind. Solche Wirtschaftsakteure hatten Sombart (1921) und Geiger (1967) zu ihrer Zeit als "proletaroid" Selbständige bezeichnet. Vielleicht paßt hierzu aber ebensogut auch der originelle Ausdruck von C.W. Mills (1960), der von einer Lumpenbourgeoisie sprach. Aber hinter welcher Etikette auch immer: Wer in der selbständigen Erwerbsarbeit pauschal, und das heißt undifferenziert, einen Wert-an-sich sieht, sollte sich dieser Umstände vergewissern.

Angesichts der Tatsache, daß die Selbständigen aus einer kleinen Zahl von Menschen mit privilegierten und saturierten Lebens- und Einkommenslagen und einer größeren Zahl von Ein-Personen-Selbständigkeiten und kleinen Familienbetrieben bestehen und gerade letztere in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit zunehmen, läßt sich hier -summa summarum- sagen, daß besonders diese "kleinen" Wirtschaftseinheiten am stärksten von der Mobilität eines "Kommens" und "Gehens" tangiert werden. Um das in der Schumpeter'schen Metaphorik abgewandelt auszudrücken: Der Omnibus der Selbständigen ist stets besetzt, aber es sind nur die besseren Sitzplätze, die die ganze Strecke von denselben Personen eingenommen werden, während von den gedrängt stehenden Fahrgästen bei jeder Haltestelle eine beträchtliche Zahl aussteigt und annähernd ebensoviele hinzukommen. In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit wird der Platz enger, weil gleichzeitig mehr zu- als aussteigen.

Aus diesen Ausführungen mag schon andeutungsweise klar geworden sein, was ich in meiner Arbeit "Der Gründerboom" (1987) in ausführlicherer argumentativer Beweisführung darzulegen trachtete, nämlich daß ich in den vermeintlich alternativen Selbständigen heute nichts sehe, was nun grundsätzlich nicht in das Bild der hier andeutungsweise skizzierten makrosoziologischen Mechanismen paßt. Unter ökonomischem Gesichtspunkt vermag ich hier keine grundsätzlich "alternativen" Prinzipien des gesellschaftlichen Produzierens zu entdecken, die es erlauben würden, von einem "alternativen" Typus im Wirtschafts-

leben zu sprechen. Aber unter einem anderen Gesichtspunkt sind diese neuen Selbständigen von besonderem Interesse, und zwar wird mit ihnen gewissermaßen nicht nur -wie mit allen neuen Selbständigen auch- frisches Blut in das Unternehmertum (v.a. das Kleinunternehmertum) gebracht, sondern dieses wird dazu kulturell neu "aufgemischt".

Empirische Studien sollten meines Erachtens hier ansetzen und vor allem auf zwei Arbeiten, die in Großbritannien angestellt wurden, Bezug nehmen. Auf sie werde ich abschließend in aller Kürze zu sprechen kommen, weil sie hierzulande meines Wissens bisher nicht bzw. nicht nennenswert rezipiert wurden. Gemeint ist die Studie von Bechhofer und Elliott (1978), die sich in einer empirischen Untersuchung auf die Kleingewerbetreibenden in Edinburgh bezieht, sowie die auf drei Städte erweiterte Replikationsstudie von H. Aldrich und Kollegen (1986), deren Ergebnisse sich mit denen der Vorgänger im Wesentlichen deckten. Beide Untersuchungen hatten kleine Selbständige ("small shopkeepers"), die höchstens drei full-time- oder sechs part-time-Arbeitskräfte beschäftigen, mit dem Ziel interviewt, Aufschlüsse über ihre politisch-kulturellen Weltbilder zu erhalten. Bechhofer und Elliott hatten als wesentlichste Ergebnisse folgende herausgestellt: Die Shopkeeper in ihrer Studie standen durchgängig der Konservativen Partei nahe, waren in ihrer Unterstützung jedoch nicht enthusiastisch und politisch auch nicht nennenswert aktiv. Ein beträchtlicher Teil von ihnen entstammt bereits dem Shopkeeper-Milieu, während die anderen aus einem breiten Spektrum verschiedener sozialer Herkunftsbereiche kamen. Deren Entscheidung, sich im Kleingewerbe anzusiedeln, war eng gepaart mit einer "individualistisch" ausgerichteten "Weltsicht". Auch politisch präsentierten die Small Shopkeeper sich ausgesprochen "individualistisch". Das korrespondiert mit Deutungsmustern, die das freie Unternehmertum propagieren und die Bedeutung persönlicher Anstrengung betonen. Und schließlich, so Bechhofer und Elliott, träumten die Small Shopkeeper von sozialem Aufstieg: Wer nur hart genug arbeite, habe auch die Möglichkeit, die soziale Leiter höher zu klettern. Waren sie auch realistisch genug, daß es dazu großer Anstrengungen be-

dürfe, so waren sie doch optimistisch, ihre Kinder könnten in Verbindung mit einer entsprechenden Ausbildung später einen höheren beruflichen Status erlangen.

Aldrich et al. konnten an Hand der Ergebnisse ihrer etwa 10 Jahre später durchgeführten Replikationsstudie den letztgenannten Punkt, nämlich die generell optimistischen Ansichten über die Möglichkeiten sozialen Aufstiegs, nicht bestätigen. Ihrer Meinung nach hängen diese Wahrnehmungen von den jeweils konkreten stadtstrukturellen Bedingungen und den damit verbundenen wirtschaftlichen Möglichkeiten ab. Ansonsten gelangte die Studie, die -wie erwähnt- in drei Städten durchgeführt worden war, zu ähnlichen Ergebnissen. Die Small Shopkeeper wurden wiederum als der Konservativen Partei am nächsten stehend identifiziert. Sie sehen ihr Eigentum als Ergebnis ihrer eigenen Anstrengungen an und ihr wesentlichstes gemeinsames Merkmal ist, wodgegen sie sind: "anti-labour, anti-collectivist, anti-bureaucratic, anti-big, anti-organization - a kind of right wing anarchism". In der Konsequenz der paradoxen Logik ihrer Situation, wie Aldrich et al. es nannten, sind sie in keiner politischen Partei besonders aktiv, um "überregionale" Ziele zu verfolgen. Ihre Neigung, konservativ zu wählen, ist weniger das Ergebnis vorbehaltloser Zustimmung, sondern entspricht eher der Orientierung am "kleinsten Übel". Demgegenüber spielen sie jedoch kommunalpolitisch eine viel größere Rolle und sind dort auch überdurchschnittlich in gewählten Ämtern und Gremien vertreten.

In der Bundesrepublik sucht man nach empirischen stadtsoziologischen Arbeiten solchen Zuschnitts meines Wissens vergeblich. Aber gerade Vergleichsuntersuchungen wären heute höchst interessant, wobei von besonderem Interesse ist, inwieweit mit den neuen Rekrutierungskanälen der Selbständigen, die in das akademische Bildungsbürgertum reichen und zum Entstehen der sogenannten "alternativen" Selbständigen und auch der Freien Berufe beitragen, neue kulturelle Aufmischungen stattfinden. Eine These wäre, daß mit diesen (vermeintlichen) Trägern neuer bzw. anderer kultureller Werte der Konservatismus des Small Business in den Städten erodiert bzw. durchbro-

chen sein könnte. Möglicherweise hat sich hier eine Pluralisierung der politischen Kultur(en) bei den Kleingewerbetreibenden ergeben, die eben auch stadtsoziologisch von Interesse ist. Wenn sie schon - das wäre meine andernorts aufgestellte These - nicht grundsätzlich anders wirtschaften (können), so ist mit ihnen neue Farbe in das Kleingewerbe gekommen, so daß hier bei den Akteuren vielleicht ein kulturelles Erbe weiterlodert, das von der Konservativismus-Elle abweicht und damit auch allgemein stadtkulturell und stadtsoziologisch Bedeutung hat. Von Interesse ist auch, ob und inwieweit das zwischen verschiedenen Städten (oder auch Stadttypen) und auch innerstädtisch verschieden ist.

Was nicht immer für die Selbständigen selber ein großer Wert sein mag, da sie doch oft eher "wackelige" Wirtschaftsexistenzen sind, kann aber bei aller Ambivalenz im Einzelfall für die Stadtbewohner einen positiven Wert darstellen, und zwar insofern als diese Selbständigen durch ihre bloße Existenz Träger der Funktionen Infrastruktur und Nahversorgung sind. Diese Funktionen lassen sich am besten verdeutlichen mit der "was wäre, wenn es sie nicht gäbe"-Frage. Unabhängig vom jeweiligen Wohlergehen der einzelnen Firmen tragen sie in der Summe zur Vielfalt bei, die durch Türschilder, Schaufenster und Reklametafeln Stadtkultur per se darstellen: Die Welt der Kneipen und Imbisse, Kioske, Änderungsschneidereien, Pizzerien, Übernachtungspensionen, Copyshops, der Einzelhandelsgeschäfte von Tante-Emma-Läden bis zu diversen Facheinzelhandelsgeschäften, der Handwerksbetriebe von Bäckern und Metzgern über Frisöre hin zu Installateur- oder Tischlereibetrieben. Insofern hat dieser soziale Gegenstand einen Platz in einer Diskussion um Stadtökologie, die sich auch im traditionellen Sinne als Summe von Vielfalt versteht.

Literatur:

- Aldrich, H., Zimmer, C., Jones, T.: Small business still speaks with the same voice: a replication of 'the voice of small business and the politics of survival', in: The Sociological Review, 1986
- Bechhofer, F., Elliott, B.: The voice of small business and the politics of survival, in: The Sociological Review, 1978.
- Bögenhold, D.: Die Selbständigen. Zur Soziologie dezentraler Produktion, Frankfurt-New York 1985.
- Bögenhold, D.: Der Gründerboom. Realität und Mythos der neuen Selbständigkeit, Frankfurt-New York 1987.
- Geiger, T.: Die soziale Schichtung des Deutschen Volkes (zuerst 1932), Stuttgart 1967.
- Geiger, T.: Typologie und Mechanik der gesellschaftlichen Fluktuation (zuerst 1955), in: ders.: Arbeiten zur Soziologie, Neuwied 1962.
- Hanefeld, U.: Das Sozio-ökonomische Panel. Grundlagen und Konzeption, Frankfurt-New York 1987.
- Mills, C.W.: White Collar, New York 1953.
- Sombart, W.: Die Deutsche Volkswirtschaft im Neunzehnten Jahrhundert (zuerst 1912), 5. Aufl. Berlin 1921.
- Weber, M.: Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Aufl. Tübingen 1972.

Ingrid Breckner

DIE BEDEUTUNG LOKALER BESCHÄFTIGUNGSPROGRAMME FÜR DIE ENTWICKLUNG INNOVATIVER UMWELTSCHUTZ-INFRASTRUKTUREN IN DER KOMMUNE

- Thesenpapier zur Frühjahrssitzung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie in der DGS vom 20. bis zum 22.4.1989 in Kassel -

Einleitung

Das Vorhaben der SPD, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung als zwei zentrale Erscheinungsformen gesellschaftlicher Krisen der Gegenwart mit einem Programm "Arbeit und Umwelt" zu bekämpfen, hat zwischenzeitlich auch in die Stadtpolitik Eingang gefunden. Die unterschiedlichen stadtpolitischen Implementierungen dieser sozialdemokratischen Politikvariante zur Krisenregulierung sind insofern interessant, als sie zu Konkretisierungen zwingen, anhand derer nicht nur der politische Gestaltungswille lokaler Akteure sondern auch die gesellschaftlichen, räumlichen und subjektiven Dimensionen einer umwelt- und beschäftigungsorientierten "Gestaltbarkeit von Gesellschaft" auf dem Weg solcher Grundsatzprogramme sichtbar werden. Die Vernetzung von Umweltschutz mit lokaler Beschäftigungsförderung könnte ein praktisches Instrument zur Umsetzung des Programms "Arbeit und Umwelt" darstellen. Inwieweit diese Chance genutzt wird und in welcher Weise dadurch Eingriffe in die gesellschaftlichen Krisen von Arbeit und Natur möglich sind, wird im folgenden anhand vorliegender Erfahrungen aus lokalen Beschäftigungsprogrammen diskutiert.

These 1:

Die bislang praktizierten Varianten lokaler Beschäftigungsförderung enthalten keine konzeptionellen Vorstellungen über Möglichkeiten einer integrierten Bewältigung lokal spezifischer Ausformungen der Beschäftigungs- und Umweltkrise.

Seit etwa fünf Jahren existieren insbesondere in bundesdeutschen Großstädten Programme zur lokalen Beschäftigungsförderung. Hierbei werden unterschiedliche Finanzierungsmöglichkeiten - vor allem der

These 2:

Umweltbezogene Aktivitäten² sind in lokalen Beschäftigungsprogrammen schon quantitativ betrachtet unterrepräsentiert und können sich nur in Ausnahmefällen zu längerfristig stabilen innovativen Umweltschutz-Infrastrukturen entwickeln.

Betrachtet man die Anteile umweltbezogener Aktivitäten in ausgewählten Programmen lokaler Beschäftigungsförderung so ergibt sich folgendes Bild:

In Bremen arbeiteten im Jahr 1987 nur 14 von 400 lokalen Beschäftigungsinitiativen (3,5%) im Bereich Ökologie/Politik. Insgesamt waren in ökologischen bzw. politischen Projekten 353 Personen oder 8,2% aller geförderten Mitarbeiter beschäftigt (vgl. Effinger u.a., 1988, S. 489). Etwa zwei Drittel der Bremer Beschäftigungsinitiativen im Bereich Ökologie/Politik gaben an, ein neuartiges Angebot unter Berücksichtigung von zielgruppenspezifischen Interessen bereitzustellen (vgl. dies., a.a.O., S. 255).

In Hamburg waren im Jahr 1984 11,1% aller im Rahmen von AB-Maßnahmen Beschäftigten (=323 Personen) mit Tätigkeiten im Bereich "Verbesserung von Umwelt und Natur" befaßt, davon mehr als 90% bei staatlichen Maßnahmeträgern (vgl. Mirbach, 1986, S. 72).

In der Münchener Arbeitsförderungsinitiative arbeiteten von den Projekten, die nicht in städtischer Trägerschaft lagen, im Jahr 1986 15% (oder 5 von 33 Projekten) und im Jahr 1988 9% (oder 6 von 65 Projekten) ausschließlich im ökologischen Sektor (vgl. Breckner u.a., 1988, S. 110). Bei einer Reihe weiterer Projekte liegen Teilaktivitäten im Bereich der Ökologie.

Eine Untersuchung des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen (1988, S. 37f.) zu den landesweit im Jahr 1986 geförderten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ergab, daß

- o im Landesdurchschnitt 7,3% und im Ruhrgebetsdurchschnitt 5,5% aller Maßnahmen sowie
- o im Landesdurchschnitt 9,6% und im Ruhrgebetsdurchschnitt 7,9% aller Teilnehmer

² Dieser Begriff muß an dieser Stelle vergleichsweise unpräzise bleiben, da in den vorliegenden Untersuchungsberichten zu lokalen Beschäftigungsprogrammen hiermit alle Tätigkeitsfelder bezeichnet werden, die sich auf Umwelt- und Ökologiefragen beziehen. Ausgeklammert werden lediglich Beschäftigungsmaßnahmen in den traditionellen Bereichen der Landschaftspflege und des Gartenbaus.

Bundesanstalt für Arbeit - genutzt und teilweise durch kommunale Eigenleistungen ergänzt¹.

In den vorliegenden Modellen lokaler Beschäftigungsförderung dominiert als Ziel die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Damit verbinden die Stadtpolitiker vor allem die Hoffnung, den kommunalen Haushalt von den steigenden Sozialhilfeausgaben entlasten zu können. Zielvorgaben für die inhaltliche Gestaltung entsprechender Maßnahmen beschränken sich weitgehend auf die aus den angewandten Finanzierungsmöglichkeiten resultierenden rechtlichen und verwaltungstechnischen Zwänge. Zwar betonen die meisten Konzepte lokaler Beschäftigungsförderung die Bedeutung innovativer Aktivitäten in den Bereichen Umwelt, soziale Dienstleistungen, Kultur, Gesundheit usw. Diese Bedeutung bleibt aber solange abstrakt, solange in den geltenden Förderrichtlinien die inhaltlichen Details der zu fördernden Tätigkeiten eher eine untergeordnete Rolle spielen. So bleibt auch die Entwicklung innovativer lokaler Infrastrukturen im Umweltbereich vom Engagement, vom Wissen und den Erfahrungen der Antragsteller abhängig. Sie werden durch die Konzeption und Umsetzung der vorliegenden lokalen Beschäftigungsprogramme nicht systematisch in der Entwicklung umweltpolitischer Aktivitäten unterstützt.

¹ Nach der Art der Finanzierung lassen sich folgende Modelle lokaler Beschäftigungsförderung unterscheiden:

- o Beschäftigungsförderung auf der Basis der Finanzierungsmöglichkeiten nach dem Arbeitsförderungsgesetz vor allem in Hamburg, Bremen, Köln, Dortmund, München und neuerdings auch in Berlin. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), Lohnkosten- und Einarbeitungszuschüsse, Eingliederungsbeihilfen sowie um Ausbildungs-, Fortbildungs-, Umschulungs- und Rehabilitationsmaßnahmen.
 - o Beschäftigungsförderung für Sozialhilfeempfänger nach dem Bundessozialhilfegesetz vor allem in Nordrhein-Westfalen (Programm "Arbeit statt Sozialhilfe"), Hamburg und München sowie
 - o Beschäftigungsförderung im Bereich der Selbsthilfe, vormalig in Berlin und derzeit noch in München.
- Für die Qualität der lokalen Beschäftigungsprogramme ist entscheidend, wie die genannten Finanzierungsquellen mit kommunalen Zuschüssen kombiniert werden und ob neben staatlichen auch freie Maßnahmeträger berücksichtigt werden, die in der Regel die innovativeren Beschäftigungsideen einbringen.

auf innovative Tätigkeiten im Umwelt- und Naturschutz entfielen. Die räumliche Verteilung dieser Maßnahmen läßt erkennen, daß solche Initiativen in Kleinstädten und ländlichen Gebieten überdurchschnittlich und in Großstädten, insbesondere in denjenigen des Ruhrgebietes unterdurchschnittlich vertreten sind (vgl. ebd. sowie zu Dortmund Beckmann u.a., 1988, S. 24ff.).

Die Bedeutung lokaler Beschäftigungsprogramme für die Entwicklung innovativer Umweltschutz-Infrastrukturen in Kommunen läßt sich selbstverständlich nicht allein auf der Grundlage eines solchen Datenüberblicks bestimmen. Anhand verfügbarer qualitativer Informationen zu Münchner Projekten läßt sich präzisieren, welche Arten ökologischer Tätigkeiten in solchen Projekten gefördert werden und wie sich diese Förderung eventuell längerfristig infrastrukturell niederschlagen könnte.

Bei den in München mit ökologischen Tätigkeiten befaßten Projekten lagen die Schwerpunkte anfangs vor allem im Bereich des Recycling von Fahrrädern, medizinischen Geräten, Möbeln und Textilien. Von zwei eher innovativen Umweltprojekten organisierte das eine während der Förderzeit eine Messe zum Fragenkomplex Baubiologie und das andere - zum größten Teil aus privaten Mitteln finanzierte Projekt - konstruierte in einer Münchner Umlandgemeinde eine Anlage zur Verwertung des anfallenden Naßmülls. Die Maßnahmeträger dieser beiden letztgenannten Projekte engagierten sich schon längere Zeit im Bereich ökologischer Informations- bzw. Technologieentwicklung und nutzten die kommunale Beschäftigungsförderung zur vorübergehenden Finanzierung von Personalkosten. Beide Projekte empfanden die Bedingungen der lokalen Beschäftigungsförderung für die Verwirklichung ihrer vorwiegend umweltpolitischen Ziele als zu eng bzw. mit zu großem Verwaltungsaufwand und Kontrolle verbunden, sodaß sie auf die bestehende Möglichkeit einer Verlängerung der Förderung verzichteten.

- Als weitere Aktivitäten im Bereich des Umweltschutzes existieren in Münchener Arbeitsförderungsprojekten
- o die Einrichtung einer ökologischen Landschaftsgärtnerei,
 - o die Umnutzung einer brachliegenden Grünfläche im Stadtteil als Nachbarschaftsgarten,
 - o die Konzeption und Durchführung ökopädagogischer Veranstaltungen für Multiplikatoren in der Jugendarbeit sowie für Kinder und Jugendliche,
 - o die ökologische Neugestaltung von Schulhöfen,

o die Verbesserung der Bedingungen für den lokalen Fahrradverkehr oder
 o der Bau von Nisthilfen für den Vogelschutz.
 Diejenigen Münchner Projekte mit ökologischen Tätigkeitsschwerpunkten, die aufgrund gleichzeitiger sozialpolitischer Ziele (z.B. Beschäftigung von Behinderten oder Sozialhilfeempfängern oder Entwicklung von innovativen Bildungsangeboten) in den Zuständigkeitsbereich der kommunalen Sozialverwaltung fallen, haben potentiell die Möglichkeit, nach Ablauf der Förderung in der Arbeitsförderungsinitiative in die sogenannten städtische Regelförderung übernommen oder sich durch die längerfristige Finanzierung von Kernpersonalstellen als dauerhafte Beschäftigungsorte für sogenannte Problemgruppen des Arbeitsmarktes zu etablieren. Bisher konnte auf dieser Grundlage die Existenz von sieben Projekten mit teilweise oder ausschließlich ökologischen Tätigkeitsschwerpunkten stabilisiert werden.

Als zentrale Hindernisse für eine längerfristige Sicherung von Umweltschutzprojekten und für ihren Ausbau zu innovativen Infrastrukturen auf der kommunalen Ebene erwiesen sich in München

- o die zeitliche Befristung lokaler Beschäftigungsförderung bei gleichzeitig fehlenden Möglichkeiten einer unbefristeten Anschlußfinanzierung (mit Ausnahme des Sozialbereichs);
- o die unzureichende Berücksichtigung inhaltlicher Aspekte bei der Bewilligung der Fördermittel;
- o die strukturelle Einschränkung der Entwicklung marktfähiger Angebote durch die Förderrichtlinien und nicht zuletzt
- o Interessenkonflikte zwischen Projekten und bestehenden staatlichen Institutionen bzw. privatwirtschaftlichen Unternehmen (vgl. z.B. die Ablehnung von Projekten wie "ökologischer Bauhof", "Radioaktivitätsmessung der Milch" und "Denkmalpflege").

These 3:

Die bisherigen Erfahrungen mit innovativen Umweltschutzaktivitäten in lokalen Beschäftigungsprogrammen verweisen darauf, daß diese Anstrengungen aufgrund ihres Umfangs, aber auch wegen der eingeschränkten Handlungsebenen weder als umweltpolitische noch als arbeitsmarktpolitische Krisenregulierungsansätze auf der lokalen Ebene gelten können.

Literatur

- Beck, U., 1988: Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit. Frankfurt am Main.
- Beckmann, H./Neukirchen-Füers, F., 1988: Arbeitslosigkeit u. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in einer Krisenregion. Zusammenfassung wichtiger Arbeitsergebnisse einer Studie über den Einsatz von AB-Maßnahmen im Arbeitsamtsbezirk Dortmund. In: Universität Dortmund, Fachgebiet Soziologische Grundlagen der Raumplanung, Hrsg., Arbeitspapier Nr. 1. Dortmund.
- Breckner, I./Hemmer, Ch./Schmals, K.M., 1988: Wissenschaftliche Begleituntersuchung zur Münchener Arbeitsförderungsinitiative. Fortschreibung 1988. In: LH München, Hrsg., Arbeitsberichte zur Stadtentwicklungsplanung Nr. 23. München.
- Effinger, H./Sosna, J./Schlake, S., 1988: Vom Ausstieg zum Umbau. Arbeit und Leistung in lokalen Beschäftigungsinitiativen in der Region Bremen. Forschungsbericht hrsg. von der Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen. Bremen.
- Häußermann, H./Siebel, W., 1987: Neue Urbanität. Frankfurt am Main.
- Krätke, St./Schmoll, F., 1987: Der lokale Staat - 'Ausführungsorgan' oder 'Gegenmacht'? In: Prokla, 17. Jg./Nr. 68. S. 30-72.
- Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen, 1988: Aktuelles aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. ABM als beschäftigungspolitisches Instrument. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung im Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Mirbach, Th., 1986: Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in Hamburg. Überblick über neue Initiativen 1980-1986. Forschungsbericht. Hamburg.

Umweltpolitische Initiativen können in lokalen Beschäftigungsprogrammen in einer Vielzahl kleinteiliger Aktivitäten für einige wenige Personen aus dem Bereich der sogenannten Problemgruppen des Arbeitsmarktes zwar beschäftigungswirksam werden. D.h. ohne diese Förderung gäbe es höchstwahrscheinlich weder die umweltbezogenen Tätigkeiten der Projekte, noch Arbeitsplätze für die hier beschäftigten Personen. Zieht man aber in Betracht, daß sich die ökologische Krise in den Städten in lokal und großräumig bedingten Zerstörungen der Ressourcen Luft, Boden und Wasser äußert und unaufhaltsam voranschreitet (vgl. Häußermann/Siebel, 1987, S. 232ff. und Beck, 1988, S. 72ff.), so sind die bisherigen Aktivitäten in lokalen Beschäftigungsprojekten allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein der schwierigen Bewältigung von Umweltgefahren. Auch die strukturell bedingte Krise der Arbeit läßt sich durch die quantitativ und konzeptionell beschränkten Ansätze lokaler Beschäftigungsförderung mit Sicherheit kaum entschärfen.

Lokale Beschäftigungsprogramme können für einzelne Gruppen der aus der formellen Erwerbsarbeit ausgegrenzten Personen bei einer systematischeren ökologischen Gestaltung ihrer Tätigkeitsfelder allenfalls ein Lern- und Experimentierfeld für die Beschäftigten, aber auch für andere Stadtbewohner sein. Insofern erscheint es durchaus sinnvoll, innovative Umweltschutzaktivitäten auf der lokalen Ebene institutionell auch längerfristig zu stabilisieren. Dabei muß aber klargestellt werden, daß eine auch umweltpolitisch orientierte lokale Beschäftigungsförderung niemals einen Ersatz für ursachenorientierte, lokale wie überregionale ökonomische und ökologische Krisenregulierungsstrategien sein kann. Es bleibt eine Aufgabe der Stadtpolitik, den ökonomischen und ökologischen Umbau der Gesellschaft auf der lokalen Ebene sozial und kulturell so zu gestalten, daß die gegenwärtig feststellbaren Tendenzen der zunehmenden Durchkapitalisierung von Arbeit und Reproduktion, der politischen Deregulierung sowie der sozialen und kulturellen Fragmentierung von Lebensbereichen und sozialen Gruppen zugunsten aller und insbesondere zugunsten der am stärksten existenziell gefährdeten Stadtbewohner in einer allgemein menschenwürdigen "neuen Urbanität" aufgehoben werden (vgl. auch Krätke/Schmoll, 1987, S. 44ff.).

Frühjahrssitzung der Stadt- und Regionalsoziologen bei der DGS vom
 20. bis 22.4.1989 in Kassel Klaus M Schmals

T H E S E N P A P I E R

Die Relevanz der Ökologie in alt- und high-tech-industrialisierten Lebensräumen - Das Ruhrgebiet und München.

THESE 1: Das Ruhrgebiet und die Agglomeration München, als die Kehrseiten einer Medaille, sind Beispiele für Inwertsetzungs- und Außerwertsetzungsprozesse im ungleichzeitigen Entwicklungsprozeß der Bundesrepublik.

Die sozialräumliche Entwicklung der Bundesrepublik ist gegenwärtig durch prosperierende, stagnierende und schrumpfende Lebensräume geprägt. Für die Pole dieser Entwicklung stellen das Ruhrgebiet und München evidente Beispiele dar (vgl. I. Breckner, K.M. Schmals, 1989). Dabei impliziert Wachstum und Schrumpfung nicht nur Umstrukturierungsprozesse der bisher geltenden Regulations- und Akkumulationsregime, sondern auch je bestimmte Ausprägungen ihrer Inwert- oder Außerwertsetzung.

In seiner Arbeit "Sachzwang Weltmarkt" stellte E.Altvater (1988) erklärende Hypothesen zu kapitalistischen Inwert- und Außerwertsetzungsprozessen vor. Hiernach können heute regionale und lokale Entwicklungsprozesse nicht mehr außerhalb der internationalen Ökonomie und ihrer nationalstaatlichen Verästelungen bewertet werden: "Die Region ist sozusagen der Ort, an dem sich die Aktionen und Bewegungstendenzen von Staat und Kapital räumlich, damit aber auch ökonomisch, sozial, politisch und ökologisch manifestieren. Die Realität des Weltmarktes befindet sich dabei nie außerhalb von Nationen und Regionen. Vielmehr haben im räumlichen Sinne Region, Nation und Weltmarkt unterschiedliche 'Reichweiten', so daß sich auf einem gegebenen Territorium unterschiedliche 'Logiken' durchdringen und spezifische Artikulationsmuster bilden" (ders., 1988, S 87 f.). Zusammengefaßt ist nach Altvater die Funktion des Weltmarktes diejenige der Universalisierung und Stabilisierung der

Ökonomie des kapitalistischen Wertgesetzes, die Funktion der Nation (bzw. des Nationalstaates) ist die der Bildung und Erhaltung eines hegemonialen Blocks (zur Sicherung von kapitalistischen Arbeits- und Lebensformen) und die Funktion von Lokalität (Stadt und Region) ist die, eine bestimmte Weise bzw. Form der gesellschaftlichen Reproduktion der Menschen und ökologischer Reproduktionsbedingungen aufrecht zu erhalten (ders., a.a.O., S.90). Im Rahmen dieses Konzeptes diskutiert Altvater Struktur und Entwicklungsdynamik des Zusammenhangs zwischen ökonomischen Krisentendenzen des Weltmarktes, den Interventionsmöglichkeiten des Nationalstaates, den materiellen Lebensbedingungen, politischen Partizipationsbedingungen und ökologischen Reproduktionsbedingungen einer Region. Die Folgen dieser Konstellation sind für die einzelnen Regionen des Weltmarktes nicht gleichermaßen relevant. Sie können in Inwert- und Außerwertsetzungsprozessen zum Ausdruck kommen. Mit entsprechenden Entwicklungen ist u.a. Wert und Verwertung regional produzierter Waren, Qualifizierungsniveaus und der Entwicklungsstand neuer Technologien, die Zusammensetzung des regionalen Kapitals und die entsprechende Arbeitsproduktivität sowie Mechanismen der internationalen Preisbildung regionaler Rohstoffe gemeint. D.h. im Nachvollzug dieses Erklärungskonzepts ist zu rekonstruieren, zu welchem Zweck und mit welchen Mitteln ganze Nationen oder auch Teilräume einer Nation und Region auf unterschiedlichen Ebenen inwert- und außerwertgesetzt werden.

Ein weiterer Aspekt zur Erklärung der Gleichzeitigkeit von Inwert- und Außerwertsetzungsprozessen z.B. in einer Nation, wird in der Diskussion um kapitalistische Akkumulations- und Regulationsregime thematisiert. Gemeint ist damit beispielsweise der gegenwärtige Wandel unserer Gesellschaft vom Fordismus zum Postfordismus auf den Ebenen Kapitalverwertung und sozialpolitische Steuerung:

- o Fordistische Akkumulations- und Regulationstypen beruhen im wesentlichen auf den Prinzipien der Massenproduktion, der Massenkonsumtion, der Umformung der Natur im großen Maßstab und der Entwicklung des (keynesianischen Wohlfahrts-)Staates (vgl. B. Jessop, 1986, S. 13 f.). Ein Aufbrechen entsprechender Strategien ist seit den 70er Jahren zu beobachten.
- o Die Krise fordistischer Arbeitsorganisationen wird an wesentlicher Stelle auf die Verankerung starrer Produktionstechnologien und Organisationsprinzipien, auf den tendenziellen Fall der Profitrate, auf die Zunahme von Arbeitslosen sowie auf den wachsenden Widerstand der Arbeiter und Angestellten tayloristischen und fordistischen Produktionsprozessen zurückgeführt;
- o Postfordistische Akkumulations- und Regulationsmodi werden im allgemeinen gekennzeichnet durch die Internationalisierung von

den industriellen "Höhenflug" erst in den 60er Jahren, ab diesem Zeitpunkt aber mit erschreckender Konsequenz. München wurde - aufgrund vorteilhafter Start- und Standortbedingungen - zur größten Industrie- und Dienstleistungsmetropole der Republik, zum High-Tech-, Medien- und Rüstungszentrum. Dabei werden durch den Bau von Autobahnen, den Bau des Interkontinentalflughafens München 2, die permanente Ausweitung der Atom-, Rüstungs-, Mikroelektronik-, Bio- und Gentechnologie, der Freizeit- und Kulturindustrie immer größere Lebensräume zerstört. Die international agierenden Elektronikkonzerne verseuchen die Umwelt vor allem in qualitativer Hinsicht umfangreicher, als die Montankonzerne des Reviers. Sie tun dies auf neuer - chemikalisierte - Entwicklungsstufe, d.h. auch, für viele nicht einsehbar. Daß heute im Münchner Raum mehr Druck auf politisch Verantwortliche ausgeübt wird, als z.B. im Ruhrgebiet (vgl. J. Esser, W. Fach, W. Vöth, 1983, S.188 ff.), kann zum einen an der veränderten Sozialstruktur liegen. D.h., hier entfaltet sich auch in sozialstruktureller Hinsicht der Typus einer 2/3 Gesellschaft, deren gutversorgte und differenziert ausgebildete Vertreter sich eher postmaterialistischen Werten öffnen (können), als die Bewohner im Revier, die noch teilweise in feudalistische Strukturelemente eingebunden sind (vgl. Beck, 1987). Zum zweiten stellt der in letzten Spuren noch existierende ortskonservative Block aus Traditionsvereinen, Bauernverband, Umwelt- und Landschaftsschutzverbänden oder Alpenverein ebenfalls eine Hürde für überbordende industriekapitalistische Akkumulations- und Regulationsregime dar, da die Mitglieder und Anhänger dieser traditionellen Gruppen noch eine gewisse Zeit zum Wählerpotential gehören.

THESE 3: Die Funktion der Ökologie in räumlichen Veränderungsprozessen liegt zwischen Retusche industrieller Schäden und Nachahmungszwang. An die Entwicklung und Anwendung ökologischer Prinzipien zur Eindämmung negativer gesellschaftlicher Entwicklungen (wie der Vertiefung sozialer Ungleichheit) und zum Aufbau einer anderen Gesellschaft wird gegenwärtig von offizieller Seite nicht konsequent genug nachgedacht.

Die Funktion der Ökologie im Entwicklungsprozeß des Ruhrgebietes unterscheidet sich nur auf der Erscheinungsebene von der in Mün-

Politik und Ökonomie, durch die Erschließung von neuen Anlagensphären und Wachstumfeldern, durch flexible Produktions-, Organisations- und Reproduktionskonzepte.

- o Mit dieser sehr groben Skizze soll angedeutet werden, mit welcher realen Gewalt die Re-Formierung des Kapitalismus sich ihren Weg bahnt. Die Veränderung der Lebensformen wird mit Sicherheit nicht weniger drastisch ausfallen als jene Veränderung, die mit der industriellen Revolution einsetzte. (...) Für gesellschaftliche Alternativen bleibt dabei trotz möglicher Ansatzpunkte (...) wenig Raum; auch wenn die Alternativen in den Auseinandersetzungen um das neue Gesicht des Kapitalismus durchaus ein Wort mitzureden haben werden: es bleibt das Gesicht eines Kapitalismus" (Th. Krämer-Badoni, 1988, S.7).

THESE 2: Sowohl auf Inwertsetzungs- als auch auf Außerwertsetzungsprozesse wird gegenwärtig mit dem gleichen Konzept - nämlich mit Ökologie - reagiert.

Das Ruhrgebiet und der Ballungsraum München stoßen gegenwärtig an die Grenzen, des für diese Regionen sinnvollen Wachstums. Die Gründe hierfür sind jedoch sehr unterschiedlich:

Das Ruhrgebiet, charakterisierbar durch das hier noch herrschende fordistische Akkumulations- und Regulationsregime, hielt es - mit wenigen Ausnahmen (vgl. etwa die mikroelektronisch gesteuerte Contigluhe bei Hoesch in Dortmund) - nicht für nötig, die Industrieanlagen, Infrastrukturen, das Qualifikationsniveau oder die Sozio-Kultur zu modernisieren. Außerdem spielt in dem in dieser Region schon frühzeitig abgebrochenen Urbanisierungsprozeß (L.Niethammer, 1984, S. 237) die Natur - auch im Bewußtsein der Bürger - eine eher nachgeordnete Rolle. Für Außenstehende bzw. Neubürger ist Letzteres mehr als erstaunlich, denn das Ausmaß der Zerstörung von Mensch und Natur sind eklatant.

Diejenigen, die die Region zu ihrer Reproduktion verlassen können, hätten die Region verändern können. Denjenigen, denen die Mittel für eine Reproduktion außerhalb der Region fehlen, versuchten bisher allenfalls zaghaft, die lokalen Reproduktionsbedingungen zu verändern. Die *endogenen Kräfte* der in dieser Region lebenden Menschen scheinen zu wenig entwickelt und organisiert. Dieses Resultat jahrzehntelanger Ausbeutung und Unterdrückung ist ein Pendant der bis zur Unkenntlichkeit geschundenen Natur.

In der Region München unterschieden sich die Verhältnisse nur graduell von denen im Revier. Diese Region begann ihren *atemberaubenden*

chen. Dient sie im Ruhrgebiet - in der Antizipation südstaatlicher Regulationsprinzipien - der Wiedergewinnung eines konkurrenzfähigen Produktions- und Lebensraumes, so ist sie in München zum einen Assesoir subjektiver Lebenskarrieren, zum zweiten Retusche großindustrieller Umweltverschmutzung (etwa im Rahmen der Chipproduktion) und zum dritten ist sie Relikt alpenländischer Postkartenkultur oder konservativer Bilderbuchphantasien (in Wirklichkeit sind größere Teile der bayerischen Seen, Wälder und Flüsse verseucht oder von saurem Regen zerstört).

Am Beispiel des Ruhrgebiets - hier der Emscherzone - versucht man z.T. durch Renaturierungs- und Rekultivierungsprogramme, durch Wohn-, Freizeit-, Kultur- und Arbeitsstätten im Park zum modernen und dadurch wieder konkurrenzfähigen Industriestandort zu werden. Dies unter Berufung auf Parkideen (S.Müller), wie sie von Linne und Schinkel für das Berlin der Jahrhundertwende entwickelt wurden.

Die LH-München sieht - im Übermut ihrer Kräfte - gegenwärtig noch keinen Grund, ihr Image als Industrie- und Dienstleistungsstandort durch ökologische Propaganda aufzupolieren oder durch den Wandel ihrer Politik zu verändern. Ökologische Anregungen der Planungsverwaltung zur Verschönerung ihres Erscheinungsbildes werden von standortsuchenden Betrieben ohne Murren akzeptiert (vgl. z.B. das Programm "Grün statt Grau" - Aktion 1989).

In beiden Regionen haben die politisch, wirtschaftlich und kulturell Verantwortlichen das Ausmaß des ökologischer Probleme und ihre Verquickung mit den zukünftigen regionalen Entwicklungschancen noch nicht erkannt. Ökologie wird weiterhin - mehr oder weniger geschickt kaschiert - durch Ökonomie kolonialisiert. Natur oder Umwelt tauchen in sozialräumlichen Entwicklungskonzepten als eigenständige gesellschaftliche Qualitäten noch nicht auf.

THESE 4: Die Vermeidung bisher nicht begangener Fehler oder die Vorstellung, Stadtentwicklung als einen Reflex auf technologische Innovations- und kapitalistische Verwertungszyklen zu begreifen, greifen als programmatische Leitlinien für eine sozial- und umweltverträgliche Raumentwicklung der Zukunft zu kurz.

Das Ruhrgebiet möchte am liebsten so werden, wie der Süden der Re-

ublik sich heute darstellt. Und München kann sich nicht so weiterentwickeln, wie es das heute tut. Trotzdem wird in beiden Regionen nicht konsequent über Alternativen der Stadtentwicklung nachgedacht. In beiden Regionen dominiert nach wie vor ein Denken in Kategorien der traditionellen Wachstumsideologie. Inhalte und Organisationsvorschläge des Memorandums zur IBA Emscher-Park und die ersten Umriss eines ökologischen Stadtentwicklungsplanes für München belegen, wie schwer es den Verantwortlichen in beiden Regionen noch fällt, ihre klassischen Steuerungspolitiken einer prinzipiellen Korrektur zu unterwerfen.

a) Zentrale Ideen und Experimentierebenen des Memorandums "Internationale Bauausstellung Emscherpark (MSWV, 1988, S.33 ff.)" sind u.a.

ein Wiederaufbau von Landschaft (am Beispiel des Emscherlandschaftsparks zwischen Duisburg und Dortmund (mit Fuß- und Radwegen, Naturschutzzonen und Feuchtbiotopen);
eine ökologische Verbesserung des Emscher-Systems (bestehend aus Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung oder Rückbau der Oberflächenversiegelung);
Arbeiten im Park (mit den Teilaspekten Industriepark, Gewerbepark, Dienstleistungspark und Wissenschaftspark; oder die Erneuerung von Werksiedlungen nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten sowie der Entwurf von Siedlungen der Zukunft.

Die Realisierung dieser Vorschläge, ist an die Einrichtung von Werkstätten gedacht: in sog. Werkstattprojekten sollen u.a. bisher erkannte Strategien zur Behandlung von Altlasten, zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur oder Aspekte der Gesundheitsvorsorge entwickelt, überprüft und erörtert werden).

Auf diesem inzwischen wohl bekanntesten und vielleicht größten Umbauprojekt im Ruhrgebiet, bestehen in diesem Raum in den Bereichen Brachen- und Altlastenrecycling, Straßenrückbau, Altbausanierung oder Wohnumfeldverbesserung eine große Zahl ökologischer Projekte und Experimente. Einen interessanten Überblick vermittelt hier nicht nur der Schlußbericht "Landeswettbewerb 1986 Ökologisches Bauen" (MSWV, 1988), sondern auch die "Konzeption einer Stadtökologie" (MLS, 1985).

Trotz dieser Bemühungen fehlt im Ruhrgebiet eine Entwicklungskonzeption, die über einen - wenngleich sehr wichtigen und vielchichtigen Forderungsmix (S.Müller, 1989) - hinausweist. Weiterhin fehlen konzeptionelle Überlegungen in bezug auf die Qualität der Sozial-, Kultur- oder Umweltverträglichkeitsprüfungen für die

Insgesamt ist zu betonen, daß gegenwärtig in München kein einheitliches, die städtischen Lebensbereiche übergreifendes ökologisches Stadtentwicklungskonzept existiert (Jedes Referat bzw. jede Abteilung städtischer Referate, die/das sich mit ökologischen Aspekten der Stadtentwicklung befaßt, arbeitet - unkoordiniert - mit selbstentworfenen Ökologiekonzepten). Die dargestellten "alternativen" Tropfen auf den heißen Stein der Münchener Wachstumseuphorie fallen heute noch nicht ins Gewicht. Sie stellen jedoch die ersten und notwendigen Schritte in die richtige Richtung dar, lenken aber prinzipiellere Entscheidungen auf den Ebenen Verkehr, Gewerbeansiedlungspolitik oder Freizeitplanung folgen müßten. Dies scheint in München umso leichter, als hier z.B. standortsuchende Betriebe (gegenwärtig ca. 450) - ohne viel Widersprüche - "ökologische Auflagen" (etwa durch das Kommunalreferat) akzeptieren. Vor diesem Hintergrund ist z.Zt. die Planung eines Bürohausgroßprojektes im Gange, bei der auch ökologische Gestaltungsmerkmale akzeptiert wurden. Nach mehreren Gesprächen in städtischen Referaten wurden folgende Anregungen für die Präzisierung des sich in Arbeit befindenden Stadtentwicklungsplanes genannt: Die Behandlung ökologischer Fragen müsse als Querschnittsaufgabe aller Referate der Stadt organisiert werden, der Oberbürgermeister und die Referatsleiter müssten eine entsprechende Grundsatzentscheidung treffen und nicht zuletzt müsse erreicht werden, daß sich auch die ortsansässige Wirtschaft am Umbauprogramm der Stadt beteiligt.

These 5: Zur Bewältigung der aktuellen Krisen gesellschaftlicher Entwicklung sind technologische Innovationen sicher unverzichtbar. Der Einsatz neuer Technologien ist im Umbauprozess unserer Gesellschaft aber kein von vornherein erfolgversprechendes Allheilmittel. Sie lösen allenfalls die technischen Probleme innerhalb gesellschaftlicher Krisenverläufe.

München könnte bereits heute - aus einer Position der ökonomischen Stärke heraus - ökologische Modelle für eine Stadt der Zukunft erarbeiten und erproben. Wissen, Geld und Vorbilder sind im ausreichenden Maß vorhanden. Dies hieße aber, daß materieller und individueller (Firmen-, Parteien- und Verwaltungs-)Egoismus zu Gunsten kollektiver und verständigungsorientierter Moral zurücktreten müßte. D.h., um soziale, kulturelle, ökonomische oder politische Krisendimensionen lösungsorientiert anzugehen, bedarf es nicht nur

geplanten Projekte. Es bleibt die Frage offen, ob mit fordistischen Akkumulations- und Regulationsregimen, materialistischen Bewußtseinsformen und nicht vorhandener Sensibilität gegenüber Prozessen der Natur neue gesellschaftliche Lebensformen entwickelt werden können. Einzelne Maßnahmen wie das Gesunde Stadthaus in Bochum, das Projekt Ökotop-Heerd in Düsseldorf, oder das Projekt Perma-Kultur-Park in Dortmund verweisen auf die noch nicht ausreichende Akzeptanz persönlicher Lernprozesse und auf die Vielfalt der mit solchen Umdenkungsprozessen verbundenen Probleme. Nach A.Voß wäre es z.B. eine Hauptfunktion der IBA-Emscher-Park "Über den Renaturierungsversuch der Emscher einen langfristigen Umbau des gesamten Abwasser- Müllentsorgungssystems des Ruhrgebiets einzuleiten und zu forcieren (ders., 1989, S.35). In die gleiche Richtung argumentiert S.Müller: Er hält es nicht vertretbar, "daß ökologische Erneuerung heute keinen größeren Rahmen als den unmittelbar örtlichen bräuchte und auf Regionalpolitik und -planung in jedem Fall verzichten könne, wenngleich ökologische Stadterneuerung sicher auch immer einen Versuch in Richtung von Rückgewinnung an Autonomie kleiner Einheiten und damit Dissoziation beinhalten wird (S.Müller, 1989, S. 18).

b) Ideen und Experimentierebenen einer ökologischen Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungsplanung sind in München u.a.

- o Maßnahmen ökologischer Stadterneuerung in den Sanierungsgebieten Haidhausen und Westend;
- o z.T. geglückte Beispiele der Wohnumfeldverbesserung, der Verkehrsberuhigung, der Fassaden- und Hofbegrünung;
- o Experimente mit Solarhäusern oder einem "Strombedarfsmodell"
- o Experimente mit der konsequenten Anwendung von Energiesparmaßnahmen im Wohnungsbau durch die Verbesserung der Wärmedämmung (u.a. im Rahmen des Förderprogramms Energieeinsparung der LH München);
- o Planung einer nach ökologischen Kriterien entworfenen Großsiedlung;
- o Experimente in den Bereichen Gartendüngung, Entgiftung des Hausmülls (vgl. hier die mobile Sammlung von Problemabfällen aus Haushalten) oder Beseitigung von Schwermetallen im Garten;
- o die Verabschiedung eines kommunalen Entsorgungskonzepts durch den Münchner Stadtrat (mit den Teilen Abfall- und Klärschlammkonzept);
- o Umweltfreundlicher Umbau der Heizkraftwerke (durch den Einbau stickoxidarmer Hybridbrenner);
- o Entwicklung eines Modellversuchs zur getrennten Erfassung von Altstoffen aus Hausmüll; und insgesamt
- o Aufstellung eines ökologischen Entwicklungsplans für die Stadt München (mit den bis zum heutigen Zeitpunkt systematisch analysierten Ebenen Stadtverkehr, Erholung und Natur der Stadt.

eines sozial- und umweltverträglichen Einsatzes moderner Technologien, sondern auch moderner und integrierter Krisenregulierungsstrategien, die alle genannten Dimensionen berücksichtigen und auch in qualitativer Hinsicht für alle gesellschaftlichen Gruppen bessere Entwicklungsmöglichkeiten sichern können. Zur Verwirklichung dieser Ziele müssen jedoch die Wissensbestände und die Kreativität der Bevölkerung ausgeweitet werden, damit sie am gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß teilnehmen kann. Ebenso dringend sind selbstbestimmte Erfahrungsmöglichkeiten sowie neue Formen der Zusammenarbeit innerhalb und zwischen Verwaltung, Politik, Wirtschaft und der Bürgerschaft zu entwickeln.

Literatur:

- E.Altvater, Sachzwang Weltmarkt, Hamburg 1987
- I.Breckner, H.Heinelt, M.Krummacker, D.Olschlägel, Th.Rommelpacher, K.M.Schmals, Hrsg., Armut im Reichtum, Gießen 1989
- U.Beck, Risikogesellschaft, Frankfurt am Main 1986
- Der Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Hrsg., Landeswettbewerb 1986. 'Ökologisches Bauen', Düsseldorf 1988
- Der Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Internationale Bauausstellung Emscher-Park - Werkstatt für die Zukunft alter Industriegebiete - Memorandum zu Inhalt und Organisation, Düsseldorf 1988
- Der Minister für Landes- und Stadtentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen, Hrsg., Konzeption einer Stadtökologie, Düsseldorf 1985
- J.Esser, W.Fach, W.Väth, Hrsg., Krisenregulierung, Frankfurt am Main 1983
- B.Jessop, Der Wohlfahrtsstaat im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus. In: Prokla, Heft Nr. 65, S. 4-33
- Th.Krämer-Badoni, Stadt als Illusionsraum. In: ders., Probleme der Stadt- und Regionalentwicklung - fünf Vorträge, Bremen 1988, S. 1-17
- LH München, Hrsg., Entsorgungskonzept 1988/89..., München 1988
- L.Niethammer, Nachindustrielle Urbanität im Revier? In: ders. u.a., Hrsg., Die Menschen machen ihre Geschichte..., Berlin u.a. 1984
- S.Müller, R.Kelber, Vom Forderungsmix zur vernetzten Programmatik. In: Die Grünen - Dortmund: Ökologische Stadt - solidarische Stadt?, Dortmund 1989
- S.Müller, Zurück zur Landschaft und zugleich vorwärts in der Modernisierung. Der schwierige Spagat der IBA-Emscher. In: Arbeitspapier Nr. 3 des Fachgebiets Soziologische Grundlagen der Raumplanung, Dortmund 1989.
- A.Voß, Kritische Anmerkungen zur Internationalen Bauausstellung - Emscherpark. In: Arbeitspapier Nr. 3 des Fachgebiets Soziologische Grundlagen der Raumplanung, Dortmund 1989

Rot-grüne Umweltpolitik in Berlin

Seit dem 16.3.1989 regiert in West-Berlin eine rot-grüne Koalition. Dem vorausgegangen waren Koalitionsverhandlungen, die in einer umfangreichen Koalitionsvereinbarung ihren Niederschlag gefunden haben - ein Programm für mehr als vier Jahre.

Dieses Referat versucht, anhand von Beispielen und aus der Perspektive der verschiedenen Akteure (Politik, Verwaltung, Bevölkerung) Erfolge, Schwierigkeiten und Diskussionen aufzuzeigen, die die rot-grüne Politik in Berlin begleiten.

1. Der ökologische Stadtumbau

Das Wort "ökologischer Stadtumbau", vielfach in der Koalitionsvereinbarung und der Regierungserklärung erwähnt, wird insbesondere von PolitikerInnen als Synonym für die neue Politik verwendet und wird, ob passend oder unpassend, für alles benutzt, was im weitesten Sinne mit Umweltpolitik zu tun hat. Daraufhin tauchte in der Öffentlichkeit wie in der Verwaltung die Frage auf: "Ökologischer Stadtumbau, was ist das eigentlich?" Da ökologischer Stadtumbau in der Vernetzung verschiedener Sektoren, durch Denken in Zusammenhängen m.E. bestimmt wird, ist eine Antwort, ökologischer Stadtumbau ist, wenn... nicht zu geben.

Verwaltung beruht aber auf dem Prinzip der Trennung in Sektoren, in Zuständigkeiten. Um den Gedanken des ökologischen Stadtumbaus näher an das tägliche Verwaltungshandeln zu bringen, wurde eine abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz eingerichtet. Als Zwischenergebnis ist zu konstatieren:

Freiheiten der Bevölkerung gewertet. Die bisher eher linken Gruppierungen zuzurechnenden Organisations- und Verhaltensformen wie z.B. die Bildung einer Bürgerinitiative, Sammlung von Unterschriften oder phantasievolle Aktionen werden nun von den Kämpfern für "Freie Fahrt für freie Bürger" benutzt.

Bei der ebenfalls in Angriff genommenen wesentlichen Ausweitung des Busspurnetzes zeigt sich, daß hier die Verwaltung eines längeren Zeitraumes bedarf, um die politischen Ziele umzusetzen. Die Koordination der verschiedenen Ansprüche (Lieferverkehr, Parkplätze, Radverkehr, Individualverkehr) führt zu Verzögerungen der vorgesehenen Zeitplanung. Eine Verkehrsverwaltung, die bisher mit eindeutiger Priorität für den Individualverkehr gearbeitet hat, tut ein übriges bei dem Aufbau von Hindernissen.

Bisher wurde von dem politischen Ziel, dem öffentlichen Personennahverkehr mehr Gewicht zu geben, insbesondere deswegen nicht abgerückt, weil Meinungsumfragen eindeutige Mehrheiten dafür signalisiert haben. Inwieweit das auch weiterhin der Fall sein wird, bleibt abzuwarten.

3. Bevölkerungszuwachs, Wohnungsbau, Grünflächensicherung

AL und SPD haben in der Koalitionsvereinbarung festgelegt, daß der 1988 beschlossene Flächennutzungsplan zugunsten des Erhalts von vorhandenen Kleingärten, Landwirtschaftsflächen und wertvollen Stadtbrachen zu ändern ist. Ebenfalls wurde beschlossen, daß innerhalb von vier Jahren 28.000 Wohnungen gebaut werden sollen.

Durch den verstärkten Zustrom von Aus- und Übersiedlern (ca. 30.000 1989) wurde vom Bausenator relativ schnell eine Aufstockung des Wohnungsbauprogramms auf 35.000 Wohnungseinheiten gefordert, was mittlerweile im Senat auch beschlossen wurde.

- Insbesondere die PlanerInnen neigen zu allgemeinen Äußerungen über Ökologie und Naturhaushalt. Entwicklungsvorstellungen werden zwar benannt, allerdings ohne konkrete Vorschläge, wie Gesetze, Verordnungen oder normales Verwaltungshandeln zu ändern sind.

- Demgegenüber entwickeln die im umwelttechnischen Bereich Beschäftigten kaum eigene Vorstellungen. Es wurde die Meinung geäußert, durch einzelne Gesetze wären abschließende Regelungen getroffen. Handlungsspielräume für die Verwaltung ergeben sich nicht.

- Da die Beschäftigten dieser Verwaltung seit ihrer Gründung im Jahre 1981 sich nun zum vierten Mal mit einer neuen politischen Leitung konfrontiert sehen, hält sich die Begeisterung für wieder neuzuformulierende Inhalte teilweise in Grenzen. Immer wieder hat die Verwaltung politische Schlagworte auszuformulieren. Viel Papier wird produziert, konkrete Veränderungen vor Ort haben meist nicht stattgefunden.

- Dennoch hat sich auch in der Vergangenheit gezeigt, daß durch interne Diskussion Denken und Handeln einer Verwaltung geändert werden kann. Inwieweit dies auch beim Thema ökologischer Stadtumbau erreicht werden kann, der entgegen dem Prinzip der Verwaltung ressortübergreifend angelegt ist, ist zur Zeit noch nicht absehbar.

2. Verkehrspolitik

Die Änderung der Verkehrspolitik zugunsten des öffentlichen Personennahverkehrs und des nichtmotorisierten Individualverkehrs nimmt in der Koalitionsvereinbarung relativ großen Raum ein. Als erste Maßnahme in diesem Sinne, die wenig konzeptioneller Vorarbeit innerhalb der Verwaltung bedurfte, wurde auf den letzten 6 Kilometern der Avus, die ohne Geschwindigkeitsbegrenzung bisher befahren werden durfte, Tempo 100 eingeführt. Dieses wurde, später unter Hinzuziehung anderer geplanter Maßnahmen, z.B. Sperrung von Waldstraßen, Tempo 30 etc., insgesamt als Angriff auf die individuellen - 3 -

Bei der Frage, auf welchen Flächen dies geschehen soll, entsteht der Konflikt zwischen den verschiedenen Hauptverwaltungen, Bezirksämtern und den BürgerInnen.

- Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz strebt eine "Verdichtung nach innen" an. Das heißt, der zusätzliche Wohnungsbau soll insbesondere durch Verdichtung in bestehenden Siedlungen (Dachgeschoßausbau, Baulückenschließung, Verdichtung in den 20er-, 30er-, 50er- und 60er-Jahre-Siedlungen, Aufstockung nur ein- oder zweigeschossiger Bebauung) sowie durch Inanspruchnahme bisher sehr extensiv mit Schrottplätzen und Lagerhaltung genutzter Gewerbeflächen erreicht werden.

- Die Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen stimmt zwar der grundsätzlichen Zielrichtung zu, hält aber aufgrund der damit verbundenen Schwierigkeiten (großer Anteil Privatbesitz, Planungsrecht, sehr viele kleine Projekte) die Inanspruchnahme von größeren freien Flächen für notwendig.

- Die Senatsverwaltung für Wirtschaft hält an der durch den Flächennutzungsplan 1988 beschlossenen sog. "Wachstumsreserve" von 300 ha fest und ist nicht bereit, geplante Gewerbeflächen ohne Ersatz aufzugeben.

- Die Bezirksämter erkennen zwar die prinzipielle Notwendigkeit verstärkten Wohnungsbaues an, handeln aber häufig nach dem "Sankt-Florians-Prinzip", im Grundsatz ja, aber nicht in unserem Bezirk.

- Die BürgerInnen fordern insbesondere die in der Koalitionsvereinbarung formulierte verstärkte Bürgerbeteiligung und die Durchführung von Bebauungsplanverfahren ein, was allerdings durch die Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen mit Hinweis auf eventuelle zeitliche Verzögerung versucht wird, teilweise zu umgehen.

- Ob dieser Konflikt zwischen den verschiedensten Beteiligten zugunsten der Grünflächen gelöst wird, erscheint fraglich, wobei die Zukunft der Landwirtschaftsflächen und der Stadtbrachen aufgrund fehlender Betroffener problematischer ist, als die der hauptsächlich der SPD-Klientel zuzurechnenden ca. 50.000 Kleingärtner.

4. Tendenzen

Die Kürze der bisherigen rot-grünen Regierungszeit läßt nur sehr vorsichtige Prognosen über die möglichen Veränderungen, die sich dabei für die Umweltpolitik ergeben, zu.

- Reale Verbesserungen vor Ort werden m.E. nur zu einem kleinen Teil zu erreichen sein. Die Bürokratie, die zum größten Teil mit denselben Menschen wie vor dem Regierungswechsel ausgestattet ist, benötigt viel Zeit für die konkrete Umsetzung von Projekten. Dies kann teilweise auch von Vorteil sein, wenn damit problematische Vorhaben verzögert werden können.

- Wichtig ist die Unterstützung der im Aufbau befindlichen Stadtteilgremien, die ein größeres Mitspracherecht von BürgerInnen gewährleisten sollen. Derartige strukturelle Veränderungen können wesentlich langfristiger wirken als eine SPD/AL-Regierung eventuell im Amt ist.

- Die Veränderung des Verwaltungshandelns auf Grundlage umweltpolitischer Notwendigkeiten verfolgt eine ähnlich langfristige Perspektive. Dies wird aber auf längere Sicht unter Umständen erfolgreicher und im Sinne des Natur- und Umweltschutzes nachhaltiger sein, als die schnelle Durchsetzung von einzelnen kleinen Maßnahmen.

- Heute, drei Wochen nach meinem Referat in Bad Zwischenahr, stellt sich vielmehr die Frage, wie sich das, was derzeit in Ost-Berlin und der DDR vorgeht, für West-Berlin auswirkt. In Anbetracht dieser Dimensionen wird sich nicht nur die Umweltpolitik auf eine gänzlich andere Situation mit ihren Chancen und Problemen einstellen müssen.

Profé

Wendelin Strubelt

6. Polnisch-tschechoslowakisch-deutschen Symposium über Stadt- und Regionalsoziologie 1989 und das geplante 7. Symposium im Sommer 1991

Ende Juni 1989 hat in Sieniawa das 6. Treffen von polnischen, tschechoslowakischen und deutschen Stadtsoziologen stattgefunden. Das Thema "The Territorial Base of Social Structures. The Role of Tradition and Modernity" zielte insbesondere auf die Darstellung von Dezentralisierungstendenzen in Polen - dazu gibt es einen umfangreichen Forschungsverbund mit dem Titel "Local Poland" - und auf die Untersuchung von lokalen sozialen Strukturen als Residuen oder Potentiale im Kontext der gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland ab.

Mit diesem 6. Treffen sind, so die Meinung der Teilnehmer, in den verschiedenen Treffen die wichtigsten Themenbereiche der Stadtsoziologie, ländervergleichend, abgehandelt worden. Alle Treffen sind oder werden derzeit dokumentiert und veröffentlicht. Darüber hinaus ist geplant, ein Buch herauszubringen, das auf der Basis der bisherigen Treffen und der dort jeweils vorgetragenen Papiere eine systematische Bestandsaufnahme und einen Vergleich vornimmt. Der Titel wird voraussichtlich folgendermaßen sein: Urban and Regional Sociology in Western Germany and Poland. Common Sources, Developments, and Problems.

Im Rahmen des Treffens in Sieniawa wurden auch Perspektiven einer weiteren Zusammenarbeit erörtert. Es schälte sich die Meinung heraus, daß in einer Kerngruppe von Teilnehmern inzwischen ein Maß an wissenschaftlicher Gemeinsamkeit (Problemverständnis, methodisches Vorgehen) erreicht worden ist, das es als möglich erscheinen läßt, über das Präsentieren und Diskutieren von vorbereiteten Referaten hinauszugehen, um zu einer wirklichen wissenschaftlichen Kooperation zu kommen.

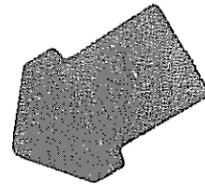
Das 7. Treffen der Gruppe soll deshalb anders als frühere Symposien konzipiert werden. Bestimmend dafür ist

- a) eine Arbeitsweise, die stärker auf ein thematisch integriertes Ergebnis ausgerichtet ist;
- b) der Wunsch, der Arbeit der Gruppe ein höheres Maß an Kontinuität zu verleihen; und
- c) die Absicht, ein Thema weiter zu vertiefen, dessen große Bedeutung nicht nur für Polens Zukunft, sondern auch für die weitere Entwicklung Europas innerhalb des 6. Symposiens herausgearbeitet worden ist.

Das geplante Symposium soll als Workshop zum Thema "Lokalität als Basis sozialer Strukturen" durchgeführt werden. Dieses Thema hat sich sowohl für den Kontext der Bundesrepublik Deutschland als auch für den Polens und der Tschechoslowakei als sehr wesentlich,

wenn auch aus unterschiedlicher Entwicklungsperspektive, herauskristallisiert. Es ist sowohl Gegenstand soziokultureller und soziostruktureller Analyse wie auch institutioneller Analyse. Hinsichtlich Polens gilt es als ein besonders wichtiger Bereich bei der Umstellung eines gesellschaftlichen Systems von einem autoritär-zentralstaatlichen zu einem dezentral-demokratischen. Für die Polen ist dieses Thema, wie verschiedentlich im Rahmen dieser Tagung nicht nur angedeutet, sondern ausgesprochen wurde, ein politisch-elementares Thema. Und im Kontext der Bundesrepublik Deutschland wird es eines von zunehmender Bedeutung, da sowohl im lokalen wie im regionalen Zusammenhang Fragen der lokalen Identität und Kultur von großer Bedeutung sind. Insbesondere angesichts des europäischen Einigungsprozesses, der einerseits internationale, EG-weite Harmonisierungen mit sich bringen wird, aber nach Meinung vieler andererseits einen Rückgang des nationalen zugunsten des lokalen und regionalen Kontextes zur Folge haben wird, liegen darin auch für die Bundesrepublik zukunftsgestaltende Fragen.

Das Thema des neuen Kolloquiums, voraussichtlich im Sommer des Jahres 1991 hat durch die Dynamik, der Entwicklung in den Ostblockländern noch größere Bedeutung gewonnen. Dies gilt einmal für den Vergleich mit der Situation in Polen und in der Tschechoslowakei, aber insbesondere auch für die innerdeutsche Problematik, bzw. Entwicklung. Insofern ist damit zu rechnen, daß an der neuen Tagung auch Kollegen aus der DDR teilnehmen werden. Wer noch Interesse an der Teilnahme an diesem Symposium hat, möge sich bitte bei Wendelin Strubelt in Bonn oder Bernd Hamm in Trier melden.



Hinweis auf die nächsten Sitzungen

Wendelin Strubelt

Die Frühjahrstagung 1990 der Sektion findet diesmal im Zeitraum vom 27. bis 28. April im München statt. Beginn: 27. April um 9.00 Uhr. Als Themen sind folgende Blöcke vorgesehen: Stadtpolitik, organisiert von Hartmut Häußermann und Soziologie des ländlichen Raumes, organisiert von Detlev Ipsen. Wer Beiträge dazu liefern kann, möge sich bitte an die Organisatoren dieser Blöcke wenden. Die Tagung selbst wird in München organisiert vom Kollegen Richard Pieper (Institut für Sozialwissenschaften der TU München, Lothstraße 17, 8000 München 2).

Vom 9. bis 12. Oktober 1990 findet in Frankfurt der Soziologentag statt. Sein Thema ist die Modernisierung moderner Gesellschaften. Die Sektion beabsichtigt ihren neuen Schwerpunkt Stadtpolitik dort, nicht zuletzt auch am Beispiel Frankfurt zu präsentieren. Es ist weiterhin daran gedacht, eine Zusatzveranstaltung über die Probleme der "Modernisierung" der Staaten des Ostblocks im Vergleich zu den Erfahrungen der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen. Dies soll voraussichtlich am Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr und am Freitag von 16.00 bis 19.00 Uhr durchgeführt werden. Nähere Einzelheiten sind noch nicht festgelegt.

II. Berichte / Informationen

Abdruck aus: Amerikastudien, Jahrg. 33, Vol. 33
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

Die amerikanischen Städte zwischen Niedergang und Revitalisierung: Stadtentwicklung, Politik und soziale Probleme in den 80er Jahren

Andreas Falke

ABSTRACT

American urban development in the 1980s presents a split-screen picture. On the one hand, the decline of the industrial city with the concomitant loss of jobs and population continues; on the other hand the post-industrial transformation of the economy has strengthened the service and administrative sectors of city economies, leading to a new vitality. The result of this new strength is the revival of most down-towns of American cities as centers of service job growth, social consumption, and cultural amenities, which is consistent with the post-industrial transformation of the American city. On the political level the most conspicuous development were the drastic cuts of urban aid by the Reagan administration, which meant the virtual withdrawal of the federal government from the urban arena—a sharp break with the past 20 years. In advocating no special urban policy, the administration succeeded in taking the urban crisis off the national agenda. It is argued, however, that their new economic strength allowed cities to survive the cuts in federal programs, and adjust to new circumstances. Their ability to mobilize their own resources explains in part the new confidence of American cities. The large minority population of American cities has made significant gains in political representation and substantial gains in city and public agency employment, thus leading to their better integration into the urban social fabric. However, the biggest problem remains the continued existence of a mostly black urban underclass, which has been growing since the 1970s and is increasingly isolated in inner city areas as the white as well as the black middle-class has been moving to the suburbs. American cities have been able to adjust to a changing economic environment, but most of their social problems remain unsolved.

I. Einleitung

Das auffälligste Merkmal des amerikanischen Stadtentwicklungsprozesses am Anfang der achtziger Jahre ist der Niedergang der industriellen Kernstadt, vor allem im Nordosten und mittleren Westen der USA. Die älteren Kernstädte der USA waren seit dem zweiten Weltkrieg enormen Dezentralisierungstendenzen und Dekonzentrationsprozessen unterworfen, die zu einem massiven Verlust an Bevölkerung und Arbeitsplätzen zugunsten des angrenzenden suburbanen Umlands, und schließlich auch der Wachstumsregionen des Südens und des Westens geführt haben. Gleichzeitig ist in den alten Industriestädten überproportional Unterschichtsbevölkerung, meistens Minoritätengruppen, konzentriert worden, die weitgehend vom *mainstream* des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ausgeschlossen bleibt. Die Steuerbasis der Städte und ihre materielle Infrastruktur ist schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Die meisten Großstädte in den alten Industrieregionen der USA befanden sich in einer Dauerkrise. Abhilfe versprach nur die Bundeshilfe, die in den 60er und 70er Jahren erheblich zunahm. Die mit der Volkszählung von 1980 bekannt gewordenen Daten belegten das Ende der alten Industriestadt und deuteten auf einen fundamentalen Transformationsprozeß hin zu neuen Formen und Funktionen der Stadtentwicklung in der post-industriellen Ökonomie.¹

¹ Für eine eingehende Analyse des Niedergangs der amerikanischen Kernstadt cf. Andreas Falke, *Großstadtpolitik und Stadtteilbewegung in den USA. Die Wirksamkeit politischer Strategien gegen den Verfall* (Basel/Boston: Birkhäuser, 1987), pp. 12–70.

Die Krise, die mit dem Niedergang der industriellen Kernstadt verbunden war, wurde mit dem Amtsantritt der Reagan Administration noch verstärkt. Die neue Regierung kürzte die Zuweisungen an die Städte sowie die Sozialausgaben erheblich. Sie erklärte die Abhängigkeit der Städte von Bundeshilfe zum eigentlichen Problem und hatte weitgehend Erfolg damit, das Thema "Krise der Städte" von der Liste der politischen Themen zu streichen. Von der Streichung sämtlicher Bundeshilfen für Städte im Rahmen des Konzeptes eines "New Federalism" wurde die Regierung jedoch durch den Kongreß gehindert. Aufgrund des absehbaren Rückzugs des Bundes und der Rezession von 1981/82 machte sich Pessimismus, ja Katastrophenstimmung breit. Viele Kritiker der Politik der Regierung und Kommunalvertreter malten Katastrophenszenarien aus und sagten noch gravierendere Krisen voraus als in den 60er Jahren. Die Untergangsszenarien trafen jedoch nicht ein. Gegenkräfte machen sich auf lokaler Ebene bemerkbar, die es erlauben von einer partiellen Revitalisierung amerikanischer Städte zu sprechen.

Der Abschied von der industriellen Kernstadt alten Typs hat jedoch weniger Aufmerksamkeit gefunden als die Zeichen einer Wiederbelebung der Städte als Zentren gehobener Dienstleistungen, neuer Technologien und Schwerpunkte neuer Lebensqualität und Konsumkultur. Im Vordergrund der Medienberichterstattung und des öffentlichen Bewußtseins stand die Revitalisierung der Downtown durch einen Boom von Büroneubauten, die Entstehung von Einkaufspassagen mit Restaurants und Boutiquen für den gehobenen Bedarf und die Ausweitung des Freizeit- und Vergnügungsangebots in historischen Anlagen und Gebäuden. Auch innerstädtische Stadtteile sind wieder attraktive Wohngebiete geworden. Die Stimmung ist *up-beat*.² Die amerikanischen Großstädte scheinen in der Transformation zu einer post-industriellen Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft eine Renaissance zu erleben. Während *De-industrialisierung* die Großstädte entscheidend schwächte, so schien *Post-industrialisierung* den Städten die Chance zu geben, verlorenes Terrain wieder gut zu machen. Eine Stärkung der ökonomischen Basis und der Finanzkraft der Städte war unverkennbar.

Trotz der De-thematisierung der städtischen Krisensymptome durch die Reagan Administration und der Anzeichen städtischer Revitalisierung lassen sich die schweren sozialen Probleme der Städte nicht übersehen. 1984 hatten New York, Chicago, Detroit, Philadelphia, Baltimore, Washington, Atlanta, New Orleans, St. Louis, Memphis, San Antonio und Miami einen Minoritätenanteil von mehr als 50%. Strukturell benachteiligte und schwer integrierbare Bevölkerungsgruppen geben die Basis für die Existenz einer fest verankerten *urban underclass* ab. Am auffälligsten ist die konzentrierte Armut in amerikanischen Großstädten in den 80er Jahren an dem Phänomen der wachsenden Obdachlosigkeit geworden. Auch an der kommunalpolitischen Front ist nur bedingt Ruhe eingeleitet. Die großen Unruhen und Protestbewegungen der 60er Jahre sind zwar vorbei, doch die Kommunalpolitik wird weiterhin von ethnischen und rassistischen Konflikten bestimmt, wie die Wahl von Harold Washington zum ersten schwarzen Bürgermeister von Chicago 1983 zeigte.

Im folgenden soll es nun darum gehen, in das sehr widersprüchliche Bild über die Lage der amerikanischen Städte in den 80er Jahren etwas Klarheit zu bringen, und die teilweise gegensätzlichen Trends genauer herauszuarbeiten. Dabei soll auch untersucht werden, warum sich die Katastrophenszenarien angesichts der Kürzungen des Bundes nicht erfüllt haben, und wie die Revitalisierungstendenzen gegenüber den Niedergangstendenzen gewichtet werden müssen.

² Eugene H. Methvin, "Cleveland Comes Back," in *Readers Digest*, March 1983.

Tabelle 2: Bevölkerungsveränderung in vier amerikanischen Städten 1970–80 nach Ethnizität (in Tsd.)

Stadt	Weißer	Schwarze	Hispanisch	andere	Minoritäten in %
New York	-1393	176	204	190	48
Chicago	-699	111	174	56	57
Philadelphia	-260	-13	19	17	43
Detroit	-418	102	29	-1	67

U. S. Bureau of the Census, *U. S. Census of Population*, Summary tables 1970 und 1980.

Minoritäten in Kernstädten weisen einen wesentlich niedrigeren Bildungsstand auf, sie sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen und in viel größerem Umfang von staatlichen Sozialleistungen abhängig. 1982 waren 22,6% aller schwarzen männlichen Kernstadtbeohner zwischen 16 und 64 Jahren im Nordosten der USA arbeitslos. Im mittleren Westen betrug die Zahl 32,0%, in der gesamten USA 23,4%. Der Anteil derjenigen Schwarzen in Kernstädten über 24 Jahren, die überhaupt nicht mehr dem Arbeitskräftepotential (*labor force*) zuzurechnen sind, betrug 1982 für den Nordosten 18,4% und für den mittleren Westen 19,3%. Die vergleichbaren Werte für Weiße waren 10,8% und 9,3%. Von schwarzen Haushalten mit weiblichem Haushaltsvorstand in nordöstlichen Kernstädten, die arbeitslos waren oder nicht zum Arbeitskräftepotential zu zählen sind, waren 75% bzw. 84% von Sozialleistungen abhängig, bei männlichen Haushaltsvorständen lagen die Zahlen bei 41% bzw. 39%, für die entsprechenden weißen Gruppen bei 23% bzw. 58% (Frauen) und 19% und 21% (Männer).⁴ Die Unterschichtsbevölkerung ist jedoch trotz eines starken Trends zur Suburbanisierung⁵ zunehmend segregiert und ist bei schlecht ausgebauten öffentlichen Verkehrssystemen und geringem Grad an Personenwagenbesitz von den Arbeitsplätzen im Umland isoliert. Die meisten der für Minoritäten geeigneten Arbeitsplätze entstehen aber heute im Umland.⁶

Denn die zweite auffällige Entwicklung ist der massive Verlust von Arbeitsplätzen in amerikanischen Kernstädten, wovon insbesondere die Industrieerzeugung, der Großhandel und im Einzelhandel betroffen ist. Wie Tabelle 3 zeigt, haben die 10 größten Großstädte im Norden der USA in allen drei Bereichen zwischen 1948 und 1977 (in der Industrieerzeugung und im Großhandel aber besonders seit 1967) an Arbeitsplätzen verloren.

Die starke Dekonzentration ökonomischer Aktivität, die sich in diesen Arbeitsplatzverlusten der Kernstadt ausdrückt, ist das Resultat von technologischen Entwicklungen und Effizienz kalkülen. Die heute vorherrschende Massenproduktion ist raumintensiv und deshalb für die kompakten Siedlungsformen der alten Industriestadt nicht geeignet. Die Industrie hat sich deshalb weitgehend in das Umland oder gar in wenig urbanisierte Räume verlagert. Die Entwicklung des Transportsystems, insbesondere des Ausbaus des Autobahnnetzes in den Großstadträumen durch Umgehungsringe (*belt-ways*) hat diese Dezentralisierung möglich gemacht. Dieser Ausbau hat auch die Verlagerung des Großhandels und

⁴ Die Zahlen sind entnommen: John D. Kasarda, "Urban Change and Minority Opportunity," in *The New Urban Reality*, ed. Paul E. Petason (Washington: Brookings, 1985), Tabellen 8–10.

⁵ Die schwarze Bevölkerung wächst seit Mitte der 60er Jahre fast ausschließlich durch natürlichen Zuwachs. Einige Städte wie Philadelphia (siehe Tabelle 2) und St. Louis haben in den 70er Jahren schwarze Bevölkerung an das Umland verloren. In St. Louis etwa verließen in diesem Zeitraum 74 000 Schwarze die Stadt, und die Nettomigrationsrate erreichte mit 29% die der Weißen. Cf. Falke, *Großstadtpolitik*, p. 224 f.

⁶ Über 50% der schwarzen und hispanischen Haushalte in Boston und Philadelphia und fast 70% dieser Haushalte in New York besitzen kein Automobil. Cf. Kasarda, "Urban Change," Tab. 7.

II. Die unbewältigte Krise

Trotz der Anzeichen neuer urbaner Vitalität und trotz der massiven wirtschaftlichen Erholung ab 1983 sind die schweren Strukturprobleme der meisten amerikanischen Großstädte nicht behoben. Die älteren amerikanischen Großstädte haben nach erheblichen Bevölkerungsverlusten in den 70er Jahren auch in den 80er Jahren Verluste zu verzeichnen, ein eindeutiger Indikator für schwere Strukturprobleme.³

Die meisten dieser Städte liegen im Nordosten und im mittleren Westen.

Tabelle 1: Bevölkerungsverlust ausgesuchter Städte, 1970–80 und 1980–84 Veränderung in %

Stadt	1970–1980	1980–84
St. Louis	-27,2	-5,5
Cleveland	-23,6	-5,0
Buffalo	-22,7	-5,6
Detroit	-20,5	-10,5
Pittsburgh	-18,5	-5,3
Louisville	-17,5	-3,1
Washington D.C.	-15,7	-2,5
Cincinnati	-15,0	-4,0
Minneapolis	-14,6	-3,5
Atlanta	-14,1	+0,2
Newark	-13,8	-5,7
Philadelphia	-13,4	-2,5
Baltimore	-13,1	-3,0
Boston	-12,2	+1,4
Kansas City	-11,7	-1,1
Milwaukee	-11,3	-2,5
Chicago	-10,8	-0,4
New York	-10,4	+1,3

Quelle: *Rebuilding America's Cities: A Policy Analysis by the US Conference of Mayors* (Cambridge, MA: Ballinger, 1986), p. 32.

Eine Ausnahme bilden allein New York, Atlanta und Boston, wo sich Revitalisierung in einem leichten Bevölkerungswachstum niedergeschlagen hat.

Die Bevölkerungsabnahme hat jedoch nicht alle Gruppen gleichmäßig betroffen. Abgenommen hat vor allem die weiße Bevölkerung, und zwar aller sozialer Klassen, nicht nur die weiße Mittelschicht, sondern auch die Arbeiterschaft. Zugenommen hat dagegen die Minoritätenbevölkerung insbesondere die schwarze und hispanische Bevölkerung wie Tabelle 2 an vier ausgesuchten Städten zeigt.

³ Zum engen Zusammenhang von deskriptivem Niedergang (Bevölkerungs- und Arbeitsplatzverlust) und schweren sozialen Funktionsstörungen (Armut, Kriminalität) cf. Katherine Bradbury, Kenneth Small and Anthony Downs, *Urban Decline and the Future of American Cities* (Washington: Brookings, 1982), pp. 37 ff. and pp. 58 ff.

Tabelle 3: Arbeitsplatzentwicklung in den 10 größten Industriestädten des Nordens der USA* nach Sektoren zwischen 1948–77 und 1967–77 (in Tsd.)

Zeitraum	Industrieerz.	Großhandel	Einzelhandel	Summe
1948–77	-1405	-331	-691	-2112
1967–77	-904	-231	-290	-1312

Quelle: Kasarda, "Urban Change," Tab. 1.

*Die Städte sind: New York, Chicago, Philadelphia, Detroit, Cleveland, Boston, St. Louis, Milwaukee, Baltimore, Pittsburgh, Newark, Minneapolis-St. Paul.

anderer Distributionsfunktionen in das Umland ermöglicht, wo Lagerung und Transport billiger und reibungsloser von statten gehen können. Die massive Abwanderung des Einzelhandels folgt der massiven Abwanderung von Bevölkerung in suburbane Wohnstandorte. Die USA ist heute eine suburbane Bevölkerung. 60% der Bevölkerung von Verdichtungsräumen wohnt heute im Umland (1970 noch 55%).⁷

Kompaktheit und Agglomeration sind den technologischen Grunderfordernissen heutiger Produktion eher hinderlich. Zudem wird in der post-industriellen Ökonomie die Produktion zunehmend "immaterieller" (Dienstleistungen, Kommunikations- und Informationsindustrien), so daß natürliche Standortvorteile und Transportwege, die auf Masse und Gewicht ausgelegt sind, tendenziell an Bedeutung verlieren. Die Internationalisierung der Produktion verstärkt noch die zunehmende produktionstechnische Standortunabhängigkeit. Ökonomische Aktivität wird "foot-loose." Die hier geschilderten Tendenzen zur Dezentralisierung von Wohnstandorten und Arbeitsplätzen hat zu einer Struktur von Großstadträumen geführt, in der die Kernstadtorientierung abnimmt. Die kernstadtdominierte Metropole wird abgelöst durch ein von vielen Knotenpunkten gekennzeichnetes urbanes System, unter denen die Kernstädte nur noch ein Kernpunkt urbaner Aktivitäten unter vielen sind. Pointiert ausgedrückt, ist die post-industrielle Stadtentwicklung charakterisiert durch Großstadträume ohne Großstädte.⁸ Verstärkt werden diese Entwicklungen durch die regionalen Verschiebungen von Arbeitsplätzen und Bevölkerung in die südlichen und westlichen Landesteile, wo Großstadträume entstehen, die schon an sich den suburbanen dezentrierten Siedlungsprofilen entsprechen. Der *sunbelt*, der Süden und der Westen der USA, sind die Wachstumsregionen, die Bevölkerung und Arbeitsplätze anziehen.⁹ Der Dekonzentrationsprozeß geht jedoch sogar über die Großstadträume hinaus. Wie der Census von 1980 zeigte, waren nicht mehr die Großstadträume und ihr Umland die am stärksten wachsenden Gebiete, sondern die nicht oder wenig urbanisierten Räume, die *non-urban areas*. Der Trend geht also von *down-town* zu *no-town*.

Die Kernstädte in den industrialisierten Regionen sind also das Opfer eines fundamentalen ökonomischen und technologischen Transformationsprozesses, der nicht revidierbar erscheint.¹⁰ Entscheidend ist jedoch, daß die Dekonzentrationserscheinungen nicht einen einfachen Schrumpfungsprozeß darstellen, sondern einschneidende soziale Funktionsstö-

⁷ Cf. Paul E. Peterson, "Technology, Race and Urban Policy," in *Urban Reality*, pp. 1–10; Kasarda, "Urban Change," pp. 36–41. Zu den Suburbanisierungsdaten cf. US Bureau of the Census, *State and Metropolitan Area Data Book 1982* (Washington D. C.: GPO, 1983) p. 2.

⁸ Cf. Falke, *Großstadtpolitik*, pp. 41 f.

⁹ Zu den Gründen für die Wanderung in den Süden und Westen cf. Peter Lösche, "Pazifische Alternative?—Über die pazifische Orientierung der Vereinigten Staaten und die Frage eines neuen Regionalismus in den USA," in *Leviathan*, 15 (1987), 529 ff.

¹⁰ Cf. President's Commission for a National Agenda for the Eighties, *Urban America in the Eighties. Perspectives and Prospects* (Washington D. C.: GPO, 1980), pp. 28–31.

rungen für die Kernstädte erzeugt haben. Der Verlust an Arbeitsplätzen in der Industrie und im Handel bedeutet, daß es mit der Ausnahme einfacher Dienstleistungsjobs immer weniger Arbeitsplätze mit niedrigem Anforderungsprofil gibt, die als Einstiegsjobs (*entry-level jobs*) für die städtische Unterschichtbevölkerung dienen könnten. Anders als in der Industrialisierungsphase, als genug unqualifizierte Arbeitsplätze zur Verfügung standen, um die Einwanderer massen ökonomisch zu integrieren, besteht heute ein völliges Mißverhältnis zwischen dem Arbeitskräfteangebot und den Arbeitsplatzanforderungen.¹¹

Darin und in den damit in Verbindung stehenden Problemen wie Armut, Kriminalität und soziale Desintegration besteht wohl das größte Problem der amerikanischen Großstädte, während sich für andere Probleme wie die fiskalische Krise und eine veraltete Infrastruktur durchaus Anpassungsmöglichkeiten denken lassen. Ansätze zu einer besseren sozialen und ökonomischen Integration der städtischen Unterschicht sind jedoch nicht in Sicht und es hat den Anschein, daß die sozialen Funktionsstörungen wie auch die fiskalische Lage der Städte ihre Fähigkeit, ein ausreichendes Angebot an Dienstleistungen und Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, stark beeinträchtigt hat.¹²

Zu den fortwirkenden Strukturproblemen gehört auch das politisch zu erklärende *metropolitan problem*, nämlich die gebietskörperschaftliche Fragmentierung der Großstadträume in einen in seiner weiteren Ausdehnung restringierten Kern und eine Vielfalt von fiskalisch und planungsrechtlich autonomen Umlandgemeinden. Strukturprobleme haben gerade die Städte, die nicht in der Lage sind, einzugemeinden und so die fliehende Bevölkerung und damit ihre einstige Wirtschaftsbasis nicht mehr einholen können. Wenn auch Eingemeindung die Probleme der Kernstadt nicht alleine lösen kann, so fehlt durch die fragmentierte politische Struktur eine wichtige Lösungsebene, um den Kernstädten eine bessere Teilhabe am ökonomischen Wachstum in Großstadträumen zu ermöglichen. Bewegung an dieser festgefahrenen Front ist auch in den 80er Jahren nicht sichtbar. Eingemeindungen finden fast nur in den Wachstumsregionen im Süden und Westen statt, wo die Diskrepanz zwischen Kernstadt und Umland bei weitem nicht so gravierend ist wie in den alten Industrieregionen.¹³ Eine unmittelbare Auswirkung der festgeschriebenen gebietskörperschaftlichen Grenzen ist der Verlust der Steuerbasis der Kernstädte. Um das Niveau der Dienstleistungen aufrechtzuerhalten, müssen die Städte die verbliebenen steuerkräftigen Bewohner pro Kopf stärker besteuern als das Umland, wie Tabelle 4 belegt.

Tabelle 4: Pro Kopf Steuerbelastung in den Kernstädten und im Umland der 68 größten Großstadträume der USA 1970–81

	1970	1977	1981
Kernstadt	\$ 233	\$ 411	\$ 501
Umland	\$ 179	\$ 336	\$ 407

Quelle: *Rebuilding America's Cities* (Cambridge, MA: Ballinger, 1986), p. 42.

¹¹ Cf. John D. Kasarda, "The Implication of Contemporary Redistribution Trends for National Urban Policy," in *Social Science Quarterly*, 61 (1980), 373–400.

¹² Die Notlagenindizes, die an der Brookings Institution entwickelt worden ist, zeigten zu Beginn der 80er Jahre jedenfalls eine Verschlechterung: "city distress conditions were worse in 1980 than earlier in the decade." Cf. Katherine L. Bradbury, "Urban Decline and Disstress: An Update," in *New England Economic Review*, July/August 1984, p. 44.

¹³ Cf. Seymour Sacks, George Palumbo and Robert Ross, "The Cold City: The Winter of Discontent?" in *The Future of Winter Cities*, ed. Garry Gappert (Beverly Hills/London: Sage, 1987), pp. 15f., Bradbury, "Urban Decline," p. 50.

Konzernzentralen, die großen Banken und Finanzinstitutionen, Medien- und Werbekonzerne und Stiftungen befinden. Beide Phänomene sind das Resultat der Transformation zu einer von Dienstleistung dominierten Ökonomie, in der Wissen und Information eine zentrale Rolle spielen. Diese Transformation bringt auch einen Funktionswandel der Stadt mit sich und kehrt gewisse Potentiale der Städte hervor. Der Wandel zur post-industriellen Gesellschaft führt zur Transformation der Städte von Zentren der Güterproduktion zu Zentren der Verwaltung, des Informationsaustauschs und der Erbringung hochwertiger Dienstleistungen. Je mehr in der post-industriellen Ökonomie der Wissensanteil bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen steigt, desto mehr profitieren die Orte, an denen sich Wissens- und Informationsverarbeitung konzentrieren läßt. In diesen Bereichen, die alle zu den post-industriellen Wachstumsindustrien zählen, kann die Stadt heute kompetitive Vorteile ausspielen. Hierzu zählt der private, öffentliche und halb-öffentliche (*not-for-profit*) Verwaltungsbereich, der auf eine Vielzahl von spezialisierten Dienstleistungen (Rechts- und Finanzberatung, Werbung, Maklerwesen, Wirtschaftsprüfung) angewiesen ist, alles Funktionen, die Information als ihr eigentliches Produkt haben. Sie sind im Gegensatz zur Industrieproduktion, zum Einzel- und Großhandel raumintensiv und auf nicht-routinisierte *face-to-face* Interaktionen und das heißt auf räumliche Nähe und Kompaktheit angewiesen. Diese Funktionen können deshalb ohne Produktivitätsverlust in kompakten räumlichen Verhältnissen organisiert werden, ja sie sind aufgrund des hohen informellen Interaktionsbedarfs geradezu auf sie angewiesen. Die Organisation dieser Arbeiten in Bürohochhäusern ist deshalb effizient und ihre Zunahme ist Basis für den Boom an Bürogebäuden in den down-towns in den 80er Jahren. 35% des Neubaus von down-town Bürogebäuden seit 1950 wurde zwischen 1980 und 1984 gebaut. Und etwa 50% des gesamten Bürogebäudebaus seit 1950 kam den Kernstädten zugute. Hier können die Städte ihre Agglomerationsvorteile ausspielen.¹⁶

Andere Bereiche, in denen die Städte ihre Vorteile ausspielen können, ist die Tagungs- und Konferenzindustrie, die sich aus den Standesverbänden und professionellen Vereinigungen der *urban professionals* speist, sowie der Tourismus. Komplementär tritt dazu die Unterhaltungs- und Vergnügungsindustrie und der Kulturbetrieb, die zu den weiterhin unangefochtenen Stärken der Kernstädte gehören. Der Trend zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft hat die Städte gestärkt und zur Ausprägung der fortgeschrittenen Städte als *knowledge-based City* geführt. Wissensproduktion und Informationsverarbeitung ist die Basis städtischer Agglomeration.¹⁷

Im Gegensatz zur Industrieerzeugung und zum Groß- und Einzelhandel war der Dienstleistungssektor der einzige, der in Kernstädten Zuwächse aufzuweisen hatte. Die in Tabelle 3 genannten Städte, die zwischen 1967 und 1977 über 1,3 Mill. Arbeitsplätze in den zuerst genannten drei Bereichen verloren, gewannen im gleichen Zeitraum 120000 Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich hinzu. Tabelle 5 macht für Boston, New York und Philadelphia klar, daß sich dieser Trend bis 1980 verstärkt hat und daß er sich nicht auf einfache, auf den Konsumenten gerichtete Dienstleistungen bezieht. Informationsverarbeitung ist zum größten Beschäftigungssektor in den Großstädten geworden. Die gerade in der Bundesrepublik häufig zu hörende Meinung, der Arbeitsplatzwachstum im tertiären Sektor bestehe nur aus McDonalds Verkäufern, ist irrig.

¹⁶ Cf. Thomas M. Stanback and Thierry J. Noyelle, *Cities in Transitions* (Totowa N. J.: Allanheld, Osmun, 1981), pp. 7–28. Zum Bürogebäudeboom cf. Alexander Ganz, "Where has the Urban Crisis Gone? How Boston and other Large Cities have Stemmed Economic Decline," in *Urban Affairs Quarterly*, 20 (1986), 454–56.

¹⁷ Cf. Kasarda, "Urban Change," pp. 41 f.; President's Commission, *Urban America*, pp. 15f. Richard V. Knight, "Knowledge and the Advance Metropolis," in *Winter Cities*, p. 196–208.

Bemerkenswert an diesen Zahlen ist vor allem, daß die Abstände zwischen 1970 und 1981 gewachsen sind. Sie betragen durchschnittlich in den 80er Jahren 100 \$, und haben sich damit seit 1970 fast verdoppelt. Diese Situation wirft ein Licht auf die Fähigkeit der älteren Kernstädte, sich selbst zu helfen und unterstreicht die Notwendigkeit von Reformen auf der Ebene der Großstadträume.

Die Schwächen und Krisenerscheinungen der älteren Kernstädte haben sich also in den 80er Jahren wenig geändert. Wie steht es aber mit dem verbliebenen Potential der Kernstädte? Haben die residualen Vorzüge der Kernstädte in den 80er Jahren zu neuer Vitalität der niedergehenden amerikanischen Großstädte geführt? Was ist die Substanz der viel beschworenen *urban renaissance*?

III. Eine neue Ökonomie von Großstadträumen: Basis einer neuen Vitalität?

Verschiedene Entwicklungen in den 80er Jahren haben zu der Einschätzung beigetragen, daß die älteren amerikanischen Kernstädte sich in einem Prozeß der Revitalisierung befinden. Einen ersten Hinweis gibt eine freundlichere Interpretation von Tabelle 1. Sie belegt nicht nur fortgesetzten Bevölkerungsverlust, sondern auch die Verlangsamung dieses Prozesses im Vergleich mit den 70er Jahren. Drei Städte haben sogar leicht an Bevölkerung hinzugewonnen. Die Interpretation, die sich hier aufdrängt, besagt, daß der Dekonzentrationsprozeß zwar nicht umgekehrt, aber langsam an seinem Ende angelangt ist (*bottoming-out*). Regionale Entwicklungen haben das Szenario für die Stadtentwicklung verändert. Die starke Verbilligung der Energiepreise seit 1983 hat die ölproduzierenden Regionen wie Texas, Louisiana und Oklahoma in eine schwere Krise gestürzt und die Anfälligkeit der städtischen Wachstumsprozesse in diesen Regionen unter Beweis gestellt. Die niedrigeren Energiekosten sind dagegen den älteren nordöstlichen Regionen zugute gekommen. Diese Entwicklung beschleunigte den kometenhaften Aufstieg Neuenglands, das sich von einer alten Industrieregion zu einer modernisierten, von high-tech Industrien dominierten Region verwandelte, die Mitte der 80er Jahre eine der niedrigsten Arbeitslosigkeitsraten der USA aufweist.¹⁴ Die Städte in diesen Regionen haben von diesen regionalen Positionsverbesserungen profitiert. Schließlich ist Revitalisierung auch Folge des Investitionszyklus, der Land und Kapital in den Kernstädten so weit entwertete, daß sich Investitionen im Vergleich zum Umland wieder lohnten. Das residuale Potential auf dem Wohnungsmarkt und im Einzelhandel war immer vorhanden, wurde aber erst ab Mitte der 70er Jahre genutzt.¹⁵

Weitere Belege für die Kernstadrenaissance ist der Bauboom in den Down-towns, die Entstehung neuer urbaner Einkaufs- und Unterhaltungszentren wie der Inner Harbor in Baltimore, Ghirardelli Square in San Francisco, Quincy Market in Boston, die Union Station in St. Louis und das Renaissance Center in Detroit. In diesem Zusammenhang ist auch die Erneuerung von älteren Stadtteilen mit historischer Bausubstanz zu nennen, die zu Wohnquartieren der neuen städtischen *Yuppie*-Mittelschicht werden.

Down-town Renaissance und Stadtteilrevitalisierung verweisen jedoch auf die gleiche Wurzel. Beides findet sich nämlich vor allem in den *command and control centers*, den dominanten Stadtregionen der USA (New York, Chicago, San Francisco, Boston), sowie den regionalen und subregionalen Knotenpunkten (*nodal centers*) in denen sich die großen

¹⁴ Cf. James Howell, "The Revitalisation of New England Cities," in Gappert, ed. *Winter Cities*, pp. 297–314.

Tabelle 5: Kernstadtbeschäftigung im Dienstleistungsbereich und der Informationsverarbeitung in drei Städten des Nordostens (in Tsd.)

	Zahl der Arbeitsplätze 1953	1970	1980	Anteil 1980 in %
<i>New York</i>				
Handel	805	779	596	20
Informationsverarb.	646	1172	1302	45
Andere Dienstlsg.	344	424	314	11
<i>Philadelphia</i>				
Handel	206	180	134	22
Informationsverarb.	98	220	271	43
Andere Dienstlsg.	85	81	52	8
<i>Boston</i>				
Handel	132	111	82	19
Informationsverarb.	87	194	232	53
Andere Dienstlsg.	51	55	46	10

Quelle: Kasarda, "Urban Change," p. 49.

Die Transformation zur post-industriellen Dienstleistungsgesellschaft hat gerade zu einer Vermehrung der höherwertigen Dienstleistungen, insbesondere der auf die Leitung und Organisation des Produktionsprozesses bezogenen Dienstleistungen, sogenannten *producer services* und der im Bildungs- und Gesundheitsbereich erbrachten *not-for-profit-services* geführt, wie Tabelle 6 zeigt.

Tabelle 6: Anteil kritischer Dienstleistungssektoren an der Gesamtbeschäftigung in den USA 1947–1977 in %

Sektor	1948	1977
Distribution/Verkehr	13,54	11,36
Einzelhandel	12,57	14,18
Konsumenten Dienstlsg.	7,67	4,99
Producer Services	6,06	11,96
Gesundheit/Erziehung	2,61	6,34

Quelle: Stanback, Noyelle: *Cities in Transition*, p. 11.

Es sind gerade die *producer services*, also häufig die von außen durch kleine Firmen erbrachten Leistungen, die große Firmen und Organisationen in die Lage versetzen, Verwaltungs-, Entwicklungs- und Finanztransaktionen durchzuführen (Finanzen, Versicherungen, Immobilien, Wirtschaftsprüfung- und beratung, Rechtsberatung), und der Gesundheits- und Erziehungsbereich, die ihre Anteile verdoppeln konnten. Handel/Verkehr und andere an den Endverbraucher gerichtete Leistungen nahmen dagegen ab, der Einzelhandel nahm nur leicht zu. Diese Dienstleistungen sind gerade in den größeren Städten mit einer großen Anzahl von Konzernzentralen und anderen administrativen Leitungszentren konzentriert und werden zur Exportbasis dieser Städte. Als Beispiel einer gelungenen Transformation von einer alten Industriestadt zu einem Dienstleistungszentrum kann

Pittsburgh gelten, wo sich das Verhältnis der Beschäftigung in der Güterproduktion zu den (höherwertigen) Dienstleistungen zwischen 1950 und 1980 umgekehrt hat.¹⁸

Die Auswirkungen der "high-tech" Revolution, insbesondere neuer Kommunikationstechnologien sind dagegen augenblicklich schwer einschätzbar. Einige Kommentatoren haben von einer stark dezentralisierenden Auswirkung gesprochen und die Zerlegung der Großstadträume in viele kleine *electronic cottages* postuliert. Die Anwendung von Telekommunikationstechniken würde zu einer Vielzahl vernetzter dezentraler Arbeitsplätze führen, die Kernstadtorientierung unnötig machen würde. Telearbeit könnte im Endstadium der Entwicklung zum vorherrschenden Arbeitstypus weiträumig vernetzter Großstadträume führen. Andererseits ermöglichen Computer und Telekommunikation verstärkte administrative Kontrolle in zentralen Organisationen, d.h. sie befördern Zentralisierung. So wären die Nettoauswirkungen der neuen Kommunikationstechnologien ambivalent, da sich Dezentralisierung und Zentralisierung die Waage halten. Augenblicklich sind die meßbaren Auswirkungen als marginal einzuschätzen: "The net-impact of telecommunications technology upon future conditions must be considered marginal, especially in the short run ... (They) form only one of many factors that affect the location of economic activities—and it is not one of the most powerful."¹⁹

Telearbeit (*telecommuting*) gehört jedenfalls gegenwärtig zu den Ausnahmen und stößt auf erhebliche organisatorische Barrieren gerade auch auf Unternehmerseite. Obwohl gegenwärtig eher die negativen Konsequenzen entfremdeter Arbeitsorganisation beschworen werden, ist damit zu rechnen, daß Telearbeit gemischt eingesetzt wird und letztlich flexible Arbeitsformen anregen wird, die z.B. die überlasteten Verkehrsströme in die zentralen Geschäftsbezirke entlasten könnte. Langfristig ist es sicherlich denkbar, daß die räumlichen Auswirkungen neuer Kommunikationstechniken dezentralisierende Effekte haben, augenblicklich spielen die dezentralisierenden Wirkungen aber nur eine untergeordnete Rolle.

Hierbei ist allerdings klar, daß die Produktion der neuen Techniken nicht in den Kernstädten stattfindet. Typische High-Tech Zweige wie Elektronik- und Biotechnik-Unternehmen meiden Kernstadstandorte und ziehen das suburbane Umland und kleine Städte vor. Sie sind aber nicht völlig standortunabhängig, sondern sind auf eine gut ausgebaute Bildungsinfrastruktur und ein gutes Arbeitskräfteangebot angewiesen, was eine völlige Entfernung von Großstadträumen verbietet. Für die Kernstädte ist vielmehr²⁰ die Anwendung neuer Technologien von Bedeutung, und diese scheinen eher den Kernstädten zugute zu kommen, wenn man bedenkt, welche zentrale Rolle Wissens- und Informationsverarbeitung in den neuen Dienstleistungssektoren spielen. Zudem benötigen die neuen informationstechnologischen Apparate ein enormes Service- und Instandhaltungspotential, das ebenfalls neue Arbeitsplätze in den Kernstädten schafft.

Aus der Transformation der Kernstädte in Zentren der Wissens- und Informationsverarbeitung und administrativen Steuerung lassen sich einige Phänomene der Stadtentwicklung

¹⁸ Cf. Stanback, Noyelle, *Cities in Transition*, pp. 8–22. Zu Pittsburgh cf. Brian J. L. Berry, Susan W. Sanderson, Shelby Stewman and Joel Tarr, "The Nation's most livable city: Pittsburgh's Transformation," in *Winter Cities*, pp. 173–95.

¹⁹ Cf. Anthony Downs, "Living with Advanced Telecommunications," in *Society*, 23 (1985), 26, 30. Craig Calhoun, "Computer Technology, Large-Scale Social Integration, and the Local Community," in *Urban Affairs Quarterly*, 22 (1986), 329–49.

²⁰ Cf. Robert Premus, "Urban Growth and Technological Innovation," in *Urban Economic Development*, ed. Richard Bingham and John P. Blair (London: Sage, 1984), pp. 51 f.; Ulrich Heilemann, "Industrielle Renaissance durch 'high technology.' Das Beispiel von Lowell, Massachusetts," in *Archiv für Kommunalwissenschaften*, 24 (1985), 208–23.

Im Informationsverarbeitungssektor sind lange nicht so viele Arbeitsplätze geschaffen worden, wie in der Industrieerzeugung und im Handel verloren gegangen sind. Obwohl der Dienstleistungssektor in den meisten Kernstädten stark gewachsen und heute bei weitem der größte ist, haben die Kernstädte absolut Arbeitsplätze verloren.²⁴ Die ökonomische Basis der Kernstädte ist nur partiell wiederhergestellt. Die Kernstadt ist immer noch nicht als Wohngebiet für die neue Mittelschicht attraktiv. Die Renaissance der alten Stadtteile als Wohnquartiere für die Mittelschicht ist ein überschätztes Phänomen, da sie auf wenige Städte und häufig auch auf wenige Stadtteile beschränkt bleibt. Sie schafft wie Brian Berry hervorgehoben hat "islands of renewal in seas of decay." Sie bleibt zudem auf Oberzentren mit einem starken Dienstleistungs- und Verwaltungssektor beschränkt und auf die niedergehenden Städte, wo städtischer Verfall den für Mittelschichten attraktiven Hausbestand so drastisch dezimiert hat, daß sich die wenigen verbliebenen Stadtteile mit Revitalisierungspotential relativ schnell und durchgreifend revitalisieren. Die Annahme, daß die Mehrheit der neuen Bewohner der restaurierten Stadtteile Rückkehrer aus dem Umland sind, daß der gesamte Prozeß sich als ein *back-to-the-city-movement* bezeichnen läßt, ist nicht haltbar. Die meisten der neuen Bewohner kommen aus der Kernstadt und ziehen diese als Standort für ihre erste Investition auf dem Wohnungsmarkt vor. Man muß vielmehr befürchten, daß die neuen Bewohner der Innenstädte, meist kleinere, kinderlose Haushalte, den innerstädtischen Wohnstandort nur als ein Durchgangsstadium betrachten und dann wieder in das suburbane Umland ziehen, wenn sie Kinder haben und auf gute Schulen angewiesen sind.²⁵

Die regionalen Veränderungen, die sich in den 80er Jahren mit der Revitalisierung von New England und den Problemen der ölproduzierenden Staaten ankündigt, haben die Ausgangslagen für die Kernstädte im Nordosten und mittleren Westen nicht wesentlich verändert. In Neu England z. B. kam das Arbeitsplatzwachstum bis 1980 hauptsächlich den kleineren Städten und dem Umland zugute und nicht dem Zentrum Boston.²⁶ Der Sunbelt befindet sich keineswegs im Niedergang sondern die westlichen Staaten sind immer noch die Wachstumsregion schlechthin. Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstum liegt in den acht westlichen Staaten, selbst wenn man Kalifornien außer Acht läßt, erheblich über dem nationalen Durchschnitt. Ein niedriges Lohnniveau, geringe Lebenshaltungskosten, niedrige Immobilienpreise, niedrige Steuern und ein hoher Naturfreizeitwert machen den Westen weiterhin zu einer attraktiven Region für Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstum. Ein ausreichendes Energie-, Rohstoff- und vor allem Landangebot erlauben die land-extensive "campus-style" Ansiedlung von high-tech Unternehmen. Die Urbanisierung im Westen nimmt zu, doch ist die Besiedlungsdichte geringer und entspricht im ganzen den bevorzugten, am Automobil orientierten suburbanen Normen. Wenn der Westen auch nicht ohne Probleme ist (starke Zuwanderung von hispanischen Minoritäten, Wassermangel, Infrastrukturmängel angesichts starken Bevölkerungswachstums), so sind seine Städte doch das Paradigma für die neue Urbanisierung.²⁷

Kurz, die neue Ökonomie von Großstadträumen und die neuen regionalen Realitäten haben die Krise der älteren Kernstädte der USA nicht beseitigt. Die ökonomische Transformation hat einen Kernbereich der Städte gestärkt, aber an dem Problem konzentrierter

²⁴ Cf. Kasarda, "Urban Change," pp. 44 f.

²⁵ Cf. Brian Berry, "Islands of Renewal in Seas of Decay," in Peterson, *Urban Reality*, pp. 69–96; Falke, *Großstadtpolitik*, pp. 109–40. Neal R. Peirce, "Will a Yuppie Shortage Sink America's Cities," in *National Journal*, 19 July 1986, p. 1793.

²⁶ Howell, "New England Cities," in *Winter Cities*, pp. 303 ff.

²⁷ Kathleen Buttler and Ben Chinitz, "Urban Growth in the Sunbelt," in *Cities in the Twentieth Century*, ed. Grappert and Knight, pp. 97–111.

Armung der 80er Jahre ableiten. Die Stärkung der down-town Funktionen und der Bürogebäudebauboom stehen unmittelbar mit der Entwicklung des neuen fortgeschrittenen Dienstleistungs- und Verwaltungssektors innerhalb und außerhalb von großen Konzernen in Verbindung. Das Gleiche gilt für den Ausbau des Vergnügungs- und Kultursektors, der der neuen Mittelschicht dient. Aus soziologischer Sicht ist sicherlich festzuhalten, daß die großen Kernstädte tendenziell eine größere Mittelschichtorientierung entwickeln und deshalb qualitative Aspekte des städtischen Lebens wichtiger werden. In der von Wissen und spezialisierten menschlichen Ressourcen dominierten Stadtökonomie wird die Mittelschicht wichtiger sein als die industrielle Arbeiterschaft. Daran wird sich auch die soziale Infrastruktur ausrichten. Die Städte werden zunehmend Annehmlichkeiten und Freizeitressourcen fördern, die für die Mittelschicht attraktiv sind. Umgekehrt wird die Mittelschicht, sollte sie sich permanent und in größerem Maßstab in den Kernstädten verankern lassen, auch einen Beitrag zur Lösung der fiskalischen Krise der Städte leisten:

The creation of cosmopolitan sectors in industrial cities, and thus the solving of most urban problems, hinges upon the return of the middle-class residents to the city.... The return of the middle-class will contribute to the city's redevelopment in several ways. First, the city's tax base will be expanded and thus provide the city with a way of resolving its fiscal problems and enable the city to finance improvements in infrastructure.... This suggests that the development strategy for cities in the future will have to be oriented toward rebuilding a city that is amenity rich, that is, attractive to the middle class ... high priority will be given to creating the amenity rich environments needed in order to develop, retain, and recruit talent required by knowledge-intensive activities.²¹

Das neue Paradigma für eine von hochwertigen Dienstleistungen und Wissensverarbeitung beherrschten Stadt ist die "transactional city." Nicht mehr von der Industrieerzeugung bestimmte Arbeitsformen bestimmen die ökonomische Struktur von Städten, sondern die Arbeitsformen der fortgeschrittenen Dienstleistungsökonomie, die vorrangig auf Wissenstransaktionen beruht. Auf der Ebene der Stadtentwicklung und Planung entspricht dem die "intentional city," in der geplante Lebensqualität und Annehmlichkeiten von privaten wie öffentlichen Anbietern die entscheidende Rolle spielen.²²

Allerdings stehen einer durch die neue Mittelschicht verbürgerlichten Stadt schwer überwindbare strukturelle Hindernisse entgegen, die diesen Idealtyp als futuristisches Szenario mit starkem ideologischen Beigeschmack entlarven. Denn der Transformation der Stadt in eine bürgerliche entindustrialisierte Stadt steht die krasse soziale Realität der Kernstädte gegenüber. Zum Problem konzentrierter Armut leistet die auf Wissenserzeugung beruhende Stadtökonomie keinen Beitrag, da der Arbeitsmarkt nur hoch qualifizierte Arbeitsplätze anbietet. In der "transactional city" ist kein Raum für die sozialen Unterschichten. Die Unterschicht hat nur geringe Chancen, an den neuen Arbeitsplätzen teilzuhaben. Dies gilt insbesondere für schwarze Männer, deren Teilnahme am Dienstleistungsarbeitsmarkt marginal ist. Es entsteht vielmehr ein gespaltener Arbeitsmarkt mit vielen niedrig bewerteten schlechten Arbeitsplätzen und vielen hoch bezahlten, ohne daß Übergänge zwischen ihnen bestünden (*bifurcated occupational structures* mit *smart jobs versus dumb jobs*), während die alten Industrien wesentlich flexiblere Aufstiegsleitern mit gutem Einkommenspotential besaßen.²³

²¹ Cf. Richard V. Knight, "City Development in Advanced Industrial Societies," *Cities in the 21st Century*, ed. Gary Gappert (Beverly Hills/London: Sage, 1982), pp. 64–67.

²² Cf. Kenneth E. Corey, "The Status of the Transactional Metropolitan Paradigm," in Gappert, ed., *Cities in the 21st Century*, pp. 145–62; Knight, "City Development," pp. 66 ff.

²³ Cf. Stanback, Noyelle, *Cities in Transition*, pp. 134–38. Royce Hansen, "Urban Development in an Advanced Economy," in *Winter Cities*, p. 253.

Armung und zu einem gewissen Grade an der fiskalischen Krise der Städte wenig geändert. Um so mehr gilt es zu fragen, wie sich die veränderte Politik des Bundes gegenüber den Städten unter der Reagan Administration ausgewirkt hat, wurde doch gerade der Bund als letzter Rettungsanker für die notleidenden Kernstädte und ihre Bevölkerung angesehen.

IV. Der Rückzug des Bundes und die De-Thematisierung der Krise der Stadt

Die Stadtförderung und Zuweisungen an die Gemeinden erreichten während der Carter Administration in den siebziger Jahren den Höhepunkt. Angesichts der städtischen Krise intervenierte der Bundesstaat massiv zugunsten der älteren Kernstädte. Im Haushaltsjahr 1979 erhielten die Kernstädte im Vergleich zu den Umlandgemeinden und den nicht urbanisierten Gebietskörperschaften in allen Zuweisungsbereichen den höchsten Anteil, was auf die Versuche der Carter-Regierung zum *Targeting*, der Konzentration der Mittel auf die bedürftigsten Gemeinden, zurückzuführen war. Die Bundeshilfe lag bei den älteren Kernstädten über 50% der eigenen Einnahmen, bei Städten wie Buffalo oder Detroit sogar über 70%. Der Bundesstaat versuchte die Krise der Städte finanziell abzufedern, machte sie aber auch abhängig und intervenierte zunehmend bei der Verwendung der Mittel.²⁸

Mit der Reagan Administration brach jedoch der Trend ständig steigender Zuweisungen an die Gemeinden, insbesondere an die älteren Großstädte, ab. Waren bis 1981 schon inflationsbedingte Verluste festzustellen, so mußten die Städte mit dem Haushalt 1982 absolute Kürzungen verkraften. Die Politik der Reagan Administration gegenüber den Städten stellt deshalb den größten Einschnitt in diesem Politikbereich seit dem New Deal dar. Diese Aussage gilt vor allem für die politische Strategie gegenüber den Städten, aber auch für die Durchführung der Politik, denn der Kongreß hat die Administration nicht in allen Punkten bremsen können. Ziel der Reagan Regierung war es, den völligen Ausstieg aus der Stadtförderung und allen stadtrelevanten Politikprogrammen durchzusetzen. Dieser Ansatz war Teil einer weitgehenden Strategie, die überhaupt den Ausstieg des Bundes aus zentralen innenpolitischen Programmbereichen vorsah und die Verantwortung für diese den unteren politischen Ebenen des Regierungssystems, den Einzelstaaten und Gemeinden, anvertrauen wollte. Diese unter dem Namen *New Federalism* bekannt gewordene Strategie sah vor, daß der Bund nur noch für die auswärtigen Beziehungen einschließlich Verteidigung, die makroökonomische Steuerung und nicht mehr revidierbare Teile des sozialen Sicherungssystems (vor allem die Rentenversicherung) verantwortlich sein sollte, alle in Bezug auf Personengruppen wie Gebietskörperschaften redistributiven und distributiven Politiken aber den Einzelstaaten und den Kommunen zu überlassen habe. Zu diesem Politiken gehörten vor allem zentrale Bereiche der Sozialpolitik und alle stadtrelevanten Programme, die angesichts der Krise der Stadt und der Konzentration von Armut seit den 60er Jahren hauptsächlich an die notleidenden Kernstädte und die dort ansässige Armutsbevölkerung gingen. Die Reagan Administration ging davon aus, daß es den unteren Gebietskörperschaften wegen der Konkurrenz um niedrige Steuern und der Vermeidung von fiskalischen Belastungen wesentlich schwerer fallen würde, sozialpolitische Programme durchzuführen. Die Ebenenverlagerung sollte sozialstaatlicher Politik den Boden entziehen.²⁹

²⁸ Cf. David H. McKay "The Rise of the Topocratic State: US Intergovernmental Relations in the 1970s," in *Financing Urban Government in the Welfare State*, ed. Douglas E. Ashford (New York: St. Martin's, 1980), pp. 50–70; Falke, *Großstadtpolitik*, pp. 50–55.

Obwohl der Regierungsentwurf vorsah, den unteren Gebietskörperschaften einige Steuerquellen im Austausch für die Übernahme der Verantwortung zu überlassen, scheiterte das größte Dezentralisierungsexperiment im 20. Jahrhundert am Widerstand des Kongresses und an dem Gegendruck der Interessenverbände von Einzelstaaten und Gemeinden. Die prinzipielle Umstrukturierung der innenpolitischen Verantwortung, die den amerikanischen Eingriffsstaat etwa auf das Niveau vor dem New Deal zurückgeworfen hätte, scheiterte, da Einzelstaaten und Gemeinden nicht die Leidtragenden der Demontage des Sozialstaates in den USA sein wollten.³⁰ Der Rückzug des Bundes beschränkte sich daher auf nicht weniger schmerzliche Kürzungen in der Stadtförderung (und Sozialpolitik) und die Umwandlung einiger Programme (besonders bei den sozialen Diensten) bei gleichzeitiger Kürzung in pauschale Zuweisungen, die die Ressourcenverwendung und Regulierung den Einzelstaaten überließ. Die letztgenannte Veränderung betraf die Städte insofern, als die Einzelstaaten in der Verteilung der Mittel die großen Städte nicht mehr im gleichen Ausmaß begünstigten.³¹ Die Städte waren also in dreierlei Hinsicht von den Veränderungen bundesstaatlicher Politik betroffen: 1.) durch die Kürzungen und z. T. die Streichung von Stadtförderungsprogrammen; 2.) durch die Verlagerung der politischen Verantwortung auf eine den Städten nicht so günstige Ebene; 3.) durch die Kürzungen von allgemeinen Sozialprogrammen, die zwar Transfers an Individuen darstellen, wegen der starken Konzentration von armen Bewohnern aber für die Städte von großer Bedeutung sind.

Da aber der völlige Rückzug des Bundes scheiterte, mußte die Reagan Administration eine symbolische Programmposition gegenüber den Städten entwickeln. Diese Position war jedoch eine Politik der Enthaltung, eine *non-policy*. Die Administration verstand die Politik gegenüber den Städten nur als Teil ihrer allgemeinen Wirtschaftspolitik. Die allgemeine wirtschaftliche Erholung würde auch in den Städten zu einer Erholung führen, wie der Staatssekretär im Bundesbauministerium E. S. Savas feststellte:

Improving the economy is the single most important program the federal government can take to help urban America; ... what's good for the nation's economy is good for the economies of our cities, although not all cities will benefit equally, and some may not benefit at all.

Wie der *National Urban Policy Report* der Administration von 1982 feststellte: "The foundation of the Administration's urban policy is the Economic Recovery Program." Die Administration lehnte alle räumlich ausgelegten Förderungspolitiken, und damit eine substantielle Rolle gegenüber den Städten, ab. Vielmehr bestand sie darauf, daß der Bund einer Erholung der Städte nur im Wege stünde und daß dies Sache der Kommunen, der Einzelstaaten und des privaten Sektors sei: "... States and cities, properly unfettered, can manage themselves more wisely than the Federal government ... the private sector, both corporate and voluntary, contains important sources of strengths and creativity that must be tapped."³²

Das Desinteresse der Reagan Administration an der Situation der Städte wurde an den Umständen sichtbar, unter denen der erste *Urban Policy Report* geschrieben wurde. Füh-

³⁰ Cf. Andreas Falke, "Der 'New Federalism': Reorganisation der Politikverflechtung oder konservative Strukturveränderung?" in *Amerikastudien*, 29 (1984), pp. 399-415.

³¹ Cf. George E. Peterson, "Federalism and the States," in *The Reagan Record*, ed., John L. Palmer and Isabel V. Sawhill, pp. 218, 224-27.

³² Cf. Richard Nathan, "America's Changing Federalism" (unveröffentlichtes Manuskript 1986) vorgelesen für: Anthony King, ed., 2. Auflage, *The New American Political System* (Washington, 1988).

³³ Cf. U. S. Department of Housing and Urban Development, *The President's National Urban Policy Report* (Washington: GPO, 1982), p. 1. Das Zitat von Savas ist aus: E. S. Savas, "A Positive Urban Policy for the Future," in *Urban Affairs Quarterly*, 18 (1983), 447.

zept als PR-Instrument, um die Auswirkungen der Kürzungen zu mildern. Für den Bund war innerhalb der Partnerschaft kein Platz mehr: Private Initiative auf lokaler Ebene sollte die Lücke füllen, die die Kürzungen hinterlassen hatten. Die Propagierung von PPP war rein symbolische Politik. Das im Präsidentsamt angesiedelte *Office of Private Sector Initiative*, das zuerst für die Propagierung des Konzeptes verantwortlich war, hatte keine Haushaltsmittel, kein Personal und kein Mandat, und war auf Spenden aus der Privatwirtschaft angewiesen. Als reiner PR Mechanismus sollte nur ein Konzept zur Beruhigung in die Öffentlichkeit getragen werden. Da der Ansatz recht riskant war, hätte man ihn an seinem Verwirklichungspotential gemessen, wurden die PPP bald dem Wohnungsbauministerium überlassen. Dessen Broschüren brachten jedoch nichts Neues. Sie spiegelten in ihrer Aufzählung erfolgreicher lokaler Projekte die Stärke, den Aktionsdrang und den Einfallsreichtum der privaten Akteure wider, Eigenschaften, die man auf Bundesebene vermissen mußte.³⁶

Aktiv war die Administration nur in indirekten oder implizit stadtbezogenen Politiken. Eine Art latenter städtischer Investitionsförderung stellte die Steuerpolitik dar, die beschleunigte Abschreibung für gewerblich genutzte Bauten und 25prozentige Steuerschuld-minderungen bei Renovierung von unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden gewährte. Die Steuerpolitik war mit für den Bürogebäudeboom verantwortlich, obwohl viele Beobachter in der Steuerpolitik beschleunigter Abschreibungen und des Steuerschuldabzuges für Investitionen eine Begünstigung der Wachstumsregionen ohne städtische Probleme sahen. Die Kürzungen beherrschten die Tagesordnung der Politik gegenüber den Städten.³⁷

Einen Überblick über die Kürzungen direkter Zuweisungen an die Städte gibt Tabelle 7.

Im kritischen Kürzungsjahr 1982 sanken die Zuweisungen an die Städte insgesamt um 36% in Haushaltsermächtigung und um 23% in effektiven Ausgaben. Diese Kürzungen trugen aber auch die Handschrift des Kongresses, der den präsidentialen Kürzungsvorschlag von ursprünglich 44% modifizierte und einige andere Programme wie Kapitalzuschüsse für städtischen Autobahnbau und den Nahverkehr sowie die Heizkostenzuschüsse für Bedürftige vor der völligen Streichung bewahrte. Den größten Einschnitt gab es mit der völligen Streichung des kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogramms CETA und der Umwandlung von Programmen für soziale Dienste in Pauschalzuweisungen (*block grants*), die bei geringen Haushaltsansätzen jetzt von den Einzelstaaten vergeben wurden, die verstärkt ländliche Gebiete und kleine Städte begünstigten.³⁸ 1986 wurden auch die allgemeinen Finanzzuweisungen (*General Revenue Sharing*) an die Städte gestrichen, die jedoch überwiegend den kleineren und wohlhabenden Gemeinden zugute gekommen waren und 1973 von der Nixon Administration auch als solche konzipiert worden waren.³⁹

Einen drastischen Einbruch erlebte auch der soziale Wohnungsbau unter der Reagan Administration, wie Tabelle 8 zeigt. Die Zahl der subventionierten Einheiten sank vom Höchststand während der Carter Administration von 1979 (277 000) auf fast ein Drittel 1985 (78 000). Die Reagan Administration und der Kongreß leiteten eine radikale Kehrtwende

³⁶ Zu den PPP unter Carter und Reagan cf. Katherin C. Lyall, "Public-Private Partnership in the Carter Years," in *Public-Private Partnerships. Improving Urban Life*, ed. Perry Davis (New York: Academy of Political Science, 1986), pp. 3-20; Renee A. Berger, "Private-Sector Initiatives in the Reagan Era: New Actors Rework an Old Theme," in *The Reagan Presidency and the Governing of America*, ed., Lester A. Salomon and Michael S. Lund (Washington: Urban Institute, 1985) pp. 181-211.

³⁷ Norman J. Glickman, "Economic Policy and the Cities," in *Journal of the American Planning Association*, Autumn 1984, pp. 472-74.

³⁸ Paul E. Petersen, "Urban Policy and the Cyclical Behavior of Cities," in *Reagan and the Cities*, pp. 30f.; and Harold Wolman, "The Reagan Urban Policy and its Impacts," in *Urban Affairs Quarterly*, 21 (1986), 315-17.

³⁹ W. John Moore, "Cut-off at Town Hall," in *National Journal*, 11 April 1987, pp. 862-66.

rende Beamte des Ministeriums wollten auf die Erstellung des Berichtes verzichten, da die Regierung gesetzlich aufgefordert ist, in dem Bericht die Mißstände in amerikanischen Städten klar zu identifizieren und Gegenmaßnahmen des Bundes vorzuschlagen. Angesichts der Interesselosigkeit der Administration fürchtete man eine Blamage. Der ursprüngliche Entwurf spiegelte die Haltung wider, daß der Bund gegenüber den Städten keine Verantwortung habe, und mußte unter Protest der städtischen Lobby und aufgrund der Intervention anderer Ministerien zurückgezogen werden. Er wurde erst in einer gemilderten Fassung veröffentlicht, ohne daß sich allerdings die grundlegenden politischen Implikationen geändert hätten. Vor allem wurde daran festgehalten, daß die Bundesprogramme zu den Problemen der Städte häufig selbst beigetragen hätten. Der Report machte klar, daß das *Department of Housing and Urban Development* keine aktive Rolle zugunsten der Städte mehr spielen würde, was ebenfalls einen einschneidenden Paradigmenwechsel gegenüber der Periode seit 1966 darstellte, als das Ministerium eines der Zentren stadtfreundlicher Initiativen war.³³

Die in der Folgezeit vertretene Politik des Ministeriums ratifizierte den Rückzug des Bundes, indem man sich darauf beschränkte, die Gemeinden in Rahmen des Konzeptes der *entrepreneurial city* aufzufordern, Eigenkräfte zu mobilisieren und sich im Kampf um Kapital, Arbeitsplätze und Effizienzsteigerung wettbewerbsfähig zu machen. Die Reagan Administration begriff die Städte als ökonomische Subjekte, die miteinander um die größtmöglichen Marktanteile konkurrieren:

State and local government have primary responsibility for making their urban areas attractive to private investors. They are most likely to succeed if they form partnerships with their private sectors and plan strategically to enhance their comparative advantages relative to other jurisdiction.³⁴

Akzente setzte das Ministerium nur durch die Publikation von zwei zusammen mit der *US Chamber of Commerce* produzierten Broschüren, in denen lokale Strategien zur ökonomischen Selbstsuffizienz und zur Steigerung des Unternehmergeists an örtlichen Beispielen vorgestellt wurden. Beide Broschüren wurden unter der Mitwirkung des höchsten Karrierebeamten des Ministeriums, des *Executive Assistant for Economic Development*, John E. Simmons geschrieben.³⁵ Das zentrale Konzept war hier die Einrichtung von *Private-Public Partnerships*, die eine Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Unternehmen, aber auch gemeinnützigen Stiftungen zur Stärkung der Wirtschaftskraft der Städte und zu einem besseren Klima in den Beziehungen zwischen privatem Sektor und öffentlicher Verwaltung begründen sollten. Der Begriff der *Public-Private Partnership* (PPP) war zuerst von der Carter Regierung eingeführt worden. Doch sollte er dort keinen Ersatz für bundesstaatliche Initiativen beinhalten, sondern sollte eine Anerkennung der Tatsache sein, daß öffentliche Programme nicht ausreichen, um in einer Ära knapper Ressourcen die Städte zu revitalisieren. Öffentliche Mittel sollten unter dem PPP Konzept der Carter Regierung bewußt eingesetzt werden, um die Risikoerwartung von privaten Kapitalgebern zu beeinflussen und den Privatsektor zu Investitionen in städtischen Problemgebieten zu veranlassen. Auch betonte der Carter Ansatz die Rolle von gemeinnütziger und freiwilliger Initiative (*non-profit sector*). Die Reagan Administration dagegen sah das PPP-Kon-

³³ Cf. Roger S. Ahlbrandt, "Ideology and the Reagan Administration's First National Urban Policy Report," in *Journal of the American Planning Association*, Autumn 1984, pp. 479-84.

³⁴ Report, p. 23.

³⁵ Cf. Robert P. Duckworth, Robert H. McNulty and John E. Simmons, *The Entrepreneurial American City* (Washington: US Chamber of Commerce, 1986); rpt. in German *Die Stadt als Unternehmer* (Bonn: Bonn Aktuell, 1987); and John M. Simmons, William D. Kelleher and Robert P. Duckworth, *Business and the Entrepreneurial City* (Washington: US Chamber of Commerce, 1987).

Tabelle 7: Kürzungen der direkten Stadtförderungsprogramme nach Ausgabenermächtigung (*budget authority*) und eigentlichen Ausgaben (*outlays*) im Haushaltsjahr 1982 in %

Programm	Authority	Ausgaben
Allgem. Stadtförderung (Community Development Block Grants)	-11,1	-11,3
Zuweisungen für Investitionen (Urban Development Action Grants)	-33,6	-31,4
Kommunale Arbeitsbeschaffung (CETA Public Service Employment)	-100,0	-96,4
Nahverkehr (Mass transit)	-30,0	-3,5
Abwässer (wastewater treatment)	-32,3	+4,0
Kleine Wirtschaftsförderung (Economic Development Administration)	-67,5	-24,6
Kompensatorische Erziehung	-21,9	-8,8
Soziale Dienste (Social Services Block Grant)	-21,3	-21,4
Lokale Dienste für Stadtteile (Community Services block grant)	-40,1	-36,5

Quelle: Paul E. Petersen, "Urban Policy and the Cyclical Behavior of Cities," in *Reagan and the Cities*, p. 30.

Tabelle 8: Sozialer Wohnungsneubau in den USA 1970-1985

Jahr	Anzahl der Einheiten (in Tsd.)	Anteil an allen Neubaueinheiten in %
1970	431	29,3
1971	483	21,2
1972	430	21,2
1973	332	14,1
1974	172	10,5
1975	129	9,5
1976	138	7,6
1977	217	9,5
1978	265	11,4
1979	277	13,5
1980	266	15,8
1981	211	16,2
1982	204	16,6
1983	143	7,2
1984	114	5,6
1985*	78	4,0

Quelle: George Sternlieb and David Listokin, "A Review of National Housing Policy," in *Housing America's Poor*, ed. Peter Saling (Chapel Hill: Univ. of North Carolina Press, 1987), p. 29.

* geschätzt.

in der Wohnungsbaupolitik ein. Die direkte Neubauförderung, die während der *Great Society* Ära eingeführt worden war, wurde abgeschafft und eine Hinwendung zur Subjekt-Genuß der Förderung kommen (*housing vouchers*). Wohnungsbauförderung wird nicht mehr als anti-zyklische Konjunkturlilfe verstanden, was interessenspolitisch auf den Zusammenbruch der produktions-orientierten Koalition aus Wohnungsbaunternahmen und Sozialaktivisten zurückzuführen ist. Auch hängt der Rückzug mit den enormen Kosten und Sozialaktivisten zurückzuführen ist. Auch hängt der Rückzug mit den enormen Kosten einer Wohnungseinheit im sozialen Wohnungsbau zusammen, die 40000 \$ im Vergleich zu 15000 \$ einer auf dem freien Markt erstellten betragen.⁴⁰ Zum Teil reflektiert der Rückgang des sozialen Wohnungsbaus auch dessen mangelnde Legitimität in der amerikanischen Gesellschaft, da Wissenschaft und Verwaltung bei doppelt so hoher Leerstandsquote (= 7,2% 1982) wie in der Bundesrepublik weiter am "trickle-down" Prozeß in der Wohnversorgung festhalten und für die Krise des sozialen Wohnungsbaus und der großen innerstädtischen Wohnungsbauprojekte das Verhalten der amerikanischen Unterschichten verantwortlich machen: "We fit our policies and programs to the candid assessment of the constraints posed by the social and behavioral characteristics of the families we wish to help."⁴¹

Nach 1982 ließen sich keine weiteren Kürzungen mehr durchsetzen. In einigen Bereichen erhöhte der Kongreß besonders in den Haushaltsjahren 1983 und 1984 unter dem Eindruck der Rezession von 1982 die Ansätze für einige Programme. Das Anti-Rezessionsprogramm von 1982/3 in Höhe von \$ 4,6 Mrd. umfaßte eine Aufstockung der Stadtförderung (CDBG) um \$ 1 Mrd. und Sonderhilfen für Straßenbau und den Nahverkehr. Zwei kleinere Mietwohnungsbauprogramme für große Städte (\$ 650 Mill. in zwei Jahren) wurden ebenfalls aufgelegt.⁴² Der Kontrollmechanismus des Kongresses im amerikanischen System der Gewaltenteilung machte sich bemerkbar. Insgesamt waren die Kürzungen doch einschneidend. Während von 1968 bis 1981 die Mittel für Städte von \$ 3,1 Mrd. auf \$ 68 Mrd. stiegen und damit einen Anteil von 12,4% an allen Bundesausgaben erreichten, fielen sie nach den Reagan Kürzungen auf 9,8%. Allerdings wurde dieser Trend nicht von der Reagan Regierung begonnen, sondern schon von 1979–81 fielen die Ausgaben inflationsbedingt real um 10%.⁴³

Bemerkenswert sind aber auch die qualitativen Veränderungen in der Politik gegenüber den Städten, die man sehr gut am wichtigsten Stadtförderungsprogramm, dem *Community Development Block Grant Program* festmachen kann. Dieses Programm versuchte die Mittel über einen besonderen Verteilungsschlüssel verstärkt in die notleidenden älteren Großstädte zu lenken und dort auf die jeweiligen Problemgebiete zu konzentrieren.⁴⁴ Obwohl selbst unter der Carter Regierung den Gemeinden erheblicher Ermessensspielraum für die Verteilung der Mittel verblieb, strich die Reagan Administration alle Verteilungsaufgaben an die Gemeinden, kürzte das Programm bis 1982 um insgesamt 10,8% und erhöhte den Anteil von kleinen Städten (mit weniger als 50000 Einwohnern) von 20% auf 30%. Der Anteil der großen notleidenden Städte an den Mitteln wurde immer kleiner, ein

⁴⁰ Cf. George Sternlieb and David Listokin, "A Review of National Housing Policy," in *Housing America's Poor*, ed. Peter Salins (Chapel Hill: Univ. of North Carolina Press, 1987), pp. 29–35; Siegfried Brenke, "Aktuelle Aspekte der amerikanischen Wohnungsbaupolitik," in *Fachinformation Wohnungswissenschaft*, April 1985, pp. 60–65.

⁴¹ Peter Salins, "America's Permanent Housing Crisis," in *Housing*, p. 12. Zur Leerstandsquote: Brenke, "Aspekte," p. 60.

⁴² Cf. Wolman, "Reagan's Urban Policy," p. 315–17; Peterson, "Federalism and the States," p. 228 f.

⁴³ Cf. Glickman, "Economic Policy and the Cities," pp. 375 f.

⁴⁴ Cf. Andreas Falke, "Stadtförderungspolitik in den USA," in *Archiv für Kommunalwissenschaften*, 73 (1984), 1–22.

Trend der nach der Einbeziehung der Daten der Volkszählung von 1980 noch verstärkt wurde, als wachsende, meist wohlhabende Städte anspruchsberechtigt wurden—die Zahl der anspruchsberechtigten Gemeinden wuchs bei geringeren Gesamtmitteln von 1980 bis 1985 um 25%—und die Zahl vor 1940 gebauter Häuser, ein Faktor, der für die älteren Städte zuweisungssteigernd ins Gewicht fiel, weiter zurückgegangen war. Die Änderung des Zuweisungsschlüssels zugunsten kleinerer Städte sowie seine Nicht-anpassung an die geänderte Wohn- und Bevölkerungsstruktur verringerte die Hilfe an die notleidenden großen Städte. Deren Anteil fiel von 48,2% (1980) auf 44,4% (1985). Gewinner der Veränderung waren kleinere Städte und Landkreise in Wachstumsregionen wie Kalifornien, Verlierer Städte wie Cleveland, St. Louis, Detroit, Philadelphia, Pittsburgh und Buffalo. Die Reichen wurden reicher.⁴⁵

Das Versäumnis der Administration, die Zuweisungsschlüssel anzupassen und auf die wirklich bedürftigen Städte zu konzentrieren, verweist auf ein anderes Versäumnis, nämlich die angesichts veränderter bundesstaatlicher Prioritäten nötigen Kürzungen auf die finanziell besser gestellten Gebietskörperschaften zu beschränken, um trotz Kürzungen weiterhin eine ausreichende Förderung der notleidenden Städte zu gewährleisten—was eine interessante Alternative zur gegenwärtigen Politik der Administration gewesen wäre. Hätte man z. B. beim CDBG Programm die Zuweisung auf die 315 der 814 Gemeinden beschränkt, die überdurchschnittliche Strukturprobleme aufweisen, wären Einsparungen von \$ 1 Mrd. möglich gewesen, ohne daß diese Städte Einbußen hätten hinnehmen müssen.⁴⁶ Eine derartige Politik scheiterte aber an den politischen Realitäten. Sie hätte die Wahlklientel der Administration, die hauptsächlich im suburbanen Umland und den wohlhabenderen Gemeinden angesiedelt ist, vor den Kopf gestoßen, ließ sich aber auch im Kongreß kaum durchsetzen, da dieser aufgrund seiner fragmentierten lokalistischen Struktur dazu neigt, Mittel so weit wie möglich zu streuen.⁴⁷ Diese Überlegungen unterstreichen, daß die Reagan Administration außer einem kruden Kürzungsansatz zu keinen innovativen Ansätzen in der Lage war. Alle Initiativen, die die Politik gegenüber den Städten qualitativ modifizieren wollten, kamen vom Kongreß. Die einzige vorgeschlagene Neuerung der Administration, die Einführung von *urban enterprise zones*, die die Gewährung von Steuererleichterung und die Befreiung von staatlichen Auflagen für Investitionen in designierten städtischen Problemgebieten vorsah, was ironischerweise ein Programm räumlicher Lenkung darstellte, fand im Kongreß keinen Anklang. Allerdings hatten bis 1986 25 Einzelstaaten derartige Zonen eingerichtet.⁴⁸

Ein zweiter qualitativer Aspekt der Politik der Administration war die endgültige Verabschiedung der stadtpolitischen Ansätze der *Great Society* Ära, wie sie schon im Abschied von sozialen Wohnungsbauprogrammen zum Ausdruck kam. Nachdem schon die Nixon Regierung die Umgehung der Gemeinden zugunsten von politisierten lokalen Portestgruppen unmöglich gemacht hatte und die Carter Regierung den Vertretern eines zentralstaatlich unterstützten Stadtteilaktivismus als Konzession an den linken Flügel der *policy*

⁴⁵ Cf. Paul R. Dommel, Michael J. Rich, "The Rich Get Richer. The Attenuation of Targeting Effects of the Community Development Block Grant Program," in *Urban Affairs Quarterly*, 22 (1987), 561–67.

⁴⁶ Cf. Dommel and Rich, "The Rich get Richer," pp. 574–76.

⁴⁷ Von den 25 größten Großstadträumen stimmten 1984 20 für Ronald Reagan, was auf das klare republikanische Übergewicht im Umland zurückzuführen war. Cf. James A. Barnes and John C. Weicher, "Urban Blight: The Democrats' Eroding Metropolitan Base," in *Public Opinion*, February/March 1985, pp. 49–51; zur Unmöglichkeit der Bündelung der Stadtförderung durch den Kongreß cf. Moore, "Cut-off," pp. 863 f.

⁴⁸ Cf. Marc Bendick, David W. Rasmussen, "Enterprise Zones and Innercity Economic Revitalisation," in *Reagan and the Cities*, pp. 97–130. Glickman, "Economic Policy," p. 475.

*intellectuals der Demokraten nur eine symbolische Repräsentanz eingeräumt hatte, beseitigte die Reagan Administration alle die meist von ihrem Umfang her insignifikanten Programme, die aber eine bürokratische Basis für die Unterstützung stadteilpolitischen Aktivismus darstellten, wie das Office of Neighborhoods, Voluntary Association and Consumer Protection, Neighborhood Self-Help Development Grants. Die Lautlosigkeit, mit der Kongreß und Administration diese Programme beseitigten, zeigte noch einmal, daß sie marginal für die Stadtförderungspolitik waren und daß sie bei relevanten Interessengruppen keine Unterstützung besaßen. Der symbolische Schlußstrich unter die Stadtförderungspolitik der 60er Jahre wurde jedoch mit der Abschaffung der Community Services Administration geschaffen, die die Nachfolgebehörde des für die *Community Action* Programme zuständigen *Office of Economic Opportunity*, war, das im Krieg gegen die Armut innerstädtische Unterschichtsteile gegen das politische Establishment der Städte zu organisieren versucht hatte. Nach der Vorstellung der Reagan Administration hatten Stadtteilgruppen einzig und allein eine Rolle im Rahmen der städtischen Selbsthilfe zu spielen, nicht aber als politische Kampforganisationen oder Ausführungsorgane staatlicher Sozialpolitik. Entsprechend definierte die Administration deren Rolle und strukturierte die wenigen dafür geeigneten Programme.⁴⁹*

Die entscheidende Frage, die die weitgehenden quantitativen und qualitativen Änderungen in der Stadtförderungspolitik aufwerfen, ist, warum die Kürzungen nicht zu schweren politischen Krisen und Ungleichgewichten auf lokaler Ebene führten, wurden doch die Städte zu einer Zeit von den Kürzungen getroffen, als sie mit den Auswirkungen der schwersten Rezession seit der Weltwirtschaftskrise fertig werden mußten. Die Antwort auf diese Frage stellt die konventionellen Ansätze über das ökonomische und politische Verhalten von Städten auf den Kopf. Die Städte und Großstadträume erwiesen sich z. B. wesentlich weniger anfällig für konjunkturelle Einbrüche als nicht urbanisierte Räume. Dies gilt auch für Kernstädte, die sich gemessen an Einkommensfluktuationen besser behaupten konnten, als das suburbane Umland: "By every empirical measure available, it is simply not true that central cities, as places of work, suffer more from modern economic cycles than the rest of the country."⁵⁰ Die Gründe für die größere Anfälligkeit des Umlandes ist in dem hohen Anteil der Industrieerzeugnisse, d. h. in der Verlagerung von Arbeitsplätzen aus den Städten in das Umland, zu suchen. Umgekehrt finden sich heute durch das Wachstum des höheren Dienstleistungssektors in den Kernstädten viele konjunkturell stabile Arbeitsplätze. Dies belegt die These, daß die oben beschriebene ökonomische Transformation die Kernstädte eher gestärkt hat. Die langfristigen strukturellen Niedergangstendenzen werden jedoch von dem Phänomen der geringeren Anfälligkeit nicht berührt. In Abschwungphasen verlangsamt sich der Auszug von Betrieben, in Aufschwungphasen beschleunigt er sich. Ein Zeichen für eine langfristige Erholung der Städte ist jedoch, daß im Aufschwung 1983 die Arbeitslosenraten für Großstadträume schneller fielen, und die Einkommenszuwächse in Kernstädten die nationalen übertrafen.⁵¹

Hiermit ist jedoch noch nicht die Frage beantwortet, warum die Städte nicht von einer schweren Finanzkrise erfaßt wurden und weshalb die Dienstleistungsversorgung in den Städten nicht zusammenbrach, die doch überwiegend von bundesstaatlichen Zuweisungen

gestützt wurde. Die Antwort ist auch hier eine paradoxe. Trotz der Rezession und der Kürzungen war gemessen an Haushaltsdefiziten und Liquidität die finanzielle Situation der großen Städte stark verbessert. Defizite gingen zurück, Liquiditätsprobleme nahmen ab, was sich besonders dramatisch am Beispiel New Yorks demonstrieren läßt, das in den 80er Jahren einen ausgeglichenen Haushalt aufwies. "At the end of fiscal 1982, when the nation was in the through of recession and federal budget cutbacks were at their peak, city governments were in better financial shape by almost all indicators than they had been during any year of the 1970s."⁵² Diese Erholung war einerseits auf eine verbesserte Steuerbasis durch Dienstleistungswachstum, vor allem aber auf Einsparungen, Personalkürzungen, Effizienzsteigerung in der Verwaltung und Steuererhöhungen zurückzuführen. Die Beschäftigung in Stadtverwaltungen nahm zwischen 1975–1983 national um 7% ab, wobei in großen Städten wie in Chicago und Boston die Einsparungen zwischen 10% und 25% lagen. In 11 von 26 befragten Großstädten wurde die Grundsteuer, in 7 von 11 die Umsatzsteuer erhöht.⁵³ Die Anpassungsleistung der Städte bestand in der Schrumpfung ihres öffentlichen Sektors, was aber auch eine Anpassung an eine geschrumpfte ökonomische und demographische Basis darstellt. Während auf der Bundesebene die Angebotsökonomie triumphierte, beherrschte auf der kommunalen Ebene der fiskalische Konservatismus die Szene. Es gibt aber noch einen anderen Grund, warum sich die Städte nicht so stark von den Kürzungen betroffen fühlten. Die Städte versuchten sich angesichts der Unsicherheit bundesstaatlicher Förderung dadurch von Kürzungen zu isolieren, daß sie eine Art getrennter Haushaltsführung einführten, die die traditionellen Funktionsbereiche von der Bundesunterstützung unabhängig machten. Mit der Ausnahme der strukturschwächsten Städte, die die Sonderzuweisungen des Bundes wie die Arbeitsbeschaffungsprogramme (CETA) benutzten, um traditionelle Funktionen (Polizei, Müllabfuhr, Feuerwehr) aufrechtzuerhalten, waren die Standardfunktionen nicht von den Kürzungen betroffen. Bei einigen Programmen wie dem Arbeitsbeschaffungsprogramm, der Rechtshilfe für Bedürftige und der regionalen Kooperation, die wegen der vielen Bundesauflagen nicht populär waren, willigten die Städte in die Kürzungen stillschweigend ein oder setzten ihnen keinen Widerstand entgegen.⁵⁴ Die Städte antizipierten durch ihre Einsparungsstrategien die Kürzungen des Bundes und konnten so den größten Schaden bei der lokalen Dienstleistungsversorgung abwehren. Zur Hilfe kamen ihnen ein etwas stärkeres Engagement der Einzelstaaten, die in manchen Fällen (z. B. Florida, Massachusetts, New Jersey, New York, Oklahoma) die Ausfälle ersetzten, sowie innovative Ansätze auf lokaler Ebene, wie *exclusionary zoning*, die Aufforderung an Bauträger in frei finanzierten Projekten Wohnungen für Einkommensschwache zu bauen oder einen Beitrag in einen Wohnungsbaufond zu zahlen.⁵⁵ Diese Maßnahmen ersetzten bei weitem nicht die Kürzungen der Bundesmittel, aber ihre Durchführung zeigt doch, daß das föderale System in den USA eine Auffangfunktion erfüllt:

⁴⁹ Peterson, "Introduction," in *Reagan and the Cities*, p. 5. Zu New York cf. City of New York. *Comparative Analysis: Financial and Economic Indicators Fiscal Year 1986* (New York: Office of the Comptroller, 1986), pp. 1–7.

⁵⁰ Cf. Wolman, "Reagan's Urban Policy," p. 322; Ganz, "Where has the Urban Crisis Gone?" p. 458; Peterson, "Cyclical," p. 24–29.

⁵¹ Cf. Richard P. Nathan, "State and Local Governments under Federal Grants: Toward a Predictive Theory," in *Political Science Quarterly*, 98 (1983), pp. 47–57. Peterson, "Introduction," p. 3; and Peterson, "Cyclical," pp. 31–34.

⁵² Cf. Sternlieb, Listokin, "Housing Policy," pp. 36–40; Richard P. Nathan and Fred C. Doolittle, "The Untold Story of Reagan's New Federalism," in *The Public Interest*, 44 (1984), 96–105.

⁴⁹ Cf. Susan E. Clarke, "Neighborhood Policy Options. The Reagan Agenda," in *Journal of the American Planning Association*, Autumn 1984, pp. 493–501.

⁵⁰ Peterson, "Cyclical Behavior," p. 20f.

⁵¹ Cf. Peterson, "Cyclical Behavior," pp. 12–24; Wolman, "Reagan's Urban Policy," p. 322 f. Allerdings gilt der hier behauptete Unterschied nicht, wenn man die Anfälligkeit an Arbeitslosigkeitsquoten mißt, da die hauptsächlich von Arbeitslosigkeit betroffene einkommensschwache Bevölkerung in den Kernstädten überrepräsentiert ist.

American federalism is unique and multi-faceted. At its best it can be a catastrophic insurance plan. When depression, recession, budget cuts, political error, and pure human stupidity seem about to unravel the American political fabric, federalism compensates. When the damn breaks, federalism fixes it. Under stress, American federalism forces American governments to cooperate.⁵⁶

Die Kürzungen auf Bundesebene lösten Innovationen und kompensatorische Aktivitäten auf einzelstaatlicher Ebene aus, was diese und die Gemeinden zu größerer Kooperation veranlaßte. Der "New Federalism", der eigentlich zum *dual federalism* der Gründungsväter zurückkehren wollte, führte vielmehr zurück zum alten kooperativen Förderalismus mit seinem flexiblen System vielfacher Zuständigkeiten, Überschneidungen und Abhängigkeit.

Wenn auch die Städte sich in ihren gebietskörperschaftlichen Funktionen stabilisieren konnten, so bleibt noch immer die Frage offen, warum die Reagan Kürzungen keine politischen Unruhen und Proteste wie in den 60er Jahren hervorgebracht haben. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Bürger durch eine Einschränkung des Dienstleistungsangebots betroffen wurden, die allerdings auch auf die starken Anti-Steuerkampagnen in den Staaten zurückzuführen sind.⁵⁷ Am meisten wirkte sich jedoch nicht die Kürzung der Stadtförderung aus, sondern die der bundesstaatlichen Sozialprogramme. Food Stamps und AFDC (Sozialhilfe für Familien mit Kindern) wurden bis 1985 um über 14% gekürzt, soziale Dienste um 23%. Die Anspruchsberechtigung wurde hinaufgesetzt, woraufhin 400 000–500 000 Familien Leistungsansprüche sowohl im AFDC- und im Medicaidprogramm verloren. Nur bei den sozialen Diensten konnten soziale Hilfsorganisationen die Kürzung teilweise ausgleichen. Eine Untersuchung von Familien in Rochester, die von den Sozialleistungen ausgeschlossen wurden, ergab erhebliche Probleme bei der Nahrungsmittel- und Gesundheitsversorgung, sowie Schwierigkeiten mit der Erziehung und Unterbringung von Kindern. Signifikant war jedoch, daß eine große Zahl von Haushalten die Kürzungen akzeptierte, wie eine Befragung ergab. 55% der Befragten gab an, daß sich ihre Lage nach den Kürzungen nicht verschlechtert hatte, 34% sahen sogar eine Verbesserung. Die Mehrzahl der Haushalte strebte keine Rückkehr zu anderen staatlichen Unterstützungsprogrammen an, sondern suchte und fand Arbeit, was die Autoren zu der Interpretation veranlaßte: "thus vindicating the President's view that Americans prefer work to welfare.... These feelings, too, are consistent with the President's view that poor households prefer not to be dependent on the government."⁵⁸

Wenn man auch das Zitat als Apologie der Auswirkungen der Kürzungen bezeichnen kann, so belegt doch die Reaktion der Haushalte, daß sie selbst dem Wohlfahrtsstaat keine eindeutige Legitimität zusprechen. Zudem waren fast alle Betroffenen alleinstehende Frauen mit Kindern, ein Potential, das politisch wehrlos ist und sich nicht so leicht mobilisieren läßt. Die unterschiedliche Reaktion auf die Kürzungen unter Reagan wirft aber auch ein Licht auf die 60er Jahre, als die wirtschaftlichen und fiskalischen Rahmenbedingungen im Prinzip günstiger waren (z. B. Arbeitslosigkeit 4%, ein viel größeres Angebot an Industriearbeitsplätzen in den Kernstädten), die politische Situation jedoch von Protest und Konfrontation bestimmt war. In den sechziger Jahren versuchte der Bund selbst

⁵⁶ John Stuart Hall, "Retrenchment in Phoenix, Arizona," in Peterson, ed., *Reagan and the Cities*, p. 207; Ähnlich argumentiert Nahtan, "Federalism," p. 29 f.

⁵⁷ John M. Greiner and George E. Peterson, "Do Budget Reductions Stimulate Public Sector Efficiency? Evidence from Proposition 2 1/2 in Massachusetts," in Peterson and Lewis, *Reagan and the Cities*, pp. 63–96.

⁵⁸ Sarah F. Liebschutz and Alan J. Taddiken, "The Effects of Reagan Administration Budget Cuts on Human Services in Rochester, New York," in Peterson, *Reagan and the Cities*, p. 153.

Recognition should be made of the near immutability of the technological, economic, social and demographic trends that herald the emergence of a postindustrial society and that are responsible for the transformation of our nation's settlements and life within them.⁶¹

Zudem sind die Problemlagen zu vielfältig und unterschiedlich, um eine kohärente nationale Stadtpolitik zu konzipieren und der Versuch würde zu endlosen und heftigen Konflikten führen:

There are no 'national urban problems,' only an endless variety of local ones.... Because a national urban policy is expected to be responsive to diverse cities, counties, metropolitan and non-metropolitan areas, states regions, and the people who live in all communities across the nation, it is hobbled from the start. No comprehensive national urban policy can be the tool to resolve all the conflicts among these entities. Ironically, a national urban policy is likely to generate as much conflict as it eliminates, simply because it is a political document that must be all things to all people and all places.⁶²

Aus der Unmöglichkeit und Unwirksamkeit einer gesamtgesellschaftlichen Politik leitete die Kommission sowie eine bedeutende Gruppe von Wissenschaftlern wie John D. Kasarda, Anthony Downs und Paul E. Peterson eine Abkehr von gebietskörperschaftsbezogenen Programmen (*aiding places*) zugunsten von personenbezogenen Programmen (*aiding people*) ab. Wenn der Dekonzentrationsprozeß, der zur Auflösung der Industriestadt geführt hat, nicht umkehrbar ist und notleidenden Gebieten nicht effektiv geholfen werden kann, so bietet es sich an, die Hilfe auf die Personen zu konzentrieren, die in den Problemgebieten isoliert sind, und ihnen durch nicht-ortsgebundene Hilfe zu größerer Mobilität zu verhelfen:

People-oriented national social policies that aim to aid people directly wherever they may live should be accorded priority over place-oriented national urban policies that attempt to aid people indirectly by aiding places directly.... A national social policy should be based on key cornerstones, including a guaranteed job program for those who can work and a guaranteed cash assistance plan for both the "working poor" and those who cannot work.⁶³

Die Vorschläge für alternative Politiken laufen deshalb auf Mobilitätshilfen, Trainings- und Ausbildungsprogramme sowie auf eine Nationalisierung der Wohlfahrtspolitik hinaus, um die regionalen Differenzen abzubauen, die zu einer Konzentration der Armut in den großen Städten geführt haben. Auch Übergangshilfen für niedergehende Stadtregionen sind vorgeschlagen, um ihnen die Anpassung an eine geschrumpfte ökonomische Basis zu erleichtern.⁶⁴ Auf regionaler Ebene wäre sicherlich die Überwindung der fiskalischen Fragmentierung und Ungleichheit zwischen Kernstadt und Umland durch *metropolitan tax-base sharing* eine notwendige Ergänzung.

Es dürfte klar geworden sein, daß die oben skizzierten Alternativen zu gebietskörperschaftsbezogenen städtischen Politiken eine aktive Rolle des Bundes erfordern, die die Reagan Administration nicht bereit war, auf sich zu nehmen. Dieser Sachverhalt wirft Licht auf die sicher nicht geringen sozialen Kosten der Reaganschen Politik gegenüber den Städten. Diese stammen nicht vorrangig aus den Kürzungen der Stadtförderungsprogramme, sondern aus den Kürzungen der allgemeinen personenbezogenen Sozialpolitik,

⁶¹ President's Commission, *Urban America*, p. 100.

⁶² President's Commission, *Urban America*, pp. 99, 6.

⁶³ President's Commission, *Urban America*, p. 102; cf. auch Falke, *Großstadtpolitik*, p. 63 f.

⁶⁴ Cf. Royce Hansen, "Urban Development in an Advanced Economy," in Gappert, *Winter Cities*, p. 258–64; John P. Blair and Tran Huu Dung, "Integrating urban and Industrial Employment Policies," in Gappert, *Winter Cities*, pp. 272–75; Kasarda, "Urban Change," p. 63–67; Paul E. Peterson, "Introduction: Technology," pp. 24–29; Anthony Downs, "The Future of Industrial Cities," in Peterson, *Urban Reality*, pp. 281–84.

durch die *Community Action* Programme die innerstädtische Armutsbevölkerung zu politisieren und organisieren. Auch waren die Klientel eine andere: Eine gegen Rassendiskriminierung aufbegehrende schwarze Mittelschicht, die artikulationsfähige Führer besaß. Diese Führer wurden jedoch durch verschiedene staatliche Programme integriert, die schwarze Mittelschicht erlebte sozialen Aufstieg und zog in die Vorstädte. Die innerstädtische Armutsbevölkerung ist heute weitgehend isoliert. Zudem hat sich seit den späten 70er Jahren ein grundlegender Wandel gegenüber Armut breit gemacht, was sich an dem Phänomen der starken Zunahme unehelicher Geburten in innerstädtischen Ghettos festmachen läßt. Armut in den städtischen Problemgebieten wird nicht mehr so sehr als Resultat ungünstiger äußerer Umstände, sondern subjektiver Verhaltenscharakteristika und -defizite verstanden. Als Ansatzpunkt zur Veränderung sozialer Mißstände werden heute vorrangig die Familienverhältnisse gesehen.⁵⁹ Diese Delegitimierung der Ansprüche, die sich aus Armut ableiten, hat sich in der öffentlichen Meinung niedergeschlagen. Sie ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Sozialprogramme der *Great Society* Ära mit Ausnahme der Gesundheitsprogramme und der Programme für Rentner nicht die gewünschten Erfolge gezeigt haben. Diese Delegitimierung im gesamtgesellschaftlichen Bewußtsein hat aber auch die Anspruchshaltung der Armutsbevölkerung selbst berührt. Unter diesen Umständen ist eine Revolte kaum denkbar, was die Durchsetzung der Reagan Kürzungen erheblich erleichterte.

Die Reagan Politik gegenüber den Städten war in ihrer Konzeption sicherlich radikal. Doch wenn man das gesamte Ensemble implementierter stadtbezogener Politiken betrachtet, also unter Einschluß der Beiträge des Kongresses, der Einzelstaaten und Kommunen, so wich diese Politik nicht so sehr vom Konsensus ab, der sich unter Wissenschaftlern wie z. B. auch der von Carter berufenen Commission for a *National Agenda for the Eighties* gebildet hat. Unter dem Eindruck, daß sich städtischer Niedergang gerade zur Zeit massiver Bundeshilfe verstärkt hat, liegt der Schluß nahe, daß die Dekonzentrations Tendenzen so fundamental sind, daß sie durch auf die Problemgebiete gerichtete (*targeted*) Politiken nicht aufgehalten werden können. Dies gilt gerade dann, wenn sie in einem politischen System durchgeführt werden, das aufgrund seiner fragmentierten, dezentralen Struktur dazu neigt, die Mittel zu streuen und jede Gebietskörperschaft (oder jeden Kongreßbezirk) mitzubedenken:

The funds available to allocate are so inadequate relative to the identified needs, and the underlying theories of local economic and community development and revitalization are so rudimentary, that even totally efficient targeting may have no substantial effect in slowing down the transformation of our nation's urban places.... Historically a general place orientation in federal urban policy has been the unavoidable consequence of the way political power is tied to and reflects political representation by Congressional district.... Federal policies that marry a place orientation with a formula allocative mechanism almost dictate that funds will be diluted to the disadvantage of the most distressed people and the most distressed places.⁶⁰

Aber selbst wenn lokal wirksamere Politiken möglich wären, dann sind die technologischen und ökonomischen Kräfte, die den Dekonzentrationsprozeß der Stadt ausgelöst haben, zu fundamental, als daß man ihn revidieren könne:

⁵⁹ Cf. Michael Novak et al., *The New Consensus on Family and Welfare* (Washington: American Enterprise Institute, 1987), pp. 13–16. Meinungsumfragen während der Reagan Ära haben gezeigt, daß eine große Zahl von Befragten eine aktive sozialpolitische Rolle des Staates befürwortet, die Befragten aber bei der Art der Unterstützung, die sie befürworten, sehr genaue Unterscheidungen treffen. Programme, die Arbeitsfähigkeit und Integration in Gesellschaft und Markt fördern, werden begrüßt, reine Einkommenstransfers an Arbeitsfähige abgelehnt. Cf. James L. Sundquist, "Has America Lost Its Social Conscience?" in *Political Science Quarterly*, Winter 1986, pp. 513–33.

⁶⁰ President's Commission, *Urban America*, pp. 71, 74, 76.

die nicht über die Städte abgewickelt wird, aber für städtische Bewohner große Bedeutung hat. Der Erfolg, den die Reagan Regierung mit der De-thematisierung der Stadt hatte ("taking the city off the agenda") erklärt und relativiert sich daraus zugleich. Die De-thematisierung der Krise der Stadt war möglich, weil die an die Krise der Stadt gebundenen Politiken nicht griffen und letztlich sekundären Charakter haben. Die soziale Krise konnte jedoch nicht in gleicher Weise aus dem Universum des politischen Diskurses entfernt werden und wird deshalb die amerikanische Bundespolitik weiter begleiten. Gleichwohl signalisiert die thematische Reduktion der Krise der Stadt das endgültige Ende der *Great Society* Programme mit ihrem Ansatzpunkt ortsgebundener Interventionsprogramme (*Community Action, Model City*) sowie das Ende des Einflusses ortsgebundener Gruppen mit redistributiven Forderungen auf die Bundespolitik. Dies muß kein Verlust sein, denn der Ansatzpunkt für die Überwindung der sozialen Krise der Städte muß nicht in Programmen für lokal-spezifische Klientele liegen.

Hervorzuheben bleibt noch, daß die Städte sowohl die Kürzungen wie die Rezession überstanden haben. Das ist ablesbar, daß es anders als in den 70er Jahren keine Nachrichten vom bevorstehenden Bankrott von Stadtverwaltungen wie im Falle New Yorks, Clevelands oder Newarks gab. Vielleicht ist aus dieser Tatsache der Optimismus zu erklären, den man heute in fast allen Städten findet: Wir sind noch mal davon gekommen.

V. Die kommunale Ebene: ethnischer Konflikt und soziale Probleme

Die Politik der Städte bestätigte den Ansatz der Administration. Die Städte suchten im großen und ganzen ihre eigene Kompetitivität und Wirtschaftskraft zu stärken. Wirtschaftsförderung, die nicht auf Bundeshilfe beruht, ist zum Kernstück städtischer Politik geworden. Die Städte kehrten sich nach innen und hörten auf, auf Bundeshilfe zu lauern. Der Rückgang der Bundeshilfe führte dazu, daß die Städte Strategien nicht mehr an der Verfügbarkeit von Bundeshilfe ausrichteten, sondern weitgehend dazu übergingen, Eigenkräfte zu mobilisieren und Projekte mit privatem Kapital durchzuführen. Die Städte haben sich immer mehr dem Ideal der "entrepreneurial city" angeglichen, indem sie sich immer mehr als Unternehmer verstanden, einen privatwirtschaftlichen Managementstil und unkonventionelle Ressourcen zu nutzen begannen. Eingehen von Risiko, Mitwirkung an Projekten mit dem Ziel der Gewinnerzielung und Reinvestition der Gewinne wird immer mehr die Regel. Besonders bei innovativen Formen der Kapitalbeschaffung spielen die Städte eine Rolle. Auf jeden Fall wird eine enge Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen angestrebt. Die Städte verstehen sich als Partner und Helfer privaten Kapitals. Sie übernehmen eine Führungsrolle bei der privatwirtschaftlichen Neubelebung der Städte. So scheint es fast als hätte die Reagan Administration mit ihrem Ansatz der Verlagerung jeglicher Verantwortung auf die lokale Ebene und der Betonung von *private-public partnerships* recht gehabt. Doch ist in amerikanischen Städten die Tradition des *boosterism* und des *privatism* so stark verankert, daß es dazu keines Anstoßes von Washington bedurft hätte. In den meisten Fällen bestanden in den Städten schon sehr enge Kooperationen zwischen Kommunalverwaltung und privatem Sektor.⁶⁵

⁶⁵ Cf. Duckworth and Simmons, *Stadt als Unternehmer*, pp. 19–29, 41–55, 72–94. G. Edward DeSeve, "Financing Urban Development: Joint Efforts of Governments and the Private Sector," in *Annals*, 488 (1986) 58–76. Robert E. Friedman, "Entrepreneurial Renewal in the Industrial City," in *Annals*, 488 (1986) 35–46.

Schwerpunkt ist in fast jeder Strategie die Erneuerung des Stadtkerns, insbesondere des zentralen Geschäftsbezirkes, der "city," deren Erneuerung der wesentliche Teil der Renaissance der Kernstädte in den 80er Jahren war. Voraussetzung dafür war in Städten wie Boston, Philadelphia, Pittsburgh und Baltimore das viel gescholtene *urban Renewal Program* der 50er und 60er Jahre und die gestiegene Nachfrage nach Büroflächen. In dem Erneuerungsansatz für den Stadtkern tritt immer mehr eine *amenity strategy* hervor, die die Lebensqualität und kulturelle Attraktionen betont. Die Innenstädte sollen als Erlebnisraum (*animation*) für die Beschäftigten wie für die *transaccional visitors* (Geschäftsleute, Konferenzbesucher, Touristen) interessant werden. *Cultural Planning* wird deshalb zum integralen Bestandteil der Innenstadterneuerung. Damit ist nicht "hohe Kultur" gemeint, sondern die Anlage von Zoos, Aquarien, Parks und Erholungsanlagen, die Forcierung von Denkmalschutz und die Erhaltung architektonisch wertvoller Gebäude. Qualitativ hoch stehender Architektur und der gefälligen Gestaltung des Stadtbildes wird immer mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Das Gleiche gilt für die Gestaltung natürlicher und szenischer Ressourcen wie Fluß- und Seeufer. Ästhetische Gestaltung, kulturelle Vielfalt, Kreativität, Lokalkolleur, Feste sollen das Stadtleben bestimmen. Konsum und Erlebnis sollen miteinander verbunden werden. Quincy Market, Fanueil Hall in Boston, der Inner Harbour in Baltimore, die Union Station in St. Louis, und die Trump Towers in New York sind Beispiele für derartige Ansätze.⁶⁶

Es erscheint ziemlich eindeutig, daß die Strategie der meisten Städte sich auf die wirtschaftliche Stärkung ihres wirtschaftlichen Kernbereiches und seine Attraktivitätssteigerung für die wirtschaftlich potenten und aktiven Innenstadtbewohner und Durchgangsbewohner wie Geschäftsleute und Touristen konzentriert. Sozialpolitisch blieben die Großstädte weitgehend inaktiv, d. h. sie ergriffen nur wenige Maßnahmen, um die Bundeskürzungen auszugleichen. Die Frage bleibt jedoch, ob die Städte eine andere Wahl hatten: Die innerstädtischen Geschäftsbezirke bringen in den meisten amerikanischen Großstädten 50–60% des Steueraufkommens auf, eine Steuerquelle, die die Städte angehalten waren zu erhalten, wollten sie nicht die grundlegende Dienstleistungsversorgung in Frage stellen. Zweitens gibt die kommunalpolitische Ebene schon wegen der interkommunalen Konkurrenz keine Basis für redistributive Politiken ab. Explizite Sozialpolitik ist (mit der Ausnahme vielleicht von New York) nie Sache der Städte gewesen, sondern immer die der übergeordneten Gebietskörperschaften, insbesondere der Bundesebene, da die Städte weder die fiskalische Basis besitzen noch sich gegen die Abwanderung von Firmen und Haushalten bei Durchführung massiver Transferprogramme an die Unterschichten wehren können. Die Steuersätze in den Kernstädten sind schon heute 20–30% höher als in den Umlandgemeinden.⁶⁷

Anders sieht die Situation jedoch bei distributiven Politiken aus, die an die normale Dienstleistungsversorgung gebunden sind (insbesondere Jobs). In diesem Bereich haben Minoritäten, aus denen sich die innerstädtischen Unterschichten hauptsächlich zusammensetzen, erhebliche Fortschritte gemacht. Diese sind auf die weitgehende politische Inkorporierung von Minoritäten, insbesondere von Schwarzen und Latinos in die Kommunalpolitik und -verwaltung zurückzuführen. Diese politische Integration läßt sich am besten ablesen an der stark gewachsenen Zahl von Minoritäten in Bürgermeister- und in anderen Wahlämtern: Die Zahl schwarzer Bürgermeister stieg von 48 im Jahre 1970 auf 253 1984.

⁶⁶ Cf. Robert H. McNulty, "Pollyanna, or Is the Glas Half Full?" in *Annals*, 488 (1986), 148–56. Ralph Widner, "Physical Renewal of the Industrial City," in *Annals*, 488 (1986), 47–57.
⁶⁷ Cf. President's Commission, *Urban America*, p. 24; Zur Unmöglichkeit redistributiver Politiken cf. Paul E. Peterson, *City Limits* (Chicago: University Press, 1981), pp. 41–46; pp. 133–83.

zen zu schaffen. In Miami, z. B. ist der Graben zwischen der kubanischen Mehrheit und der schwarzen Minderheit tief, besonders seit der Zufluß von armen Kubanern die Konkurrenz um Arbeitsplätze und die Rolle des Spanischen als Voraussetzung für Arbeitsaufnahme die Spannungen zwischen Latinos und Schwarzen angeheizt haben. In New York, wo Schwarze und Latinos 45% Prozent der Bevölkerung ausmachen, ist die fortgesetzte Dominanz weißer Politiker wie Bürgermeister Koch auch auf die ethnische Fragmentierung zwischen Schwarzen und Latinos zurückzuführen, die sich an den Wahlurnen nicht gegenseitig unterstützen.⁷¹ Dies steht im Gegensatz zu Chicago, wo sich die Latinos nach den Vorwahlen auf die Seite der Schwarzen schlugen. Erfolgreich sind Minoritäten, wenn sie Koalitionen mit anderen Minoritäten oder weißen liberalen Gruppen eingehen können. Gerade das letztere war nicht in New York gegeben, wo die fiskalische Krise die Stellung weißer liberaler Reformgruppen untergraben hat. In Städten, wo eine Koalition mit weißen liberalen reformorientierten Gruppen möglich war wie in Los Angeles, Denver und Philadelphia, bedurfte es nicht einmal einer Minoritäten-Mehrheit (siehe auch Tabelle 8). Insbesondere im Nordosten war dies nur möglich, wenn es der neuen Koalition gelang, sich gegen die alte Parteimaschine von ethnischen Arbeitern, Gewerkschaften und Juden der unteren Mittelschicht durchzusetzen wie in Chicago oder Philadelphia (im Gegensatz zu Boston und New York). Der Erfolg der neuen Minoritäten dominierten Koalitionen bedeutete das endgültige Aus für die alten Maschinen. Ob die neuen Koalitionen derartige stabile parteipolitische Konstellationen aufbauen können, muß offen bleiben.⁷² Freilich sind auch die Ressourcen für den Aufbau einer *machine* mit der fiskalischen Krise und den geringeren Bundeszuweisungen (insbesondere mit der Abschaffung des öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammes (CETA) kleiner geworden. Einfluß suchen auch die neuen asiatischen Einwanderergruppen. In New York und in Kalifornien sind diese Gruppen die am schnellsten wachsenden Minoritäten. Allerdings übersetzt sich ihre wachsende Zahl nur langsam in politischen Einfluß. In Los Angeles gewann 1985 zum erstenmal ein amerikanischer Asiate einen Sitz im Stadtrat, und auch für Latinos dort war erst 1985 das Ende einer langen Durststrecke der Unterrepräsentation. In der Zukunft muß jedoch im pazifischen Raum der USA mit einer starken Zunahme des politischen Einflusses von Asiaten und Latinos gerechnet werden. Fraglich ist, auf welcher Seite der politischen Lager sich dieser wachsende Einfluß niederschlagen wird.⁷³

Ethnizität und Rassenzugehörigkeit werden auch weiterhin die Tagesordnung des politischen Konflikts und die wahlpolitischen Konstellationen bestimmen. Der Vormarsch von Minoritäten und ihre Inkorporierung in die kommunalen Macht- und Entscheidungsstrukturen ist beeindruckend, wie Tabelle 9 noch einmal belegt.

Der politische Vormarsch der Minoritäten hat diesen nicht nur politischen Einfluß gegeben, sondern ihnen auch Zugang zu städtischen Ressourcen gebracht, insbesondere Arbeitsplätze und Aufträge. Die grundsätzlichen sozio-ökonomischen Machtverhältnisse sind dadurch nicht in Frage gestellt worden. Es dürfte aber auch klar geworden sein, daß massive sozialpolitische Interventionen zugunsten der städtischen Unterschichten nicht stattgefunden haben. Die Fortschritte bezogen sich auf die traditionellen Güter städti-

⁷¹ Cf. Christopher L. Warren, John F. Stack and John G. Corbett, "Minority Mobilisation in an International City: Rivalry and Conflict in Miami," in *PS*, 19 (1986), 626–34; John Mollenkopf, "New York: The Great Anomaly," in *PS*, 19 (1986), 591–97.

⁷² Carlos Munoz, Charles Henry, "Rainbow Coalitions in Four Big Cities: San Antonio, Denver, Chicago, Philadelphia," in *PS*, 19 (1986), 598–609; Toni-Michelle C. Travis, "Boston: The Unfinished Agenda," in *PS*, 19 (1986), 610–17; Mollenkopf, "New York," p. 593–95.

⁷³ Cf. Raphe Sonnenschein, "Bi-racial Politics in Los Angeles," in *PS*, 19 (1986), 582–90.

Während es 1960 überhaupt keine Minoritätenbürgermeister gab, gibt es heute in Städten mit über 50000 Einwohnern 27 schwarze (dazu zählen Cleveland, Gary, Newark, Atlanta, Los Angeles, Washington, Detroit, New Orleans, Philadelphia, Chicago und Baltimore) und drei hispanische Bürgermeister (Denver, San Antonio, Miami). Von den größten sechs Städten der USA haben nur Houston und New York keinen schwarzen Bürgermeister. Ebenso beeindruckend, aber nicht so entscheidend ist der Vormarsch von Minoritätsvertretern in den Stadträten gewesen.⁶⁸ Allein das Bürgermeisteramt sichert die Kontrolle über die wichtigsten Ressourcen (Patronage, jobs). Signalcharakter hatte sicherlich der Gewinn des Bürgermeisteramtes durch den im Herbst 1987 vorzeitig verstorbenen schwarzen Politiker Harold Washington 1983 und seine Wiederwahl 1987.

Die zunehmende politische Repräsentation ist vor allem auf die demographischen Verschiebungen in amerikanischen Großstädten zurückzuführen, und auf die wachsende Registrierung und Wahlbeteiligung von Minoritäten, der eigentliche Machtzuwachs vor allem auf das Eingehen von Koalitionen mit weißen liberalen Gruppen, um die konservativen Machtstrukturen herauszufordern und abzuwählen. Entscheidend war die Bildung von Koalitionen, nicht aber Protestverhalten, das problemgebunden und episodisch blieb.⁶⁹ Die entscheidende Frage ist, wie sich die Inkorporierung von Minoritäten in den städtischen Machtapparat auf die städtische Politik auswirkte. Die Entwicklungen in amerikanischen Großstädten in den letzten 20 Jahren legen nahe, daß die Resultate politischen Machtzuwachses substantiell und weitgehend waren:

1. Die Beschäftigung von Minoritäten in der Stadtverwaltung nahm erheblich zu.
2. Die Dienstleistungsversorgung richtete sich viel stärker an den Bedürfnissen von Minoritäten-Stadtteilen aus.
3. Minoritätenfirmen erhielten eine wesentlich größere Zahl von Aufträgen der Stadtverwaltung.
4. Eine immer größere Zahl von Minoritätenangehörigen wurde in städtische Aufsichtsgremien (z. B. der öffentlichen Versorgungsunternehmen) und Kommissionen berufen.
5. Kontrollbehörden für die Polizei wurden eingerichtet.
6. Es wurden auch eine große Zahl von kleineren Sozialprogrammen für Minoritäten eingerichtet.
7. Bezirkswahlsysteme wurden statt stadtweiter Wahlsysteme eingeführt.⁷⁰

In diesen Fortschritten zeigen sich die größten Auswirkungen der Great Society Programme der 60er Jahre, denn sie waren die Auslöser für die politische Mobilisierung von Minoritäten und eröffneten ihnen die ersten Zugangschancen zu den kommunalpolitischen Strukturen. Fortschritte sind gerade durch die konsequente Durchsetzung von Begünstigungsquoten bei Personaleinstellung und kommunaler Beschaffung (*affirmative action*) möglich geworden.

Die politische Inkorporierung von Minoritäten darf jedoch nicht den Blick auf das Fortwirken von rassischen und ethnischen Konflikten versperren, wie die schweren Auseinandersetzungen zwischen Weißen und Schwarzen nach der Wahl von Harold Washington zum Bürgermeister von Chicago zeigten. Konflikte ergeben sich jedoch nicht nur zwischen Schwarz und Weiß sondern auch zwischen schwarzen und hispanischen Gruppen oder deren Subgruppen (karribische gegen traditionelle Schwarze) wie in New York und Miami, wo es unmöglich war multi-ethnische Koalitionen zwischen Latinos und Schwar-

⁶⁸ Cf. zu den Zahlen: Rufus P. Browning, Dale Rogers Marshall, "Black and Hispanic Power in City Politics," in *PS*, 19 (1986), 573–75; W. John Moore, "From Dreamers to Doers," in *National Journal*, 13 February 1988, p. 373.

⁶⁹ Cf. Rufus Browning, Dale Rogers Marshall, David Tabb, *Protest is not Enough* (Berkeley: University of California, 1984).

⁷⁰ Rufus Browning, Dale Rogers Marshall, David Tabb, *Protest is not Enough: A Theory of Political Incorporation*, in *PS*, 19 (1986), 579.

scher Politik, d. h. vor allem auf Arbeitsplätze in der Stadtverwaltung und die Verteilung von Dienstleistungen. Die strukturelle Barriere für eine Expansion städtischer Sozialleistungen war zu fest. In diesem Sinne wiederholten die heutigen schwarzen und hispanischen Minoritäten die Erfahrung der europäischen ethnischen Einwanderungsgruppen, wobei allerdings heute die Verbindung zur Industriearbeiterschaft und den Gewerkschaften fehlt. Eine Hinwendung zu einer aktiveren Sozialpolitik wird sich auch in Zukunft kaum ergeben, da die neue Generation schwarzer Bürgermeister anders als ihre Vorgänger, die aus der Bürgerrechtsbewegung stammten, einen Manageransatz bevorzugen, sich thematisch auf Wirtschafts- und Finanzthemen konzentrieren, Probleme wie Armut und Wohlfahrt in den Hintergrund treten lassen und wahlpolitisch ein viel breiteres Wählerspektrum als die schwarzen Wähler anzusprechen suchen.⁷⁴

Tabelle 9: Schwarze und Latinos in der Kommunalpolitik von neun ausgewählten amerikanischen Großstädten

Stadt	Einwohnerzahl 1980	% Schwarz der Bevölkerung		Stadtrat		Ethnizität d. Bürgermeister.pa
		% Latino	% Schwarz	% Latino		
Atlanta	425 000	66,6	1,4	67	0	s
Boston	563 000	22,4	6,4	15	0	w
Chicago	3 005 000	39,8	14,0	32	8	s
Denver	492 000	12,0	18,8	15	23	l
L. Angeles	2 967 000	17,0	27,5	20	7	s
Miami	347 000	25,0	55,9	20	60	l
New York	7 072 000	25,2	19,9	20	9	w
Philadel.	1 688 000	37,8	3,8	29	6	s
San Anton.	786 000	7,3	53,7	9	29	l

Quelle: U. S. Bureau of the Census, *Statistical Abstract of the U. S.* (Washington: GPO, 1986), Tafel 19 und eigene Berechnungen.

Die sozialen Probleme der amerikanischen Großstädte bestehen fort wie die Existenz einer großen städtischen Unterschicht (*Urban Underclass*) und die zunehmende Obdachlosigkeit zeigt. Die soziale Situation der mehrheitlichen schwarzen städtischen Unterschicht hat sich seit den 60er Jahren stetig verschlechtert. Als Problem kristallisiert sich immer mehr die Familienstruktur in der schwarzen Unterschicht heraus. Während 1965 etwa 25% der schwarzen Familien einen weiblichen Haushaltsvorstand hatten, wuchs die Zahl bis 1978 auf 42%. 1959 hatten nur 30% aller armen schwarzen Familien eine Frau als Haushaltsvorstand, 1978 bereits 78%. Die Zahl dieser Familien (mit weiblichen Haushaltsvorständen unter 45 Jahren) verdoppelte sich zwischen 1970 und 1979. Parallel dazu verläuft der hohe Anteil unehelicher Geburten bei Schwarzen, der von 24% (1965) auf 53% (1978) wuchs. In den 80er Jahren liegt er bei 60%, in Großstädten wie Chicago oder St. Louis bei 70–75%. Als Scheidelinie sozialer Desintegration bei Schwarzen erweist sich immer mehr die Familienstruktur: Das Familieneinkommen bei weiblichen Haushaltsvorständen liegt bei 40% des Einkommens von schwarzen Familien mit beiden Elternteilen. In städtischen Problemgebieten sind etwa 67% der Unterschichtshaushalte von Sozialhilfe abhängig. Die aufsteigende schwarze Mittelklasse, die durch intakte Familienstrukturen gekennzeichnet ist, spaltet sich durch Suburbanisierung von der schwarzen Unterschicht ab, so

⁷⁴ Cf. Moore, "Dreamers," pp. 372–77.

daß die Unterschicht auch sozial und räumlich zunehmend isoliert ist.⁷⁵ Ein Zeichen zunehmender sozialer Desintegration sind auch die hohen Kriminalitätsraten in innerstädtischen Ghettos. In Chicago stieg die Zahl von Morden zwischen 1965 und 1979 von 195 auf 856. 80% der Täter und 70% der Opfer waren schwarz. Das Erwerbspersonenpotential unter jugendlichen Schwarzen und jungen schwarzen Erwachsenen ist ständig im Rückgang begriffen und frühzeitiger Abbruch des Schulbesuches wird immer mehr zur Regel.⁷⁶ Berufliche und schulische Fertigkeiten werden so kaum ausgebildet. Fatal ist die große Rolle von Jugendbanden im schwarzen Ghetto, die Jugendliche frühzeitig durch physischen Terror zwingen, Schule oder Arbeit aufzugeben und zu professionellen Kriminellen zu werden. Die Bedingungen für eine frühzeitige Sozialisation ins Elend sind eher noch akuter geworden. Wie der Teufelskreis zwischen Armut, Devianz und sozialer Pathologie durchbrochen werden kann, ist unklar, nachdem die massiven, wenn auch nicht ausreichenden Interventionen des Bundes seit den 60er Jahren nur einigen Gruppen (insbesondere der aufsteigenden schwarzen Mittelschicht) geholfen hat, dem Elend des Ghettos zu entfliehen. Ratlosigkeit beherrscht die Szene. Umfassende Arbeitsbeschaffungs- und Infrastrukturprogramme werden immer seltener gefordert, zumal sie im gegenwärtigen politischen Klima wenig Chancen hätten und aufgrund der Veränderung innerstädtischer Arbeitsmärkte nicht effektiv wären. Der neue, eher zu neo-konservativen Ansätzen tendierende Konsensus setzt auf die Modifizierung von Verhaltensdispositionen und Veränderung der Familienstruktur. Vor allem zeichnen sich Ansätze als konsensfähig ab, die Gewährung von sozialer Hilfe an gewisse Verpflichtungen des Empfängers zu binden. Ob jedoch die Werthaltungen, die die eher neo-konservativen Kritiker zu beeinflussen suchen, nicht von den konkreten Lebensumständen und Lebenschancen abhängen, lassen die Kritiker offen. Eine Rückkehr zu den eher permissiven Programmen, die von der Annahme ausgingen, daß die meisten Ghattobewohner vorrangig als Opfer anzusehen sind, scheint ausgeschlossen.⁷⁷

Zum Sinnbild des Elends in amerikanischen Städten in den 80er Jahren ist die Obdachlosigkeit geworden. Das Problem der Obdachlosigkeit steht einerseits im Zusammenhang mit der starken Zunahme von Unterschichtshaushalten, insbesondere Problemfamilien mit weiblichem Haushaltsvorstand, die auf den privaten Mietsektor angewiesen sind und andererseits der Abnahme an preiswerten Mietwohnungen. Die meisten älteren Städte haben im städtischen Verfallsprozeß Wohneinheiten verloren, ohne daß sie durch neue Wohneinheiten aus dem sozialen Wohnungsbau ersetzt worden wären. Der private Mietwohnungsmarkt ist zum Erliegen gekommen, weil immer mehr Vermieter nicht mehr bereit sind, im Unterschichtsmarkt zu vermieten und ihre Häuser stattdessen aufgeben. Ein Großteil der Obdachlosen ist verhaltensgestört, drogen- oder alkoholabhängig und hat auf dem privaten Mietwohnungsmarkt wenig Chancen. In New York ist die große Obdachlosigkeit auf "Deinstitutionalisierung" mit zurückzuführen, d.h. auf Entlassung von psychisch Kranken aus den Heil- und Pflegeanstalten, die von links-liberalen Bürgeranwälten als Akt der Befreiung betrieben und von den einzelstaatlichen Krankenhausverwaltungen als Einsparungsmaßnahme unterstützt worden waren, ohne daß an Ersatzunterbringung gedacht wurde: "There is no doubt about the cause and effect relationship between the 100,000 beds that

⁷⁵ Die Zahlen sind entnommen: William Julius Wilson, "The Urban Underclass," in Peterson, *Urban Reality*, pp. 138-41.

⁷⁶ Wilson, pp. 135, 152-56.

⁷⁷ Cf. Downs, "Future," 288 ff.; Novak, *New Consensus*, pp. 55-70; Lawrence M Mead, *Beyond Entitlement. The Social Obligation of Citizenship* (New York: Free Press, 1986), pp. 241-58. Zur Kritik, Wilson, "Urban Underclass," pp. 157 ff.

were emptied within New York's forty institutions in the last two decades and the people now living on the city's streets." Die "Deinstitutionalisierung" war das Resultat der "marriage between conservatives at the state level, who thought money would be saved in the long run by closing institutions, and liberals who hoped to improve services by closing state institutions." Von den 36000 Obdachlosen in New York schätzt man, daß 30-60% psychisch krank sind. Die Lösung des Problems wurde den Gemeinden überlassen.⁷⁸

Angesichts der sinkenden Mittel für den sozialen Wohnungsbau, der teilweise strengen Kriterien, die öffentliche Behörden bei der Mieterauswahl anlegen, bei den großen Problemen der öffentlichen Wohnanlagen (*public housing*) und der Delegitimierung dieser Programme ist eine Lösung nicht in Sicht. Da die "De-institutionalisierung" kaum rückgängig zu machen ist, sehen einige Autoren die einzige Lösung in Anreizen für private Vermieter, leerstehende Häuser zu übernehmen und zu vermieten und bestehenden Mietwohnraum weiter rentabel zu halten.⁷⁹

Das erschreckende Fazit der amerikanischen Stadtentwicklung ist, daß die Sozialstruktur amerikanischer Großstädte extrem polarisiert ist: eine konzentrierte Unterschicht steht einer dünnen Mittelschicht von *urban professionals* gegenüber. Stark auseinander klaffen auch die Arbeitsmärkte und die Anforderungen der neuen Arbeitsplätze und die Qualifikationsprofile. Ökonomische Imperative verhindern Umverteilungsstrategien, so daß räumliche Segregation im Ghetto und eine zunehmend von Minoritäten beherrschte Stadtverwaltung die politische Integration zwischen beiden Lagern gewährleisten muß.

In den vorangehenden Abschnitten ist vorrangig ökonomisch argumentiert worden, um Grundtendenzen des amerikanischen Stadtentwicklungsprozesses zu verdeutlichen. Auch die 80er Jahre haben gezeigt, daß amerikanische Städte viel unmittelbarer und mit weniger sozialen und politischen Schockdämpfern ausgestattet als europäische Städte auf fundamentale ökonomische Verschiebungen reagieren. Städte in den USA sind unmittelbar der grundlegenden ökonomischen Dynamik der Gesellschaft ausgesetzt, was schon Wilbur Thomson festgestellt hat:

We did not, for the most part, build great cities in this country; manufacturing firms agglomerated in tight industrial complexes and formed labor pools of half a million workers. That is not the same thing as building great cities. We sort of woke up one day and there was Cleveland. There was Detroit, with four and a half million people, the biggest factory town on earth. Our great industrial transformation has left us with a large number of overgrown 'cities'—a ramification we have not faced up to.⁸⁰

⁷⁸ Cf. Carolyn Teich Adams, "Homelessness in the Postindustrial City," in *Urban Affairs Quarterly*, 21 (1986), 527-49. W. Robert Curtis, "The De-institutionalisation Story," in *The Public Interest*, Fall 1986, p. 46.

⁷⁹ Cf. Teichman, "Homeless," pp. 546 f.

⁸⁰ Zitiert in President's Commission, *Urban America*, p. 11.

Hartmut Häußermann

Welche Stadt darf's denn sein?

- Bericht über die Ergebnisse eines Projekts zur Szenario-Technik in der Stadtentwicklungsplanung -

Seit den 70er Jahren sind die meisten Städte in der Bundesrepublik in eine neuartige Situation geraten: Einwohnerzahlen nahmen ab, die Zahl der Arbeitsplätze ebenso; die Einnahmen gingen gerade zu dem Zeitpunkt zurück, wo mehr Ausgaben für Investitionen und Sozialpolitik notwendig gewesen wären. Für die Stadtentwicklungsplanung war diese Erfahrung neu, denn seit Beginn der Industrialisierung hatte es nur eine Entwicklungslinie für die Großstädte gegeben: Wachstum. Nur mit kurzen Unterbrechungen waren die Einwohnerzahlen und die Arbeitsplätze stetig gewachsen. Daraus ergab sich eine immer gleichbleibende Aufgabe für die Stadtentwicklungsplanung: Flächen bereitzustellen für Gewerbe und Wohnungen sowie für den rasch wachsenden Verkehr zwischen den verschiedenen Funktionsbereichen des Stadtgebiets; öffentliche Investitionen zu lenken, immer mehr Straßen, Schulen usw. zu bauen - insgesamt also Platz zu schaffen für neue und zusätzliche Einwohner und Nutzungen im Stadtgebiet.

Daher entwickelte sich die Stadtplanung auch vor allem zu einer ingenieur-technischen Aufgabe. Der Trend war klar, die einzelnen Teilmaßnahmen konnten fast rechnerisch als Folgeprobleme eines allgemeinen Wachstumsprozesses abgeleitet werden. In den 60er Jahren gab es immer wieder Diskussionen darüber, ob dieser Prozeß nicht die Lebensqualität in den Städten ersticken werde, ob es nicht Möglichkeiten gebe, die Städte vor den negativen Folgen des Wachstums zu schützen. In einigen Städten wurde ernsthaft erwogen, das "Null-Wachstum" zum stadtpolitischen

Ziel zu erklären. Aber nirgendwo wurden derartige Überlegungen in praktische Politik umgesetzt.

Die Situation hat sich seitdem für viele Städte grundsätzlich verändert. Während Frankfurt, Stuttgart oder München immer noch mit Platzmangel und Investitionsdruck zu kämpfen haben, sind in vielen anderen Städten die zukünftigen Perspektiven ganz und gar unsicher geworden. Denn der Strukturwandel der bundesdeutschen Wirtschaft ist verbunden mit einer regionalökonomischen Verschiebung, in deren Verlauf solche Städte, die während der früheren Phasen der Industrialisierung sehr stark gewachsen oder sogar erst entstanden sind (wie einige Ruhrgebietsstädte), nun einem Prozeß des "negativen Wachstums" ausgesetzt sind, also schrumpfen: viele Arbeitsplätze in der materiellen Produktion gehen verloren, die Einwohnerzahlen nehmen ab, Gebäude stehen leer, Flächen liegen brach. Diese Entwicklung wird auch durch die gegenwärtige Einwanderungswelle aus östlichen Staaten nicht grundsätzlich verändert. Um die langfristigen demographischen Entwicklungen zu korrigieren, bedürfte es erheblich stärkerer Zuwanderung vor allem junger Menschen, denn ein paar Hunderttausend fallen nicht besonders in Gewicht.

Damit stellt sich der Stadtentwicklungsplanung eine gänzlich neue Aufgabe. Für vorhandene Gebäude und erschlossene Flächen müssen neue Nutzungen gesucht werden, für eine vorhandene Bevölkerung müssen neue Erwerbsmöglichkeiten gefunden werden. Zwar gab es schon früher Phasen der Stagnation oder ökonomische Krisen, aber diese waren immer nur vorübergehend. Heute muß in vielen Städten von einem Bruch in der Entwicklung ausgegangen werden, weil das "neue" ökonomische Wachstum an anderen Orten stattfindet und nicht mehr notwendigerweise auch zu mehr Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt führt - zumindest nicht mehr in den gewohnten Formen und Qualifikationen. Außerdem läßt sich aufgrund der Bevölkerungsentwicklung langfristig eine Abnahme der Zahl der deutschen Einwohner vorhersagen, die aller Voraus-

sicht nach dann auch nicht gleichmäßig über alle Städte verteilt sein werden. Entweder nimmt dann die Bevölkerungszahl noch stärker ab als schon in der Vergangenheit, oder es wird sich durch die Zuwanderung von Menschen aus anderen Nationen und Kulturen eine stark veränderte Zusammensetzung der Stadtbevölkerung ergeben.

Aus alledem ergibt sich, daß die Stadtentwicklungsplanung nicht einfach weitermachen kann wie gewohnt. Wenn sich die Stadtpolitik auf diese Perspektiven einstellen will, müssen neue Leitbilder der Stadtentwicklung entwickelt, andere Ziele verfolgt werden, um nicht vergeblich die Kräfte auf ein Entwicklungsmodell zu verschwenden, das aufgrund veränderter Rahmenbedingungen nicht wieder herstellbar ist.

Zusätzlich haben sich inzwischen die Vorstellungen von einem städtischen Leben zu wandeln begonnen. Die Notwendigkeit, den Prozeß der Naturzerstörung zu bremsen, zu dem auch die städtische Lebensweise beiträgt, wird inzwischen allgemein als eine Bedingung für das Überleben nachfolgender Generationen erkannt - und die Vorstellung, daß der einzige Sinn des Lebens in Geldverdienen und immer mehr Konsum bestehe, findet immer weniger Anhänger. Also sind auch veränderte Werthaltungen Anlaß, über die Gestaltung von Städten und damit über Bilder vom "richtigen" oder "guten" Leben nachzudenken.

Wie die Planer in den Städten auf diese neue Situation reagieren, wurde in einem Projekt über "Innovative Strategien der Stadtentwicklungsplanung" untersucht, das von der WE Stadt- und Sozialforschung der Universität Bremen und der "Arbeitsgruppe Stadtforschung" der Universität Oldenburg auf Veranlassung und mit Unterstützung des Senators für Bildung, Wissenschaft und Kunst sowie des Rektors der Universität Bremen durchgeführt wurde.

- politische Eingriffsmöglichkeiten auf den Stufen der Entfaltung von Zukunft
- Ausweitung des Horizonts denkbarer Zukünfte

Der entscheidende Unterschied zu den hergebrachten Methoden der Stadtentwicklungsplanung liegt also darin, die wahrscheinliche Entwicklung nicht mehr als gegeben hinzunehmen, sondern in einer Mischung aus Realanalyse, Phantasie und politischen Optionen alternative Bilder einer Zukunft auszudenken, die eine bewußte politische Entscheidung zulassen. Dabei soll besonders die Komplexität von Entscheidungen deutlich werden, die es schwerer macht, irgendein Ziel zu favorisieren, ohne die damit verbundenen Konsequenzen bewußt und willentlich in Kauf zu nehmen. Aber damit soll auch überlegt und begründet aufgezeigt werden, daß tatsächlich Alternativen zum traditionellen Entwicklungsmodell gedacht werden können, wenn man sich erst einmal von den gewohnten Denkmustern gelöst hat.

Szenarien sind also eine Art qualitativer Sozialprophetie, die die Bildhaftigkeit der Darstellung, die Komplexität und Interdependenz der Wirkungsketten, die Chancen politischer Steuerung und die Offenheit von Zukunft betont. Ausgemalt wird gerade das Neue, das was man noch nicht kennt, denn der Horizont des (politisch) Denkbaren soll ausgeweitet, der Sinn für die Komplexität der gesellschaftlichen Entwicklung geschärft werden. Die Szenario-Methode ist somit zugleich Prognosetechnik und politische Pädagogik.

Die Szenario-Technik gilt aber nicht allein als bessere sondern auch als notwendige Methode der Prognose. Prognosen auf der Basis von Trendverlängerungen unterstellen die Fortschreibbarkeit grundlegender gesellschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen. Da dies angesichts der ökonomischen, räumlichen und sozialen Strukturbrüche nicht mehr der Fall ist, müssen, so die

Tatsächlich ergab eine entsprechende Umfrage, daß in einigen Städten neuartige Methoden der Zukunftsplanung angewandt wurden. In vielen Städten wurde mit Alternativen zur technokratischen Wachstumsplanung experimentiert, in neun Städten waren "Szenarien" zur Zukunft der eigenen Stadt ausgearbeitet worden. Diese Szenarien wurden in dem Projekt ausgewertet, um den innovativen Gehalt dieser Zukunftsentwürfe auszuleuchten, und um festzustellen, welche Alternativen zur "wachsenden Stadt" dabei entworfen wurden.

Während die traditionelle Wachstumsplanung angesichts von außen auf die Stadt einwirkenden Entwicklungen praktisch alternativlos auf das Wachstumsmodell festgelegt zu sein schien, betonen diejenigen Planer und Wissenschaftler, die an der Ausarbeitung von Szenarien beteiligt waren, heute die Offenheit der Zukunft und damit die Chance und die Verpflichtung, politisch zu wählen und die wünschbarste Zukunft anzustreben. Und diese Situation ist auch die Begründung für die Planungsmethode, denn in der Szenariomethode werden nicht Strategien mit dem Rechenschieber aus Trends "abgeleitet". Vielmehr werden alternative Zukünfte entworfen, deren jeweilige Wünschbarkeit dann politisch diskutiert und entschieden werden kann. Die Szenario-Technik soll also Politik und Öffentlichkeit zumindest hypothetisch in die Lage versetzen, nach einer Antwort auf die Frage zu suchen: "Welche Stadt darf's denn sein?"

Szenarien sind eine durchaus seriöse Methode der Prognose. Im Unterschied zur Prognose qua Verlängerung von Trends in die Zukunft wird beim Schreiben von Szenarien stärker Wert gelegt auf:

- plastische, bildhafte Darstellung
- qualitative, nicht nur quantifizierbare Veränderungen
- Vielfalt und Wechselwirkungen der Entwicklungen

Begründungen der Stadtverwaltungen, auch andere Methoden gewählt werden.

Während früher die Stadtentwicklungspläne, ausgearbeitet auf der Basis komplizierter Prognosemodelle, als die einzig richtigen Wegweiser den städtischen Parlamenten und der Öffentlichkeit vorgestellt wurden, soll mit der Szenario-Methode genau das Gegenteil angestrebt werden: da alternative Zukünfte entworfen werden, soll gerade eine offene politische Diskussion ermöglicht werden, sollen sich die engagierten BürgerInnen innerhalb und außerhalb der Institutionen ihrer politischen Verantwortung bewußt werden. Planerische Technokratie soll also explizit durch Diskussion und politische Entscheidung ersetzt werden.

Angesichts dieser Ansprüche war das Ergebnis der Analyse ernüchternd: Die analysierten Szenarien genügen diesen Ansprüchen nur in Ausnahmen, d.h. sie enthalten normalerweise keine gleichrangigen bzw. gleichwertigen alternativen Zukünfte, sondern so, wie in der Stadtplanung häufig Alternativplanung gehandhabt worden ist, werden zwei falsche und eine richtige Alternative formuliert. Im Falle der Szenarien handelt es sich üblicherweise um verschiedene Schreckensvisionen sowie den einen gangbaren Pfad, der die Probleme der Stadt letztlich doch löst. Die Szenario-Methode, die doch als besonders offen und als Einladung zur Diskussion vorgestellt wird, mündet so in einem eigentümlichen Autoritarismus: Während früher die Stadtverwaltung (bzw. die Mehrheitsfraktion) sich hinter einen bestimmten Plan stellte und diesen als richtig und notwendig verteidigte, erscheinen jetzt Trends und Sachzwänge als die eigentlichen Akteure, die nur eine wünschenswerte Entwicklung übriglassen. Der Tunnel der Sachzwänge wird sogar noch enger als früher, wo immerhin auf der verteilungspolitischen und der organisationspolitischen Ebene Fragen der sozialen Gerechtigkeit

und der Demokratisierung diskutiert werden könnten. Jetzt bleiben sie weitgehend ausgeklammert.

Ein Umdenken auf der Ebene der Ziele städtischer Entwicklung findet in den analysierten Szenarien kaum statt - mit Ausnahmen, z.B. Solingen und Wuppertal, typischerweise zwei Städte, deren Situation so prekär geworden ist, daß Versuche, sich weiterhin am Wachstumsmodell zu orientieren, offenkundig in Widerspruch zur Realität geraten. Bei den übrigen werden die alten Perspektiven auf Wachstum und auf eine auf die Kernstadt orientierte Regionalstruktur nicht verlassen. Chancen des Schrumpfens für eine bessere Umwelt sowie eine bessere Versorgung mit Infrastruktur und Wohnungen ohne Verdrängungseffekte werden nicht diskutiert. Die Möglichkeiten polyzentral strukturierter Regionen erscheinen nur am Rande. Über eine andere städtische Lebensform, die nicht mehr durch die zeitliche Fragmentierung und räumliche Zonierung von Arbeiten, Wohnen und Verkehr charakterisiert wäre, wird kaum nachgedacht. Das Gedankengefängnis von Stadtentwicklung als durch Wachstum, Zentralisierung und funktionale Zonierung charakterisierter Prozeß wird nicht verlassen.

Soweit neue Entwicklungen wahrgenommen werden, werden sie in dieses Bezugssystem eingeordnet: Ökologische Maßnahmen dienen der Verbesserung des Wohn- und Freizeitwerts und damit der Attraktivitätssteigerung; Wertewandel ist eine Art deus ex machina, der die Folgen von Arbeitslosigkeit und Einkommensverlusten mildert; die Entdeckung der informellen Arbeit läßt den Abbau sozialer Infrastruktur als Gewinn erscheinen, da Kinder, Alte und Kranke in den informellen sozialen Netzen eh viel besser betreut werden als in bürokratisierten und professionalisierten Einrichtungen des Wohlfahrtsstaates.

Das Potential neuer Entwicklungen und Faktoren wie ökologische Krise, informelle Arbeit und Wertewandel werden durch ihre

rücksichtigung ökologischer Probleme wird auf diese Weise verdrängt und nicht erkannt. Die Szenarienverfasser, angetreten mit der These, daß alte Wege nicht mehr gangbar seien, Wertewandel, Ökologie und neue flexible Produktionsstrukturen dem Wachstum Grenzen gezogen hätten, enden auf glücklich wiedergefundenen Pfaden des Wachstums.

Die Szenarien sind also unrealistisch zum einen, weil sie Lösungen anbieten, die keine sind, zumindest weil sie deren Ambivalenzen und Einschränkungen kaum thematisieren; unrealistisch sind die Szenarien zum zweiten, wenn wie durch ein Wunder ein neues ökonomisches Wachstum auftritt, das doch nach den eigenen Prämissen nur auf Kosten anderer Städte gehen könnte. Der Ernst der Lage, so könnte man schließen, der in den Vorworten so blumig beschworen wird, wird rasch wieder verdrängt.

Unrealistisch sind die Lösungswege, die die Szenarien aufweisen, schließlich drittens, wenn sie die eigene Logik der als Lösung anvisierten Entwicklungen vernachlässigen: Daß z.B. sowohl ökologische Ziele wie die Stärkung der informellen Ökonomie konträr zur bisherigen Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und der Städte stehen, wird kaum diskutiert. Widersprüche und Probleme werden so glattgebügelt zugunsten einer unrealistischen Hoffnung, die über die gegenwärtigen Probleme hinwegtäuscht, aber keine Hoffnung für eine bessere Zukunft der Städte begründen kann.

Wie ist dieses Ergebnis zu erklären? Warum ist das Innovationsniveau bei einer Methode, deren Rechtfertigung gerade in dessen Steigerung liegen soll, so gering? Mangelnde Phantasie oder mangelnden Mut könne wir als Erklärungen ausschließen, denn die Wahl der Methode bezeugt ja von der Einsicht, daß "wildes Denken" in den gewohnten Planungsverfahren keinen Platz hat. Wenn es nicht vorhanden gewesen wäre, hätte also niemand auf die Idee kommen zu brauchen, gerade diese Prognose-Methode zu wählen.

Funktionalisierung im Rahmen der alten Ziele von Wachstum und Stärkung der oberzentralen Funktionen der Kernstädte entschärft, weder als Probleme noch als Chancen werden sie so wirklich ernstgenommen. Alle Lösungswege, die auf diese Weise vorgeschlagen werden, müssen als "Politik zweiter Wahl" erscheinen, weil Alternativlosigkeit ihre Grundlage ist. Immer schwingt das Bedauern mit, daß etwas anderes leider nicht möglich sei: Da die Industrie unausweichlich schrumpft, ihre Subventionierung also nur das Sterben hinauszögern wird, fördert man halt in Gottes Namen auch die Alternativbetriebe.

Die Anwendung der Szenario-Technik ist mit einem Bruch grundlegender Entwicklungslinien begründet worden. Dieser Bruch mache auch grundsätzlich neue politische Orientierungen und Handlungspfade möglich und unumgänglich. Aber entgegen diesen selbst gesetzten Ansprüchen kommt häufig doch das alte Stadtbild wieder heraus, also das Bild einer im traditionellen Sinne attraktiven und wachsenden, zumindest ökonomisch wachsenden Stadt - sei es, daß man neue oder auch nur neu entdeckte Phänomene wie informelle Arbeit und Alternativbetriebe für die alten Ziele in einer Art Saure-Trauben-Strategie funktionalisiert, sei es, daß man einen deus ex machina auftreten läßt, meist namens Wertewandel, der alles zum Guten wendet, sei es, daß Baron Münchhausen wieder aufersteht etwa als "Babyboomer" (= geburtenstarke Jahrgänge), der gerade deshalb, weil er so zahlreich ist und der normale Arbeitsmarkt für ihn nicht mehr funktionierte, massenhaft lauter - selbstverständlich erfolgreiche - Existenzen als "neue Selbständige" gründet. Die Pfade, die eine Lösung der Probleme der Städte versprechen, sind nicht utopisch, sondern vielmehr unrealistisch, weil letztlich doch immer das gelingt, was doch grundsätzlich problematisch geworden sein soll: die Sicherung des Wachstums, aber nun eben eines anderen Wachstums oder wenigstens mit anderen Mitteln. Der gesellschaftspolitisch brisante Gehalt von alternativen Ansätzen im Bereich der Ökonomie und des Wohnens sowie bei der Be-

Die Ursachen sind wohl eher in der strukturellen Situation der lokalen Politik zu suchen. Die Szenario-Methode wurde begründet mit der Notwendigkeit für ein Umdenken. Für ein solches Umdenken in der Stadtpolitik fehlen aber die Handlungsspielräume. Das Dilemma der Szenario-Methode liegt also darin, daß sie Handlungsspielräume unterstellt, die nicht existent sind. Die Grenzen der Praxisrelevanz der Szenarien sind die Grenzen des Handlungsspielraums kommunaler Politik. Wenn diese Grenzen eine andere als die wachstums- und zentralitätsorientierte Politik nicht zulassen, so müssen die Szenarien notwendig hinter den selbstgestellten Ansprüchen der Methode zurückfallen. Daher rührt die eigentümliche Ambivalenz, daß der Verlust von Entwicklungskonstanz und Zielkonsens als Ausgangspunkt benannt wird, am Schluß aber eben doch Wachstum wieder gelingt und die zentrale City als der Kristallisationspunkt von "Urbanität" neu im alten Glanz erstrahlt.

Die Zukunftsentwürfe, die in den Szenarien enthalten sind, zeichnen sich, so könnte man formulieren, durch einen unrealistischen Pragmatismus aus. Wenn die Ausgangsthese der Szenarien, daß die Städte an einem Bruch der bekannten Entwicklungslinien stehen, stimmt, wäre aber eher utopischer Realismus notwendig, um aufzuzeigen, was (auch jenseits der kommunalen Handlungsmöglichkeiten) nötig wäre, und um nicht wieder lediglich bei dem zu landen, was innerhalb des gegebenen Handlungsrahmens möglich ist. Denn daß die Probleme, mit denen es die Stadtverwaltungen zu tun haben, nicht mehr mit den Mitteln der lokalen Ebene zu lösen sind, zeichnet sich immer deutlicher ab. Die hier analysierten neuen Methoden der Stadtentwicklungsplanung sind ein weiterer Beleg dafür.

Dieser Beitrag fasst die Ergebnisse des Projektberichts zusammen, der als Heft 5 der Arbeitspapiere der WE Stadt- und Sozialforschung der Universität Bremen veröffentlicht worden ist; die Autoren sind: Anne Fellner, Norbert Gestring, Hartmut Häußermann, Walter Siebel. Exemplare können angefordert werden bei: H. Häußermann, Universität Bremen (FB 9), Postfach 330440, 2800 Bremen 33.

Abdruck aus:
Bauakademie der DDR
Institut für Städte-
bau und Architektur:
Städtebauprognose.
Berlin, Nov. 1989

Resümee in 6 Thesen

1. Ein höherer Stellenwert der territorialen und Stadtentwicklung innerhalb der Gesellschaftsstrategie ist historisch herangereift

1.1. Die Entwicklung der städtischen Lebensweise drängt unter dem Einfluß tiefgreifender sozialökonomischer Wandlungen und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf eine sozial-kulturelle Qualität der Stadtumwelt, die gewachsenen Bedürfnissen nach erlebnisreicher Stadtkultur und geistig anregender Stadtöffentlichkeit Rechnung trägt. Dem wirkt der Widerspruch zwischen Komfortwöhnen am Stadtrand und nur langsam vorankommender Innenstadterneuerung entgegen. Er ist Ausdruck einer Baupolitik, die aufgrund überbetonten Wohnungneubaus die Erfordernisse ganzheitlicher Stadtentwicklung vernachlässigt hat.

1.2. Neue Technologien stellen qualitativ gewandelte Anforderungen an die infrastrukturelle und ökologische Qualität der Stadtumwelt, denen die vorhandene städtische Infrastruktur aufgrund erreichter Kapazitätsgrenzen, hohem Verschleißgrad und niedrigem technischem Niveau immer weniger gerecht wird.

1.3. Im Systemwettbewerb wird Stadtentwicklung politisch und kulturell thematisiert in ihrem Einfluß auf Heimischföhlen und Identifikation der Bewohner mit ihrem Land und ihrer Stadt. Ökonomisch entscheidet das Niveau der Stadtentwicklung zunehmend über die Standortwahl der Wirtschaft in einem sich auch für die DDR weiter internationalisierenden Wettbewerb.

1.4. Da Stadtkultur und Stadtökonomie sich einander bedingen, kann intensive Stadtentwicklung als gesamtgesellschaftliche Effektivitätsreserve wirksam werden. Die Unterschätzung der kulturellen und ökonomischen Vorteile komplexer Stadtentwicklung in der Gesellschaftsstrategie der letzten Jahrzehnte führte zu teurer Ausweitung monofunktionaler Stadtfächen bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust innerstädtischer Bereiche für die Stadtöffentlichkeit.

1.5. Stadtentwicklung und Städtebau sind als Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklung zu konzipieren und nicht mehr länger mit untergeordneter Bedeutung als unumgängliche territoriale Dienstleistungen für zentral getroffene Entscheidungen zweiglicher Volkswirtschaftsplanung aufzufassen.

2. Komplexe und intensive Stadtentwicklung erfordert die Erweiterung traditioneller, räumlich orientierter städtebaulicher Planung zur komplexen, ganzheitlich orientierten Stadtplanung durch kompetente örtliche Volksvertretungen

2.1. Territoriales Pendant zunehmender Eigenverantwortung der Betriebe in stadtrelevanten Fragen ihrer Investitionspolitik muß der gravierende Ausbau der Verantwortung und Selbständigkeit der örtlichen Räte sein - einschließlich ihrer finanziellen und materiellen Realisierbarkeit. Das schließt neue gesetzliche Regelungen - z. B. zur Bildung von "Stadtentwicklungs-Fonds" bzw. zum Städtebaurecht ein. Zu diskutieren ist, in welcher Form eine zentrale

besonderen Interessen zu institutionalisieren wäre (Städte- bzw. Gemeindeg, staatliches Komitee, Ministerium).

2.2. Die ökonomische Interessiertheit der örtlichen Räte an effizienter Stadtentwicklung wird stimuliert, wenn sich für die Ökonomie der Stadt günstige stadtplanerische Entscheidungen für die jeweilige Stadt positiv auszahlen. Normativ vorgegebene Leitbilder der Stadtentwicklung und Strategien der Stadtreproduktion verlieren an Gewicht, während die Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten für effiziente Entscheidungen an Bedeutung gewinnt.

2.3. Auszuarbeiten sind ökonomische Instrumente, die den Interessenausgleich zwischen Bürgern, örtlichen Volksvertretungen und ortsansässiger Wirtschaft stimulieren. Dazu gehören u. a. preisliche Regelungen, die auf sparsamen Umgang mit Ressourcen und städtischen Dienstleistungen (Boden, Wasser, Energie, Umweltschutz, Verkehr ...) zielen. Unaufschiebbar ist die ökonomische Neugestaltung der in letzter Zeit immer uneffektiver gewordenen Wohnraumnutzung.

2.4. Mit größerem Gewicht ökonomischer Instrumente für die effektivere Aneignung der Stadtumwelt wächst gleichzeitig die Bedeutung der politischen Kultur im Planungs- und Entscheidungsprozeß. Transparenz der Entscheidungsfindung und Bürgermitwirkung sind Grundbedingung erneuerter Stadtplanung.

Demokratisierung und Ökonomisierung der Stadtplanung können so Triebkräfte kulturvoller und wirtschaftlicher Stadtentwicklung werden und wesentlich mehr als bisher die Eigeninitiativen der Bürger bei der Gestaltung ihrer Lebensumwelt zur Entfaltung bringen.

Bauen nicht nur für, sondern mit den Bürgern wird den Prozeß der Stadterneuerung beschleunigen.

3. Voraussetzung komplexer Stadtplanung ist ein neubestimmtes ökonomisches Verhältnis zwischen örtlichen Räten und ortsansässiger Wirtschaft

3.1. Schlüsselproblem ist die ökonomische Gestaltung eines neueren Niveaus der Einheit von Wirtschafts- und Stadtentwicklung über wesentlich erweiterte Fonds, deren Bildung neben zentraler Zuführung aus dem Staatshaushalt (Städtebauförderungsmittel) vor allem durch eine grundlegend erhöhte Gewinnabführung der ortsansässigen Betriebe an die örtlichen Räte erfolgt. Diese Fonds werden in der Entscheidungskompetenz der örtlichen Volksvertretungen für die Stadtentwicklung eingesetzt.

3.2. Neu zu bestimmen sind die politischen, ökonomischen und rechtlichen Verhältnisse zwischen zentraler und örtlicher sowie zwischen zweiglicher und territorialer Planung. Notwendig sind Instrumentarien, die der Einheit von gesamtvolkswirtschaftlicher Ökonomie und Ökonomie der einzelnen Stadt ebenso dienlich sind wie der Einheit von zentral vereinbarter und stadtkonkreter Sozialpolitik.

3.3. Indem die Bewirtschaftung der Bausubstanz und der Baugebietsflächen konsequenter als bisher auf eine ökonomische Grundlage gestellt werden, die dem Wert vorhandener Gebrauchswerte und natürlicher Ressourcen entspricht, entsteht ein ökonomisches Regulativ für die Erneuerung der Arbeitsstätten im Interesse intensiver Stadtentwicklung.

4. Die komplexe Erhaltung und Erneuerung vorhandener Baugebiete innerhalb der Städte ist eine neue Bauaufgabe auf lange Sicht

4.1. Wichtigstes städtebauliches Erfordernis ist die Durchsetzung umfassend intensiver Stadtentwicklung über eine komplexe generelle Planung der Stadt als Ganzes mit dem städtebaulichen Ziel rationaler Flächennutzung und forcierten innerstädtischen Bauens.

4.2. Umgestaltung und Erneuerung der hochgradig verschlissenen innerstädtischen technischen Infrastruktur ist zum Schlüsselproblem geworden, das über die hochbaulichen Möglichkeiten innerstädtischen Bauens entscheidet und die ökologische wie funktionelle Qualität der Stadtentwicklung wesentlich beeinflusst.

4.3. Die Erneuerung der Arbeitsstätten wird aus städtebaulicher Sicht auf innerstädtische Standorte bei weitgehender Bewahrung der Funktionsmischung von Arbeiten und anderen städtischen Funktionen orientiert. Randstädtische Industrielerweiterungen sind auf das unerläßliche Maß zu begrenzen.

4.4. Die Gestaltung der Stadtzentren ist aufgrund des Widerspruchs zwischen dem fortschreitenden Verfall stadtbildprägender Bauten und dem Bedeutungsgewinn öffentlicher Stadträume für die Ortsverbundenheit der Bewohner zur politisch wirksamsten städtebaulichen Aufgabe geworden.

4.5. Zunehmende Sensibilisierung der Bewohner für Fragen des Umweltschutzes und naturverbundene Freizeitbedürfnisse erfordern in Verbindung mit der angespannten Umweltsituation in vielen Städten eine ökologisch orientierte Planung der innerstädtischen Freiräume und der Beziehung der Stadt zu ihrem Umland.

4.6. Die weitere Erhöhung der Wohnkultur wird städtebaulich unterstützt durch komplexe Erhaltung und Erneuerung innerstädtischer Wohn- und Mischgebiete sowie durch Komplettierung randstädtischer Wohngebiete.

5. Ökonomischer und organisatorischer Neugestaltung bedarf das Verhältnis von Stadtentwicklung und Entwicklung des Bauwesens

5.1. Das derzeitige System bauökonomischer Instrumente läuft der Ökonomie der Stadt zuwider. Es fördert weitere extensive Entwicklungen mit der Konsequenz schwerer beherrschbarer einfacher Reproduktion des Vorhandenen und bedarf daher kurzfristiger Veränderung.

5.2. Die ökonomische Stimulierung der innerstädtischen Bauaufgaben - sowohl aus Sicht der Interessenlage der Städte als auch des Bauwesens - ist die größte Effektivitätsreserve intensiver Stadtentwicklung. Sie erfordert u. a. Veränderungen in der Preisbildung und der Leistungsbewertung. Der Gebrauchswertbestimmung vorhandener Substanz sowie stadtökonomischen Kriterien kommt erhöhter Stellenwert bei stadtplanerischen Entscheidungen zu.

5.3. Wesentlich zu erhöhen ist die Verfügbarkeit von Baukapazitäten in Regie der örtlichen Räte. Das setzt Veränderungen in der Organisation der Bauwirtschaft unter verstärkten territorialen Aspekten voraus.

5.4. Vorrangiges Neubau-Denken ist durch Überlegungen zu überwinden, wie die Bauleistungen für die Erhaltung und Modernisierung in großer Dimension zu steigern sind. Um die stetig größer gewordene Diskrepanz zwischen Erhaltungsbedarf und dafür zur Verfügung stehender Baukapazität abzubauen, ist

- erstens der Stellenwert des Bauwesens aus gesamtwirtschaftlicher Sicht zu stärken. Der Instandhaltungs- und Modernisierungsbereich bedarf ebenso wie die Baumaterialienindustrie eines deutlichen Investitionsschubs. Die Löhne der Bauarbeiter dürfen nicht länger anderen Wirtschaftszweigen hinterher hinken.
- zweitens ist vorhandene Neubaukapazität in großem Maßstab für Erhaltungsaufgaben umzuprofilieren.

6. Um wissenschaftliche Grundlagen für komplexe Stadtplanung zu erarbeiten, ist die traditionelle, räumlich orientierte Städtebauforschung zu komplexer Stadtentwicklungsforschung zu erweitern und institutionell neu zu organisieren

6.1. Die institutionelle Bindung komplexer Stadtentwicklungsforschung an die Bauakademie unter Regie des Bauministeriums entspricht nicht der Komplexität der Forschungsaufgaben.

6.2. Gesellschaftlich notwendig ist ein Institut für Stadtentwicklungsforschung als wissenschaftlicher Berater der Städte bzw. ihrer noch zu schaffenden zentralen Interessenvertretung. Damit entsprechen Profil und Zuordnung der Forschung der erforderlichen staatsrechtlichen Neueinordnung der Leitung und Planung des Städtebaus.

Universität Dortmund

Vorträge und Tagungen

Klaus Schmals:

Universität Hannover, Fachbereich Architektur, Umbau gesellschaftlicher Lebensräume - Gestaltungsspielräume von Architekten und Raumplanern - Das Beispiel IBA-Emscher-Park im Ruhrgebiet. Hannover, 17. Okt. 1989.

Klaus Schmals:

Universität Dortmund, Fachbereich Raumplanung, Grenzen und Möglichkeiten einer "Raumplanung von unten" in repräsentativen Demokratien, Dortmund, 19. Okt. 1989.

Klaus Schmals:

Universität Dortmund, Fachbereich Raumplanung (zus. mit der Technischen Hochschule Aachen), Flexibilisierung und Spaltung der Gesellschaft - Ausgrenzungs- und Bevorteilungsstrukturen sozialer Gruppen im Raum, Dortmund, 8.6.1989 (anlässlich der Veranstaltung Metropolenentwicklung in den 90er Jahren und ihre Auswirkungen auf die Planungen des Ruhrgebiets).

Klaus Schmals:

SPD-Fraktion des Münchner Stadtrates, Entdemokratisierung als Investitionsanreiz - Enterprise Zones als Exerzierfeld der Kapitalverwertung, München, 10.10.1989 (anlässlich der Fachtagung Westliche Metropolen im Umbruch - Gefahren und Chancen für München).

Klaus Schmals:

Schweizer Wissenschaftsrat, Die Sozial-, Kultur- und Umweltverträglichkeit technologischer Innovationen - Die Dialektik von betrieblicher und bürger-schaftlicher Gestaltungskraft auf der kommunalen Ebene, Zürich, 2.10.1989 (anlässlich der Tagung Innovationen von Unternehmen und ihr räumlich-kultureller Kontext).

Klaus Schmals:

Bayerische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie, Die Entsolidarisierung der Gesellschaft unter Konkurrenzdruck - Neue Reiche - Neue Arme - Das Beispiel München, München, 6.5.1989 (anlässlich der Jahressitzung der BayGSP, Bayern vorn - Konkurrenz in der bundesrepublikanischen Psychiatrie).

Klaus Schmals:

Universität Hannover, alternativer Architektenkongress, Architektur der Gesellschaft und die Zukunft gesellschaftlicher Entwicklungen, Hannover, 18.4.1989.

Sebastian Müller:

Wohin führt die Strategie der IBA-Emscherpark, 23.2.89 Essen, Heine Buchhandlung

Sebastian Müller:

Vorschläge für kleinteilige, verkehrsorientierte Maßnahmen im Städtebau für die IBA-Emscherpark, 28.4.89 Essen, Regionaltreffen SRL

Sebastian Müller:

Planerische Aspekte des Projektes Tripple-Five, 20.6.89 Oberhausen, Anhörung der Grünen, Landesverband NRW

Sebastian Müller:

La décentralisation en Matière d'Aménagement du Territoire en France et le rôle des Associations, Berlin 7. Okt. 1989, Deutsch-französische Planertagung des C.N.R.S/DAAD

Doris Reich:

Frauen-Leben in der Planung, Stadterneuerung aus der Sicht von Frauen. Institut für praxisorientierte Forschung und Bildung e.V., Saarbrücken

Doris Reich:

Verbaute Städte - weiblicher Blick auf Wohnen und Planen. Universität Siegen und Fachhochschule Aachen

Doris Reich:

Traumstadt - Stadttrauma. Stadtplanung gegen Fraueninteressen? Forum Frauenpolitik, Nürnberg

Doris Reich:

Kooperationsmöglichkeiten von Planerinnen und Frauenbeauftragten, Leitung der Arbeitsgruppe bei der 3. Planerinnentagung, Gesamthochschule Kassel

Einhard Schmidt-Kallert:

Planning Surveys in Rural Communities - Experiences from Ghana. Paper submitted to the SPRING Forum in dortmund, December 1988

Einhard Schmidt-Kallert:

Zwischen Sozialmontage und Subsistenz: Die Umsiedlerorte am Volta-See in Ghana. Vortrag im Geographischen Kolloquium der Universität Heidelberg am 21.12.1988

Einhard Schmidt-Kallert:

Das SPRING-Programm zur Ausbildung von Regionalplanern für die Dritte Welt. Ein Erfahrungsbericht. Vortrag im Geographischen Institut der Universität Heidelberg am 22.12.1988

Einhard Schmidt-Kallert:

Kritische Fragen an das GAP-Projekt in Südost-Anatolien. Kurzreferat auf der Internationalen Konferenz Menschenrechte in Kurdistan, Hochschule Bremen, 15.4.1989

Einhard Schmidt-Kallert:

Sozio-ökonomische Folgen eines Staudamm-Projektes - Eine Evaluierungsbilanz des Volta-River-Staudammes in Ghana nach 25 Jahren. Vortrag in der öffentlichen Ringvorlesung "Umwelt und soziale Fragen der Dritten Welt" des Instituts für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik der Ruhr-Universität Bochum am 9.5.1989

Informationen:

Der Berufsverband Deutscher Soziologen e.V. tagte vom 15. bis 17.11.1989 in Dortmund zum Oberthema "Bundesrepublik Deutschland 2001". Für die Sektion Stadt- und Regionalplanung gab es folgendes Programm:

BDS-Sektion: Stadt- und Regionalplanung

Auswirkungen demographischen Wandels auf die Stadtentwicklung

Moderation: Dr. Karl Peter Schön (Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn)

- 9.30 Demographische Veränderungen und Reurbanisierung. Zur aktuellen Debatte
- Prof. Dr. Karl Dieter Keim (Universität Bamberg)
- Auswirkungen demographischen Wandels auf die Stadtentwicklung
Dr. Karl Peter Schön (Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn)
- ca. Stadt - Marketing am Beispiel der Stadt Wuppertal
12.00 Prof. Dr. Herbert Grymer (Gesamthochschule - Universität Wuppertal)
- 12.00 Mitgliederversammlung der Sektion
- mit Aussprache über Arbeitsschwerpunkte und Workshopplanung,
13.00 Sprecherwahl

Das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) führt folgenden Workshop durch:

Workshop: Stadt - Kinder
19. - 20.03.1990
in Herne/Kulturzentrum

Das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Stadt Herne den Workshop "Stadt - Kinder" - Stadtentwicklungspolitische Aspekte veränderter Lebenslagen von Kindern. Ziele der Veranstaltung sind, veränderte Lebenslagen von Kindern zu erfassen und sich daraus ergebende Anforderungen an relevante Bereiche (Wohnen, Wohnumfeld/Verkehr, "Öffnung der Schule", Technik/Medien, Stadtökologie, öffentliche Infrastruktur und "Spielen in der Stadt") in Arbeitsgruppen zu diskutieren, einen Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis durchzuführen und Kinder aktiv u. a. im Rahmen des Arbeitskreises "Kinder gestalten ihre Stadt" in den Workshop einzubinden.

Um Anmeldung wird bis zum 01.03.1990 unter folgender Adresse gebeten:

Andreas Roters
Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW
Königswall 38 - 40
Postfach 10 17 64
4600 Dortmund 1
Tel.: (02 31) 18 12-1 05

Über die Arbeiten des Comité de recherche, Sociologie de la planification et de l'urbanisation, Société Suisse de Sociologie, Genf liegen folgende Informationen vor:

Über ein Seminar im Dezember 1989:

PLANIFICATION DU TERRITOIRE ET TEMPS DE VIE

Cahiers de l'IREC-EPFL
No Hors Série
Lausanne, Décembre 1989

Ce cahier contient les actes de la journée d'études organisée avec l'appui de la Société Suisse de Sociologie par le comité de recherche "Sociologie de la planification et de l'urbanisation", le 28 avril 1989, à l'Université de Zürich. Au sommaire:

TEMPS DU PLANIFICATEUR, TEMPS DU SOCIOLOGUE
Avant-propos par André Ducret

ANNÄHERUNGEN ZUM TAGUNGSTHEMA
Introduction par Willi Dietrich

**ZEITVERÄNDERUNGEN UND AUSWIRKUNGEN AUF DIE STADT -
ERGEBNISSE EINER EMPIRISCHEN UNTERSUCHUNG IN DER BRD**
par
Dietrich HENCKEL, Berlin

**ASPEKTE DER FREIZEIT -
FOLGERUNGEN FÜR DIE RAUM- UND STADTENTWICKLUNGSPLANUNG**
par
Mathilde SCHULTE-HALLER, Zürich

DAS RAUM-ZEIT GEFÜGE ALS EMPIRISCHER GEGENSTAND: EIN BEISPIEL
par
Willi DIETRICH, Zürich

**UNE PLANIFICATION DES TRANSPORTS
POUR LA VILLE OU CONTRE LA VILLE?**
par
Alain VIARO, Genève

Ein weiteres Seminar des Comité de recherche fand im Januar 1990 statt:

DÉVELOPPEMENT LOCAL ET IDENTITÉ. DU QUARTIER À LA MÉTROPOLE

(programme provisoire)

Fribourg, les 11 et 12 janvier 1990

Section des sciences sociales de la Commission nationale suisse
pour l'UNESCO

1. PROBLÉMATIQUE

Les transformations du phénomène urbain ne cessent de s'amplifier... Les métropoles deviennent toujours plus dominantes. La Suisse n'échappe pas plus que les autres pays européens à ces changements profonds. La vie urbaine en est profondément remodelée mais les composantes du phénomène urbain ne changent, ni toutes au même rythme, ni de manière parfaitement synchronique.

Lors de ce colloque, nous privilégierons trois aspects de ces changements sociaux et culturels.

1. Identité culturelle.

Les questions de l'identité et de l'action culturelle sont prises dans un sens aussi large que possible. Par identité nous entendons l'image ou les représentations qu'un acteur (individuel ou collectif) élabore dans ses relations avec d'autres acteurs. Emblème ou stigmate, l'identité constitue un élément fondamental de l'orientation de l'action sociale. Comment saisir une telle identité ? Quels outils conceptuels peut-on développer pour analyser ce concept?

2. Le développement local.

La question de savoir si le local est anéanti par la métropolisation se pose constamment depuis les années soixante. Pour beaucoup la réponse est négative. Le local - c'est-à-dire les communautés de petite taille relativement parlant - renaît et devient l'enjeu de luttes ardentes qui ne sont pas seulement réactionnaires. Les auteurs parlent alors souvent de "développement local", expression qui remplace celles de développement endogène ou autocentré, souvent ambiguës. Quel est le sens du développement local dans les métropoles qui émergent ? Quelle stratégie faut-il mettre en place pour générer un développement local?

3. La notion de quartier.

Le quartier est une de ces petites communautés dont on avait prédit la disparition en raison de la "délocalisation" des rapports sociaux. Or il n'en est rien; les quartiers sont toujours plus des points d'ancrage, selon des modalités multiples, de la vie socio-culturelle des métropoles. Ils sont les premiers concernés par le développement local. Quel est le sens de la notion de quartier ? Quelles dimensions faut-il prendre en compte: sociale, spatiale, culturelle, temporelle?

Ces trois thèmes, bien que traités en des sessions spécifiques, seront néanmoins considérés dans leurs interactions réciproques. Ainsi par exemple, nous nous intéresserons autant à l'identité des métropoles qu'à celles des quartiers ou au rôle-clé quelle peut jouer dans le développement local. Enfin nous nous efforcerons de saisir l'identité sous des angles aussi novateurs que possibles.

2. JUSTIFICATION ET ORGANISATION

D'une part, cette problématique est au coeur des préoccupations de l'UNESCO, tant en ce qui concerne ses programmes majeurs que sa Décennie pour le développement culturel. D'autre part, ces thèmes font l'objet en Suisse de programmes importants de recherche: ce colloque a pour but de permettre à des spécialistes de divers bords de se rencontrer, de stimuler la réflexion et les échanges. Chaque thème fera l'objet d'exposés introductifs de 20 à 30' chacun, au maximum. Le reste du temps sera réservé à la discussion. Il s'agit d'un colloque de 30-40 personnes.

Les communications seront distribuées à l'ouverture du colloque.
Organisation générale: Armin Imstepf, Com.nat. UNESCO
Organisation scientifique: Michel Bassand IREC - EPFL, Laurent Bridel, Institut de géographie - UNIL

3. ESQUISSE DE PROGRAMME

Jeudi matin 11 janvier 1990, de 10h à 12 heures

M.Bassand : Présentation et introduction du colloque

B. Morel, Marseille : Une métropole en émergence, Marseille

Jeudi après-midi, 11 janvier 1990, de 14h30 à 18h00

Thème : Processus identitaires dans les métropoles

Présidence : à définir

Exposés :

J.-F. Augoyard, Grenoble : Culture sonore et identité urbaine

A. Berque, Paris : La transition paysagère des métropoles du monde

G. Kreis : Was kann man aus der Stadtgeschichte lernen?

P. Amphoux, Lausanne : Mémoire collective et identité en milieu urbain

J.-P. Motte, Lyon : Les processus identitaires en métropole

DÉBATS de 16h à 18 heures

Vendredi matin, 12 janvier 1990, de 9h à 12h00

Thème : La problématique du développement local

M. Schuler, Lausanne: Introduction au thème du développement local

L. Bridel, Lausanne : Transports urbain et stratégie du développement local

G. Tönnies, Hanover : Handlungstrategie im Lokalen Bereich

G. Loinger, Paris : La complexité du développement local

Mme A.Laurent, Lille: Politique locale et développement local

DÉBAT de 11h à 12h00

Vendredi après-midi 12 janvier 1990, dès 14h00

Thème : la dynamique des quartiers

Présidence : à préciser

D. Joye : La problématique d'une recherche sur les quartiers en Suisse

P. Röllin, Rapperswill : Stadtraum und Identitäten. St-Gallen und Agglomération

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx : Le développement social des quartiers (à préciser)

Mme U. Rellstab: L'action culturelle dans les quartiers. Les résultats d'un colloque international (en allemand)*

DÉBAT ET CONCLUSION DU COLLOQUE (vers 17h00).

* Kulturelle Aktivitäten im Quartier. Resultate eines internationalen Seminars

Vorankündigung einer Konferenz:



CONFÉRENCE INTERNATIONALE DE RECHERCHE SUR LE LOGEMENT (CILOG) INTERNATIONAL HOUSING RESEARCH CONFERENCE (IHRC)

Organisée sous les auspices de l'Association Internationale de Sociologie (AIS) - Groupe de Travail "Habitat et Environnement Construit",

Organized under the auspices of the ISA Working Group "Housing and the Built Environment",

par le Ministère de l'Équipement, du Logement, des Transports et de la Mer (Plan Construction et Architecture, Plan Urbain, Délégation à la Recherche et à l'Innovation),

by the Ministère de l'Équipement, du Logement, des Transports et de la Mer (Plan Construction et Architecture, Plan Urbain, Délégation à la Recherche et à l'Innovation),

avec le concours du CNRS, de l'ORSTOM, de l'ANAH, du STU, du Réseau Européen pour la Recherche sur le Logement, du "Journal of Architectural and Planning Research", de l'American Association of Housing Educators, de "Women and Environments", des revues "Urbanismes" et "Futuribles".

with the support of the CNRS, the ORSTOM, the ANAH, the STU, the European Network for Housing Resarch (ENHR), the "Journal of Architectural and Planning Research", the American Association of Housing Educators, Women and Environments and of the journals "Urbanismes" and "Futuribles".

HOUSING & PUBLIC POLICIES

Housing policies are determined by a wide variety of constraints and contradictions, ranging from international monetary regulations to specific local conditions, via sometimes powerful national constraints and overall development policies. An understanding of the relationship between the state on the one hand, and the upper and lower tiers of local government on the other, is nonetheless essential for the analysis of the economic and social challenges each has to deal with.

What objectives do such policies target ? In which areas ? With which tools ? Which partners ? What margin of effectiveness do local authority housing policies dispose of ? What changes and elements of continuity can be underlined ?

Various types of public policy and other objectives • Methods of analyzing local markets • Uses and effects of local housing monitoring bureaus • Widespread effects of public support for housing • Contradictions between housing policies and housing markets • Greater urban areas and commuter belts • Political challenges and housing policies • Forms of resident intervention with regard to housing policies • Local image-building, housing supply and inter-town competition • Housing and decaying areas • Housing and local development • Major projects and housing • Urban regulation and housing valorization • Changing government role • Dealing with supply and demand • Intervention of local authorities on housing markets • Mixed economy and housing • Cost of local policies • Decentralization or recentralization processes,



Chair

Wilhelm Van Vliet (USA)

Jean Rémy (Belgium)

HOUSING TENURE

The explicit encouragement shown towards home ownership counts as a major economic denominator of recent public policies, irrespective of differences of definition of preferred or acceptable levels of effort; ideological or political challenges. This relative priority link has not been systematically accompanied by the drive for an efficient and equitable organization of the relationship between landlords and tenants or by a consideration of intermediary tenures.

What are the social and economic determinants of changes in housing tenure on long or mid-period? What specific effects does such tenure have on residential practices and urban developments? Do certain characteristics of housing tenure favour or hinder the demands of market flexibility and professional/family mobility?

Social structures, public policies and long-range history of tenures • Continuity and change in attitudes towards different forms of housing tenure • Relationship between housing tenure and modes of financing, levels of consumption, tenure and modes of financing, and contact between generations • Housing and personal assets • Ideologies and mentalities with regard to home tenure • Spatial Ejecta of home ownership • Buying-selling/inheriting strategies • Evolution of the status of the tenant • Rent control • Home-buyers unable to fulfil mortgage obligations • Alternative modes of tenure • Lifestyles and choice of residential localization.

CHANGES IN LIFESTYLE & HOUSING

Social groups undergo change, lifestyles evolve; there is a need to modify attitudes to planning, designing and fitting out new homes. New, varied, and often contradictory factors reveal different social functions for housing and the objectives and techniques connected to it.

How do inhabitants adapt their homes to their way of life... and vice versa? How should changes in lifestyle and demographic structure be taken into account when designing new housing and rehabilitation programmes? What technological innovations modify housing-space and ways of living? And with what forms of interaction? What links are developing between new lifestyles and the areas in which we live and work?

History of the relationships between lifestyles, techniques and housing • Composition of the family group, life cycles, cohabitation and decolonization, specific social groups • Modification and the social timetable (work, leisure, transport) and the new housing activities • Housing-as-Service and reorganization of public amenities (health, leisure, communications, supplies, administration) • New consumer habits • Evolution of social norms of comfort • Dynamics of the exchange between the domestic sphere and the availability of outside services • Types of problem in developing countries.

RESIDENTIAL MOBILITY & URBAN CHANGES

Residential mobility - dependent on changes in family life and levels of income - can be appreciated in the context of professional mobility, spatial representation or possible social stratifications, whether observation is based on a dwelling's history, on the residential trajectory of certain families, or on the occupation of certain districts.

What relationships exist between residential mobility and the various forms of segregation, exclusion or insertion/integration? How are these phenomena expressed in terms of valorization and devolution of space and housing? To what extent may public policies affect factors of residential mobility and criteria of residential localization?

Methods of assessing and analyzing residential mobility • Residential localization criteria: historical and longitudinal approaches • Housing and management of personal assets • Household strategies and organization of urban sites • Role of networks and "pivotals" • Housing markets and labour markets • Role of school facilities in residential localization • Individual strategies with regard to the social constraints



Chair

Michael Harloe
(UK)

Christian Topolov
(France)



Chair

Thomas Nill
(USSR)

Hervé Le Bras
(France)



Chair

Mike Murphy
(UK)

Marcel Roncayolo
(France)

TUESDAY, 3RD JULY 1990

8.30 - 10.00 individual reception and registration
10.00 - 11.00 opening session:
11.00 - 11.30 coffee break
11.30 - 13.00 main workshops (ranged from A to H) - first session
13.00 - 14.30 lunch
14.30 - 16.00 plenary session - panel discussion: "illegality/irregularity, irregularity in housing" (Chair: Mohammed Naciri, Morocco)
16.00 - 16.30 break
16.30 - 18.00 specialized workshops (first or single session)
18.00 - 19.00 reception offered on site (La Villeite - Cité des Sciences et de l'Industrie)

WEDNESDAY, 4TH JULY 1990

9.00 - 10.30 main workshops - second session
10.30 - 11.00 coffee break
11.00 - 12.30 main workshops - third session
12.30 - 14.00 lunch
14.00 - 15.30 plenary session - panel discussion: "diversified needs, special-purpose housing?" (Chair: Henri Coing, France)
15.30 - 16.00 break
16.00 - 17.30 specialized workshops (single or second session)

THURSDAY, 5TH JULY 1990

9.00 - 10.30 main workshops - fourth session
10.30 - 11.00 coffee break
11.00 - 12.30 main workshops - fifth session
12.30 - 14.00 lunch
14.00 - 15.30 plenary session - panel discussion: "foreshadowing in the field of housing" (Chair: John Rolofs Esteve, Spain)
16.00 - 19.30 technical visits in Paris area (new construction, renewal)

FRIDAY, 6TH JULY 1990

9.00 - 10.30 poster and oral presentations (scientific organizations)
10.30 - 11.00 coffee break
11.00 - 12.30 plenary session - synthesis: "salient points of the debates"
13.00 - 14.30 plenary session - round table researchers - operators
14.30 - 17.30 exchanges and partnerships
17.30 closing session - address of the Minister
18.00 cocktail reception

MARDI 3 JUILLET 1990

8h30 - 10h00 accueil des participants
10h00 - 11h00 séance d'ouverture:
communications de François Ascher, Hugo Priemus, Marc Chabo
11h00 - 11h30 pause-café
11h30 - 13h00 ateliers principaux (A,B,...H) - 1^{re} réunion
13h00 - 14h30 repas
14h30 - 16h00 séance plénière, table ronde:
"illégalité, irrégularité, informelle dans l'habitat" (sous la présidence de Mohammed Naciri, Maroc)
16h00 - 16h30 pause
16h30 - 18h00 ateliers spécialisés - 1^{re} séance de travail
18h00 - 19h00 cocktail à la Cité des Sciences et de l'Industrie (La Villeite)

MERCREDI 4 JUILLET 1990

9h00 - 10h30 ateliers principaux - 2^{de} réunion
10h30 - 11h00 pause
11h00 - 12h30 ateliers principaux - 3^{de} réunion
12h30 - 14h00 repas
14h00 - 15h30 table ronde: "Diversification des besoins, spécialisation des logements?" (sous la présidence de Henri Coing, France)
15h30 - 16h00 pause
16h00 - 17h30 ateliers spécialisés - 2^{de} ou unique réunion

JEUDI 5 JUILLET 1990

9h00 - 10h30 ateliers principaux - 4^{de} réunion
10h30 - 11h00 pause
11h00 - 12h30 ateliers principaux - 5^{de} réunion
12h30 - 14h00 repas
14h00 - 15h30 table ronde: "Prospectives de l'habitat" (sous la présidence de John Rolofs Esteve, Espagne)
16h00 - 19h30 visites de quartiers et d'opérations de construction et de réhabilitation en Région Parisienne

VENDREDI 6 JUILLET 1990

rencontre chercheurs - praticiens - décideurs
9h00 - 10h30 ateliers libres et réunion des organisations scientifiques
10h30 - 11h00 pause
11h00 - 12h30 séance plénière de synthèse "les principaux regards débats"
13h00 - 14h30 repas
14h30 - 17h00 table ronde chercheurs - décideurs autour du thème "enjeux, action et décision: les modalités des échanges entre les différents protagonistes"
17h30 clôture de la Conférence. Intervention du Ministre
18h00 Cocktail

HOUSING PRODUCTION : SYSTEMS & ACTORS

The 1980s correspond to more marked - but also more unpredictable - selectivity in the distribution of public grants, linked to a diversification in, and an extension of recourse to the private sector. Important differences nonetheless remain between industrialized societies, developing countries and planned East European economies

What developments have occurred in the construction industry ? What are the new modes of partnership between the public and private sectors, integrating specific criteria of future exploitation and investment ? What phenomena of internationalization are we witnessing ?

Functions and actors of the systems of building design, production and management • Evolution of resources and public housing grants • Changes in the nature and form of public authority involvement • Fields of intervention of private developers • Forms of production adapted to particular contexts in developing countries • Segmentation of real estate and property markets • Real estate and property as a system of conservation and value transfer • Economy of the construction network • Systems of financing construction, and their evolution • Role of developer and supply of real estate in housing production • Organization, strategies and national and international positioning of major construction concerns • Changes of responsibility in housing development • Technical culture of the actors concerned • Strategies of housing developers, brokers and legal intermediaries .

METROPOLITAN AREAS : DIVIDED & POLARIZED CITIES

Planning a city's future calls for analyses and objectives that take into account the problems of segregation and social exclusion. Both in intention and in fact, there exist the alternatives of urban sprawl or on-site recomposition. Attention is also directed to the risks of decomposition by social group or entire urban area.

What spatial specifics can be highlighted in major agglomerations ? What are the permanent and novel aspects of these spatial specifics ? To what extent do cities, as such, enable or hinder, different types of social insertion ? What forms of housing are conceived for specific population categories ?

Segregation and housing differentiation with regard to age groups, socio-professional categories and ethnic minorities • Dispersion or regroupment of specific groups, fringe elements and excluded people • Homogenization of micro-territories and administration of urban amenities • Identification and localization of excluded groups • Housing and very low income brackets • Self-made construction, housing with reduced facilities, temporary housing, shanty-towns and favelas • Housing and social movements • Housing, immigration and immigrants • Urban sprawl and urban policies • Relationship between inner-cities and the suburbs • Suburban life • Economic and social consequences of outer-city expansion • Peripherization in developing countries • Regulating role of outlying city districts • Housing and revitalization of old districts.

HOUSING, URBAN SPACES, SAFETY/INSECURITY

The problems and representation of security vary from period to period. Today these issues - the expression of diverse social phenomena - are very present in both an urban and geographic context, and concern housing and public spaces as well as functions and various networks.

What events, situations or places enable us to realize the existence of urban insecurity ? What links can be established between housing, urban areas, neighbourhood awareness, forms of sociability, identity and security ? How do the risks of urban life - and how to deal with them - evolve ?

Conception, exploitation and management of urban spaces linked to housing • Modes of opening up or enclosing residential areas • Telecontrol and TV monitoring • Origins of a district's reputation • Social implications of acts engendering insecurity • Security and feelings of insecurity • Study of the conditions that create a climate of insecurity among people, places or situations • New technologies and the management of risks and feelings of insecurity • Role of space in the awareness of feelings of insecurity or security • Assessment of security criteria in the design of housing and its environment.



Chair

Pat Hillebrandt
(UK)

Jorge Hardoy
(Argentina)



Chair

John O'Loughlin
(USA)

Jürgen Friedrichs
(GFR)



Chair

Karen Franck
(USA)

Philippe Robert
(France)

REHABILITATION, NEW CONSTRUCTIONS AND URBAN RESTRUCTURING

In the middle of the 1970s, new housing construction underwent a substantial decline in most industrialized countries and the average size of building programmes dwindled considerably. The rehabilitation of existing housing has, on the other hand, enjoyed a sustained boom under the influence both of public policies and private initiatives, with this renewal sometimes affecting both the built environment and urban life. Of late, new construction has enjoyed a regain in activity.

What is the socio-economic impact of the choice between either construction or renovation programmes ? How can balance between maintenance, improvement and rehabilitation be achieved, and with what social repercussions ? What contribution can be expected from architecture and architects ? What role can inhabitants play ?

Financial and administrative criteria in rehabilitation choices • Fungibility of new forms of public aid • Deregulation of the real estate market • Supply of old housing • Development of old districts • Nature and consequences of reassignment and changes of function • Effects of housing-market shortage and saturation • Means of valorization/devalorization • Recomposition of urban areas • Urban forms and social practices • dealing with change linked to spatial transformation • Local impact of renewal programmes • Different types of living-space architecture • Degree of design freedom set against the demands of developers and companies.



Chair

Leslie Kilmartin
(Australia)

Marc Choko
(Canada)

Ansprechpartner:

CILOG - Fondation des Villes SN

28 bis, bd de Sébastopol, F - 75004 Paris, France

Télécopie / Fax : 33 - 1 - 42 74 52 62

III. Forschungsprojekte

Josef Eckert und Mechtilde Kißler

Etikettierungsprozesse und Figurationswandel der Kölner Südstadt von 1926-1986.

Zur Herausbildung eines heterogenen Lebensraumes und subkultureller Koexistenz unterschiedlicher Lebensweisen in einem innerstädtischen Wohngebiet.

Fragestellung

Gegenstand der Untersuchung ist die Entwicklung des Viertels "Südstadt" in der Innenstadt von Köln - welches in seinem Kern das Sanierungsgebiet Severinsviertel umfaßt - seit den zwanziger Jahren bis in die Gegenwart als Beispielfall für den Wandel städtischer Lebensweisen und die Herausbildung einer spezifischen ethnischen und subkulturellen Heterogenität. Wir zeichnen die allmähliche Herausbildung einer heute erkennbaren räumlichen Einheit nach und untersuchen überdauernde Binnendifferenzierungen dieses Gebietes als Grundlage eines sich gegenwärtig abzeichnenden heterogenen sozialen Raumes, der durch komplexe Verflechtungen von traditioneller Bewohnerschaft und deutschen alternativen sowie ausländischen Einwanderern, vorwiegend Türken und Italienern, gekennzeichnet ist.

Die Analyse stützt sich in einer eher sozialökologischen Perspektive vorwiegend auf quantitative Daten, vor allem auf Archivmaterialien, Statistiken und sonstige Dokumenten. Dazu tritt, ganz überwiegend mit qualitativen Daten, eine lebensweltliche Betrachtung, indem in einer ethnographischen Feldforschung die konkreten Verflechtungen im sozialen Raum der Südstadt und die existierenden Sichtweisen des Viertels bei den Bewohnergruppierungen ermittelt werden.

Leitend bei der Untersuchung der sozialen Verflechtungen im Viertel Südstadt sind die Annahme einer **Figuration** im Sinne eines vom Umfeld abgegrenzten Verflechtungszusammenhangs aller Bewohnergruppierungen sowie die von **Subfigurationen**, in denen die traditionellen, alternativen, türkischen und italienischen Bewohner jeweils intensiver als in der Figuration verflochten sind. Es werden die Verflechtungen, sowohl Abgrenzungen als auch positiv bewertete Beziehungen, innerhalb der jeweiligen "Wir"-Gruppe und die Verflechtungen mit den verschiedenen "Sie"-Gruppen betrachtet.

Zentral für unsere Vorgehen ist, daß - im Sinne der Elias'schen Figurationssoziologie - die erst zu ermittelnden tatsächlichen sozialen Verflechtungen primäre Grundlage für die Bestimmung von möglichen Grenzlinien und Berührungspunkten innerhalb der Bewohnerschaft des Viertels sind, welche am Ende der Untersuchung steht. Wir vermeiden insbesondere die vordergründig naheliegende Unterscheidung zwischen "den Deutschen" einerseits und "den Ausländern" andererseits, um mögliche intra- und interethnische Abgrenzungen und Beziehungen zu erfassen.

Ergebnisse

- Ab der Nachkriegszeit zeichnet sich deutlich eine spezifische Entwicklung desjenigen sozialen Raumes ab, der durch die im Zuge massiver städtebaulicher Veränderungen in diesem Zeitraum errichteten "natürlichen Grenzen" markiert wird. Es entstand so eine großräumige, vom Umfeld klar abgegrenzte, "natural area" Südstadt.

- Bezüglich der Binnendifferenzierung der Südstadt zeigt sich eine hohe sozial-strukturelle Kontinuität in Subgebieten von 1925 bis 1973. Sie fand ihre Fortsetzung in der vornehmlichen Einwanderung von Ausländern in alte Arbeitergebiete bzw. das Sanierungsgebiet und - im Verlauf eines "Revitalisierungs"prozesses - von deutschen Alternativen in ehemalige bürgerliche Gebiete im Umfeld des Sanierungsgebietes in der Folgezeit.

- Die vermuteten subkulturellen Differenzen innerhalb der deutschen Bewohnerschaft des Viertels bestätigen sich. Allerdings zeigen sich Überschneidungen zwischen bürgerlichen oder gebildeten Traditionellen und Alternativen. Letztere erscheinen als Spielart der ersteren. Klare ethnische Grenzen verlaufen nur zwischen Deutschen und Türken, während Italiener teilweise mit alternativen oder traditionellen kölschen Bewohnern verflochten sind. Aber lediglich im letztgenannten Fall kann, wegen der nur dort bewußt aufrecht erhaltenen ethnischen Differenz, von Ansätzen einer gemischten kölsch-italienischen Subfiguration gesprochen werden. Insgesamt erweist sich die Verflechtung in die bestehende, abgegrenzte Figuration als deutlich schwächer als diejenige in die jeweilige Subfiguration. Entsprechend finden sich jeweils subfigurationsspezifische Ausprägungen eines Heimatgefühls oder einer Bindung an das Viertel.

Schlußfolgerung

Das Phänomen der deutschen, alternativen Einwanderer in das traditionelle Viertel Kölner Südstadt macht deutlich, daß die Konstellation "ausländische Migranten im innerstädtischen Wohnviertel" lediglich ein Spezialfall in einer pluralistischen Gesellschaft ist, die allgemein durch eine Vielfalt städtischer Lebensweisen gekennzeichnet wird. Die gewöhnlich als "Problem" thematisierte Ausländermigration wird so relativiert und als normales Kennzeichen der Innenstadt kenntlich. Darüber hinaus zeigen die sehr unterschiedlichen Verflechtungsmuster von Türken und Italienern, daß von dem Ausländerproblem ohnehin nicht die Rede sein kann.

Eine solche Konzeption dürfte im übrigen auch die einzig realistische Perspektive für eine "multikulturelle" Gesellschaft sein. Versteht man den Begriff Kultur in einem umfassenden Sinne einschließlich fundamentaler Aspekte wie etwa Recht oder Sprache, kann es eine multikulturelle Gesellschaft kaum geben. Was es aber geben kann, und was es innerhalb der deutschen Bevölkerung gibt, ist eine **multisubkulturelle** Gesellschaft mit einem gesellschaftlichen

Bestand an Gemeinsamem und diversen Spezifika von Teilgruppierungen. Wegen ihrer inhaltlichen Neutralität einerseits und der Offenheit für Verflechtungen zwischen Teilgruppierungen andererseits, bevorzugen wir die Begriffe Figuration und Subfiguration, welche mit kulturellen oder subkulturellen Grenzlinien im Einzelfall übereinstimmen können, es aber nicht müssen. Mögliche ethnisch definierte Subfigurationen bildeten lediglich neue Varianten eines bereits bestehenden Pluralismus. Eine gegenseitige Toleranz der einzelnen Subkulturen wäre übrigens Element der gemeinsamen Kultur.

Der etwa 600 Seiten umfassende Forschungsbericht an die Stiftung Volkswagenwerk, der (seiner Länge wegen) nicht vollständig veröffentlicht werden kann, kann bei den Autoren zum Selbstkostenpreis angefordert werden.

Mechthilde Kißler (Dipl.-Soz.-Wiss.)
Hochmeisterstraße 4
5000 Köln 80
Tel.: 0221/698291

Josef Eckert (Dipl.-Soz.-Wiss.)
Veledastraße 5
5000 Köln 1
Tel.: 0221/385341

**Abgeschlossene Diplomarbeiten und Dissertationen
in der WE Stadt- und Sozialforschung der Universität Bremen**

Carola Grönning: Wandel in der Tätigkeitsstruktur und räumliche Arbeitsteilung von Großunternehmen im Bereich der Dienstleistungstätigkeiten, Diplomarbeit 1986

Renate Suck: Gewerbeförderung in der Stadtentwicklung, Diplomarbeit 1986

Andreas Cebulla: Stadtplanung und Kontrolle - Der Fall Belfast Diplomarbeit 1986

Hiltrud Burwitz: Eine empirische Analyse der Entwicklungstendenzen des Quartiers am Buntentorsteinweg, Diplomarbeit 1987

Renate Siegel: Altenwohngemeinschaften - Eine Chance selbstbestimmten Lebens im Alter?, Diplomarbeit 1987

Horst Indorf: Stadterneuerung in Dänemark, Diplomarbeit 1987

Helene Kneip: Implementationsmöglichkeiten gesundheitspolitischer Programme, Dissertation rer.pol. 1988

Günter Tempel: Die Aussagekraft von Computersimulationen in den Sozialwissenschaften, dargestellt an einem Problem aus der Stadtforschung, Diplomarbeit 1988

Walter Marahrens: Selbsthilfe als Instrument der Wohnungspolitik?, Dissertation rer.pol. 1988

Wolfgang Biehusen: Wirtschaftskrise und Eigentumsbildung im Wohnungsbau, Dissertation rer.pol. 1989

Norbert Gestring: "Zukünfte" der Stadt - Szenarien zur Stadtentwicklung, Diplomarbeit 1989

Joachim Kahlert: Alltagstheorien in der Umweltpädagogik. Eine sozialwissenschaftliche Analyse, Dissertation phil. 1989

Universität Dortmund, FB Raumplanung

Forschungsprojekte

Chr. Hemmer, G. Hüfner, K.M Schmals: Lebenslage Alleinerziehender in München - Erfahrungen mit privaten, verbandlichen und staatlichen Hilfen, Hrsg., Sozialreferat der Landeshauptstadt München, München 1989

Einhard Schmidt-Kallert: Soziale und ökonomische Folgen der Umsiedlung am Volta-See - eine Evaluierung von Neusiedlerorten nach 25 Jahren, Juni 1989

Forschungsberichte aus dem FG Soziologie des FB Raumplanung der Universität Dortmund

SOZIOLOGIE

Reihe Stadt- und Regionalsoziologie

Band 1/2:
Klaus M. Schmals (Hg.)
Stadt und Gesellschaft
Ein Arbeits- und Grundlagenwerk
920 Seiten, Paperback
ISBN 3-89000-008-8

Band 3:
Michael Degen
Städterneuerung - Bewohnererneuerung
Umsetzung und marktvermittelte Bewohnerverdrängung als Folgen kommunaler Sanierungspolitik
277 Seiten, Paperback
ISBN 3-88295-047-1

Band 4:
Evelyn Engel
Wohnungsnot und inhumaner Wohnungsbau
Sind mit dem Bau von Eigenheimen in Selbsthilfe diese Probleme zu lösen?
205 Seiten, Paperback
ISBN 3-88295-048-X

Band 5:
Ingrid Breckner
Wohnungsnot und Gewalt
ca. 220 Seiten, Paperback
ISBN 3-89000-009-6

Band 6:
Christel Schachtner
Die Sorge um unser Zuhause
Stadtsanierung als objektiver Prozess und subjektives Erlebnis
276 Seiten, Paperback
ISBN 3-88295-050-1

Band 7:
Claus Schiffner
Wohnungsmodernisierung - Ausweg aus der Wohnungsnot?
Kritik des Wohnungsmodernisierungsgesetzes am Beispiel München-Haidhausen
204 Seiten, Paperback
ISBN 3-89000-001-0

Band 8:
Peter A. Berger
Herrschaftsform Stadt
Eine soziologische Rekonstruktion der Stadtgeschichte im Altertum
259 Seiten, Paperback
ISBN 3-89000-010-X

Band 9:
Kirsten Bruhns
Kindheit in der Stadt
ca. 200 Seiten, Paperback
ISBN 3-89000-011-8

SOZIOLOGIE

Aktuelle Forschungsarbeiten des IMU-Instituts

"Die andere Oberpfalz"

Qualitatives Wachstum zur Arbeitsplatzsicherung in der Metallindustrie und zur Verbesserung der Lebensbedingungen in der Region - ein regionales und branchenbezogenes Umbaukonzept
gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung

"Produkte für kommunalen Umwelt- und Ressourcenschutz - PUR"

Diversifikationsabschätzung auf Basis einer Potentialanalyse für Energieeinsparungen und Umweltverbesserung in der Region Augsburg
im Auftrag von MBB - Energie und Prozesstechnik

"Betriebliche Beschäftigungspläne und kommunale Pilotprojekte für qualitatives Wachstum in Mittelfranken"

Handlungsmodelle für betriebliche und kommunale Investitionspolitik
gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung

"Umsetzung von Humanisierungserkenntnissen - UHU"

Regionale Potentiale in der Verbreitung und Umsetzung von Erkenntnissen aus dem Forschungsbereich "Humanisierung des Arbeitslebens" in mittelständischen Betrieben der Region Mittelfranken
gefördert vom Bundesministerium für Forschung und Technologie; Projektträger HdA: DFVLR

Technologieberatung/Sachverständigentätigkeit beim Einsatz neuer Technologien in Betrieben

im Auftrag von Betriebsräten, Unternehmen

Aufbau einer Kontaktstelle für regionale Technologie- und Umweltberatung in Bayern

Ausbau der Informationsvermittlungsstelle ARTEUM (Arbeit, Technik, Umwelt) und der Regionalen Strukturberichterstattung (RSB)
gefördert vom Bundesministerium für Forschung und Technologie und von der Bundesanstalt für Arbeit

Folgeabschätzung "EG-Binnenmarkt" in den Bereichen Arbeit, Technik, Umwelt

im Auftrag der Landtagsfraktion der GRÜNEN

"Man and Biosphere - MAB"

UNESCO-Projekt, Ökosystemforschung Berchtesgaden, Szenarien zur regionalen Entwicklung in Wirtschaft und Tourismus
gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und vom Umweltbundesamt

"Umweltwirkungen durch vermehrte Freizeiteinrichtungen in der Stadtentwicklung"

gefördert vom Umweltbundesamt

Vorbereitende Untersuchungen und Beratungen zu Dorferneuerung und Stadtsanierung

im Auftrag von Kommunen

Händlerbefragung zu den BMW-Saisonaktionen

im Auftrag der Bayerischen Motoren Werke AG München

Expertise und Alternativen zu aktuellen regionalpolitischen Forschungsansätzen (am Beispiel des vom Bayer.

Wirtschaftsministeriums in Auftrag gegebenen regionalwissenschaftlichen Gutachtens von Prof. Böventer)
gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung

Regionale Abhängigkeit von der Rüstungsindustrie im Raum München,

gefördert vom International Labour Office (ILO)

Politische Voraussetzungen und sozioökonomische Folgen von Abrüstung in der Bundesrepublik Deutschland,

gefördert von der Volkswagen-Stiftung

IV. Lehrveranstaltungen

Universität Bremen, FB 9, WE Stadt- und Sozialforschung

Lehrveranstaltungen im Wintersemester 1989/90:

Projekt: Arbeitsgesellschaft im Wandel

Arbeitsgesellschaft im Wandel (Häußermann / Osterland / Reichelt)

Beschäftigungssystem und Dienstleistungen:
Frauenerwerbstätigkeit (Häußermann / Ostner)

Neue Technologien und nachtayloristische
Arbeitsorganisation (Osterland)

Begleitstudium

Stadtentwicklung und Dienstleistungssektor (Häußermann)

Megalopolis - Die Zukunft der Stadt (Jander)

**LEHR- UND FORSCHUNGSFELDER AM FACHGEBIET "SOZIOLOGISCHE GRUNDLAGEN
DER RAUMPLANUNG" AM FACHBEREICH RAUMPLANUNG DER UNIVERSITÄT DORTMUND**

Lehrveranstaltungen und Studienprojekte im Sommersemester 1989

Lehrveranstaltungen

Schmals/Zlonicky:

Metropolenentwicklung in den 90er Jahren und ihre Auswirkungen auf die Planungen des Ruhrgebiets - Die Beispiele London, Paris, New York und Emscherzone

Schmals:

Neue Technologien - Ihre gesellschaftlichen Konsequenzen im Raum der Bundesrepublik - Formen der Betroffenheit und sozialverträgliche Versuche ihrer Bewältigung

Reich:

Planung als Aufgabenfeld kommunaler Frauenbeauftragten

Reich:
Umsetzung feministischer Planungsansätze in Kommunalpolitik

Börstinghaus/Kuthe:
Handlungsfelder für Raumplaner: Wohnprojekte für die IBA-Emscherpark

Schmidt-Kallert:
Wohnungswesen II: Wohnungsprobleme in der Dritten Welt

Schmidt-Kallert/Kreibich:
Research Methods and Planning Surveys
(Studiengang SPRING des Fachbereichs Raumplanung)

Schmidt-Kallert/Kreibich:
Demography and social development
(Studiengang SPRING des Fachbereichs Raumplanung)

Müller:
Wie und worüber arbeitet ein Planungsamt?

Studienprojekte

Börstinghaus/Schmidt-Kallert:
Infrastrukturrevision am Beispiel der Stadt Arnberg

Müller/Schmals/Kunzmann:
Internationale Bauausstellung Emscherpark: Revitalisierung der Emscherzone.
Mit welchem Konzept ist ein Wettbewerbsbeitrag von uns möglich?

Schmals/Reinkober:
UVP in der kommunalen Praxis

V. Literatur - Hinweise

Armut im Reichtum

Erscheinungsformen, Ursachen und Handlungsstrategien
in ausgewählten Großstädten

Ingrid Breckner / Hubert Heinelt / Michael Krummacher /
Dieter Oelschlägel / Thomas Rommelspacher / Klaus M. Schmals

ca. 350 Seiten, Gießen: Germinal Verlagsgesellschaft mbH und
ProLit Buchvertrieb GmbH, 1989

Im Zentrum der Diskussion stehen aktuell beobachtbare Verarmungsprozesse der Bevölkerung in den Städten Bochum, Duisburg, Hannover und München. Sozialstatistische und sozialräumliche Erscheinungsformen von Armut, ihre kommunalpolitischen, ökonomischen und soziokulturellen Verursachungszusammenhänge sowie diesbezügliche subjektive und sozialpolitische Handlungsstrategien werden in unterschiedlicher Schwerpunktsetzung analysiert.

Im einzelnen enthält der Band drei eher historisch-theoretische Kapitel und vier Beispiele zu unterschiedlichen Ausformungen von Armut in den genannten Städten.

Das einleitende erste Kapitel erläutert die Fragestellungen und Erkenntnisinteressen der Autor/inn/en. Dabei steht die Frage nach der Entstehung sozialer Ungleichheit sowohl in schrumpfenden als auch in wachsenden Regionen und eine erste statistische Annäherung an die Ausformung sozialer Ungleichheit in den ausgewählten Städten im Vordergrund. Im zweiten Kapitel wird der Stand der allgemeinen und raumbezogenen Armutsforschung aufgezeigt. Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe - als die beiden gegenwärtig im Mittelpunkt der Diskussion stehenden Indikatoren für Armut - bilden den Schwerpunkt des dritten Kapitels.

Die Kapitel vier bis sieben enthalten Beispiele zu unterschiedlichen Aspekten von Verarmungsprozessen in den Städten Bochum, Duisburg, Hannover und München. Am Fallbeispiel Bochum wird der krisenbedingte »Umbruch einer Stadt« als ein Verursachungsprozeß von Armut diskutiert. In Duisburg-Bruckhausen stehen die räumliche Segregation armer Menschen und daraus resultierende soziale Umgangsformen mit Armut im Vordergrund. Das Beispiel Hannover stellt als

Schwerpunkt die verschiedenen Ausformungen von Arbeitslosigkeit und ihre Folgewirkungen als Entstehungskontext von Armut zur Diskussion. Die Luxus- und high-tech-Metropole München steht als Fallbeispiel für die Gleichzeitigkeit von Armut und extremem Reichtum in einer von Wachstum geprägten Region.

Quer durch die einzelnen Beispiele zieht sich die Diskussion um Verursachungskonstellationen von Armut, um entsprechende Deutungsmuster der Betroffenen sowie der verantwortlichen politischen Entscheidungsträger und um sozialpolitische Lösungsmöglichkeiten.

Das Buch wendet sich sowohl an Studierende der Raumplanung, der Sozialpädagogik, der Stadt- und Regionalsoziologie sowie der Politik- und Verwaltungswissenschaften, als auch an Mitarbeiter in kommunalen Sozialverwaltungen und an Mitglieder sozialer Beratungs- und Betreuungsprojekte bzw. -initiativen auf städtischer Ebene.

in der Reihe IMU-Studien

- 7 Gerhard Richter
Stuttgart - Problemregion der 90er Jahre? Gefährdungen der Arbeitnehmer durch Umstrukturierungsprozesse in der Metallindustrie im Wirtschaftsraum Stuttgart, München 1988
- 8 Stefan Köhler
Der Diffusionsprozeß von Teletex in der Bundesrepublik Deutschland; Eine Untersuchung zur räumlichen Ausbreitung und Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechniken, München 1987
- 9 Martin Grundmann
"Das machen hier alle"; Tätigkeitskombinationen in einer Fremdenverkehrsregion; Zur Arbeitssituation mehrfachbeschäftigter Bevölkerungsgruppen im Alpenpark Berchtesgaden, München 1988

in der Reihe IMU-Informationsdienst

- 1/88 H. Biehler, H. Ferchland, A. Gering, A. Kunz, F. Meyer, G. Richter, U. Richter, D. Sträter: Regionaler Strukturbericht Nordhessen; Ausgewählte Beobachtungsfelder - Bevölkerung, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, soziale Infrastruktur, Energie und Umwelt, Finanzen, München 1988
- 2/88 G. Richter, U. Richter: Strategien zum Abbau regionaler Gefährdungen - das Konzept einer arbeits- und naturorientierten Diversifikation im Wirtschaftsraum Stuttgart, München 1988 (ist auch Bestandteil der IMU-Studie 7)
- 3/88 F. Meyer, U. Richter: Dorferneuerung Jetzendorf, Sozialräumliche Bestandsaufnahme und Strukturanalyse, München 1987 (noch unveröffentlichter Projektbericht)
- 4/88 U. Richter: Vorbereitende Untersuchungen zur Sanierung nach Städtebauförderungsgesetz, Sozialräumliche Bestandsaufnahme und Bewohnermeinungen in Königsberg, München 1988 (noch unveröffentlichter Projektbericht)
- 5/88 H. Biehler, H. Ferchland, F. Meyer, U. Richter, D. Sträter: Regionaler Strukturbericht Donau-Wald; Ausgewählte Beobachtungsfelder - Bevölkerung, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, soziale Infrastruktur, technische Infrastruktur und Umwelt, Finanzen, München 1988
- 6/88 W. Krippendorf, G. Richter: Vorschläge zur Erhaltung der Arbeitsplätze in der Schuhindustrie im Raum Pirmasens mit kritischer Reflexion des McKinsey-Gutachtens "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur im Raum Pirmasens/Zweibrücken", München 1988
- 7/88 F. Meyer, F. Rehberg: Fallstudie Hattingen, Untersuchung zur Schaffung von stabilen Ersatzarbeitsplätzen für die im Rahmen der "Strukturanpassungsmaßnahmen" abgebauten Arbeitsplätze in der Stahlindustrie, München 1988

- 8/88 R. Fischer-Krippendorf, W. Krippendorf: Beruflicher Qualifikationsbedarf in der Region Nürnberg, Methodisches Instrumentarium zur regionalen Qualifikationsbedarfsabschätzung und Darstellung der Ist-Situation, München 1988
- 9/88 F. Meyer, F. Rehberg, G. Richter: Entwicklungsgesellschaft Altlastensanierung und Innovation, Beschäftigungsmöglichkeiten für die nicht übernommenen und nicht über den Sozialplan ausgeschiedenen Arbeitnehmer der Maxhütte i.K., München 1988
- 10/88 M. Grundmann, A. Kunz: Die Arbeitssituation in sozialpädagogischen Berufen; Eine Untersuchung im Auftrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, München 1988
- 1/89 M. Grundmann, U. Hölscher: Zeitgeographie - Ein systematischer Überblick, München 1989

in anderen Verlagen (Auswahl)

- G. Richter, U. Richter: Regionale Strukturpolitik zur Unterstützung betrieblicher Erhaltungs- und Umbaumaßnahmen; Ein Beitrag zur Überarbeitung des IG Metall Handbuchs "Handlungsanleitung bei drohenden Betriebsstillegungen", München 1988 (erscheint demnächst)
- H. Biehler, P. Liepmann: Personelle Verbindungen und intersektorale Finanzbeziehungen zwischen den größten deutschen Unternehmen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. (Vol.) 204/1, 1988
- G. Richter, D. Sträter: Vorbereitung und Aufbau eines regionalen Informationssystems - Kennziffern für die Region, in: Bierbaum/ Kröger/ Neumann (Hrsg.), Unternehmenspolitik und Interessenvertretung, VSA-Verlag, Berlin 1988
- D. Sträter: Szenarien als Instrument der Vorausschau in der räumlichen Planung, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Regionalprognosen - Methoden und ihre Anwendung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Band 175, Hannover 1988
- H. Biehler, U. Richter, K.-H. Tjaden: Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in der Ökosystemforschung; Die Programmatik von MaB, das MaB-6-Projekt Ökosystemforschung Berchtesgaden und der Beitrag der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zur Durchführung und Umsetzung des Berchtesgadener Forschungsprojekts, in: MaB-Mitteilungen 27 des Deutschen Nationalkomitees für das UNESCO-Programm "Man and Biosphere", Bonn 1988
- W. Nohl, U. Richter: Umweltverträgliche Freizeit, Freizeitverträglichkeit der Umwelt; Ansätze für eine umweltorientierte Freizeitpolitik im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik, Kirchheim/München 1987, in: Schriftenreihe des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS), Nr. 16, Dortmund 1988
- B. Huck, M. Grundmann, S. Lauxen, G. Richter: Rüstungsindustrie und Rüstungskonversion in der Region München; Firmen, Produkte, Beschäftigte und Perspektiven für die 90er Jahre, Campus-Verlag, Frankfurt/New York, 1989 (Verkauf auch über IMU-Institut)

70

Dieter Hoffmann-Axthelm

Die verparpte Stadt

Innenstadt Kassel, Zustandsanalyse und Methodik der Wiedergewinnung

Die verparpte StadtEndlich ist das Gutachten zugänglich, das der Berliner Fachmann für Stadtwahrnehmung und Sichtbarmachen der Stadtgeschichte, im Auftrag des Stadtplanungsamtes Kassel, für Kassel erstellt hat.

Es trägt in seiner Originalfassung den unscheinbaren Titel "Gutachten betreffend die Möglichkeiten, innerhalb der heutigen Innenstadt, Elemente der historischen Stadtgestalt zum Tragen zu bringen".

Dieter Hoffmann-Axthelm macht darin der Stadt Kassel Vorschläge, wie sowohl dem Stadtbewohner als auch dem Autofahrer, der Kassel auf dem Wege von Veilmar nach Bebra durchfährt, das Gefühl vermittelt werden kann, daß er sich auf historischem Boden bewegt und Schicksale vergangener Epochen unter seinen Füßen oder Rädern hat. Allzu glatt, allzu idyllisch ist nach Hoffmann-Axthelm der Wiederaufbau der 1950er Jahre, eine heile Welt aus malerischen Wohnhöfen, die allerdings von den unüberquerbaren Durchfahrtsstraßen zu Inseln gemacht werden.

Die Vorschläge Hoffmann-Axthelms sind nicht verkehrsgerecht. Er ist der Meinung, daß der Autofahrer im innersten Kern einer historischen Stadt schon einmal die Geschwindigkeit senken muß. Eine Annehmlichkeit für die Fußgänger und ein Mittel, wieder schlendernde Einkäufer in die Altstadt zu bringen; auch der Fahrer würde durch seine Bremsung um die Erfahrung reicher, daß sich die Mauern zwischen Landgrafenschloß und Bürgerstadt, daß sich das älteste Kasseler Rathaus wohl zerstören, aber nicht umgebaut machen lassen.

Die Anregungen Hoffmann-Axthelms werden eine breite Diskussion in der Kasseler Öffentlichkeit auslösen.

Die vorliegende Arbeit gilt einer einzigen Stadt, Kassel, der sie sich mit aller möglichen Intensität zuwendet. Sie beansprucht gleichwohl Verallgemeinerbarkeit. Gerade die Intensität des Eingehens auf den besonderen Fall Kassel macht andere Stadtsituationen in der Bundesrepublik durchsichtig. Das gilt besonders für vergleichbar zerstörte und vergleichbar spurlos im Kielwasser der Speer'schen Wiederaufbaustäbe neu errichteten Innenstädte.

Gesamthochschule Kassel 1989

Schriftenreihe des Fachbereichs Stadtplanung und Landschaftsplanung
Band 15

DREI NEUE STUDIEN
DER GESELLSCHAFT FÜR SOZIALWISSENSCHAFTLICHE STADTFORSCHUNG
(GSS e.V.), HAMBURG

Ulrich Schwinges und Klaus Kiehl
Die Eingliederung von Aussiedlern
Eine empirische Untersuchung in Hamburg

Die Zuwanderungen in die Bundesrepublik verstärken sich von Jahr zu Jahr. Doch nicht alle neuen Bürger sind gleichermaßen willkommen. Augenblicklich haben die DDR-Übersiedler den Aussiedlern aus Polen, der Sowjetunion und Rumänien den Rang abgelaufen - Asylbewerber befinden sich nun in der dritten Klasse. Noch bevor die Zahl der jährlichen Zuwanderer die die 100.000 überschritten hatte, haben die Verfasser die sich anbahnenden Probleme empirisch untersucht.

Die Studie behandelt das Ausmaß der Integration der Aussiedler anhand der Wohnraumversorgung, der Einkommen und Berufe, der politischen Einstellungen, der Kontakte zu anderen Gruppen und des Grades der Anomie. Begonnen in einer Zeit, als die Integration noch relativ unproblematisch erschien, werden zahlreiche Probleme dieser Personengruppe aufgedeckt. Bei den inzwischen weiter steigenden Zahlen an Neubürgern dürften sich diese Schwierigkeiten noch verschärfen. Deshalb ist diese Studie besonders aufschlußreich für alle Institutionen und Personen, die an Problemen der sozialen Integration interessiert sind, sowie jenen, die sich mit der Eingliederung dieses Personenkreises beschäftigen.

Christof Wolf
Die Hamburger Innenstadt: Ihre Benutzung und Bewertung

Fast alle Innenstädte von Großstädten weisen eine Zweiteilung auf: einen eher durch Warenhäuser geprägten Teil und einen eher durch kleinteiligen Einzelhandel geprägten Teil mit höherwertigem Angebot.

Wie diese beiden Teile der Innenstadt von Stadtbewohnern benutzt und vor allem wie sie bewertet werden, untersucht Wolf in seiner Studie über die City-West und City-Ost in Hamburg. Aufgrund einer umfangreichen Befragung von Passanten werden die Merkmale der Attraktivität der Teile der Innenstadt dargestellt. Darüber hinaus wird eine Typologie der Innenstadtbesucher erstellt.

Die Studie zeichnet sich durch eine sehr sorgfältige Erklärung der Besuchsgründe und der Attraktivität aus; hierzu wird ein nutzentheoretisches Modell herangezogen. Die Studie bietet so zugleich ein sehr gutes Beispiel für die Anwendung der Nutzentheorie und bietet durch ihre ausführliche statistische Auswertung ein zugleich anschauliches Beispiel dafür, wie sich derartige Studien anlegen und auswerten lassen.

Jens S. Dangschat und Jürgen Friedrichs
Gentrification in der Inneren Stadt von Hamburg

Seit Ende der 70er Jahre ist in allen Großstädten der Bundesrepublik in innenstadtnahen Wohnvierteln eine veränderte Tendenz abzulesen. Diese Standorte werden attraktiv für jüngere, besser verdienende Personen in kleinen, meist kinderlosen Haushalten; die Infrastruktur wird verändert und trifft nun zunehmend einen überlokalen Kundenkreis; in den Wohnungsbestand und das Wohnumfeld wird wieder investiert; Sanierungen und Modernisierungen haben diese Gebiete wieder einen hohen Wohnwert gegeben.

Diese Prozesse - in angelsächsischen Ländern "Gentrification" genannt - sind zwar offensichtlich, wurden bisher allenfalls in Einzelaspekten für eine bundesdeutsche Großstadt untersucht. Diese Studie über drei Wohnviertel in Hamburg ist nun die erste ihrer Art.

Anhand von Befragungen werden eine Reihe von Hypothesen zum Unterschied zwischen den einzelnen Beteiligten der Aufwertung ("Pioniere" und "Gentrifier") und zwischen den Untersuchungsgebieten (Phasenmodell) überprüft. Die Hypothesen richten sich auf: die Zuzugsmotive und -anlässe und mögliche Fortzugsgründe; die Wahrnehmung und Bewertung von Veränderungen im Haus und in der Nachbarschaft, der Infrastruktur und des Wohnungsbestandes; die Konflikte in und die Art der Nachbarschaft; die Wohnungsverorgung und schließlich die Einstellung zu Aspekten der Aufwertung.

Es wird gezeigt, daß sich der Prozeß der Gentrification auch in Hamburg nachweisen läßt; die Unterschiede im Vergleich zu den U.S.A. werden dargestellt.

Universität Dortmund

Hrsg. gemeinsam mit Planarium, Ring, Karhoff, Schmals, Voß: Emscher-Raum im Umbruch. Wohin führt die Strategie des IBA-Memorandums? Universität Dortmund, Februar 1989 (Arbeitspapier Nr. 3, Soziologische Grundlagen der Raumplanung, Fachbereich Raumplanung)

Sebastian Müller:
Zurück zur Landschaft und zugleich vorwärts in der Modernisierung. Der schwierige Spagat der IBA-Emscherpark, in: Müller et al., Hrsg., Emscherraum im Umbruch, Arbeitspapier Nr. 3, Soziologische Grundlagen der Raumplanung, Universität Dortmund 1989, S. S-29

Sebastian Müller:
La Décentralisation en Matière d'Aménagement du Territoire et les Associations autonomes, in: Procédéé du rencontre du C.N.R.S. à Berlin 5 au 7 Oct. 1989, Paris C.N.R.S. 1990

Wolfgang Börstinghaus:
Die ganze Welt der Bilder - Kinogeschichte in einem Stadtteil, in: Nordstadtbilder, Stadterneuerung und künstlerische Medien. Essen 1989

Wolfgang Börstinghaus:
Handbuch Kultur. 90 Modelle und Handlungsbedarf für die kommunale Kulturarbeit, in: Erny, Godde, Richter, Essen 1988, S. 105-126

Doris Reich:
Verbaute Städte - weiblicher Blick auf Wohnen und Planen, in: Keim, K.D., Hrsg., Arbeit an der Stadt, AJZ-Verlag, Bielefeld 1989, S. 116-136

Doris Reich:
Kommunale Frauenbeauftragte. Die Stadtplanung als Handlungsfeld - Eine Zwischenbilanz, in: RaumPlanung Heft 44, Dortmund 1989, S. 11-16

Doris Reich:
Frauen mischen sich ein - Beispiel: Marktplatzgestaltung Lünen-Alstedde, in: FreiRäume Heft 3, Dortmund 1989, S. 33-37 (mit M. Gramm)

Doris Reich:
Frauenforschung in der Planung. Zur Ausbildung von Planerinnen und Architektinnen, in: FreiRäume Heft 3, Dortmund 1989, S. 79-80

Doris Reich:
Frauenforschung in der Raumplanung, Arbeitspapier Nr. 4 des Fachgebiets Soziologische Grundlagen der Raumplanung, Dortmund 1989

Einhard Schmidt-Kallert:
Housing Policies and Squatters' Struggles in South-East Asia - Lessons for Ghana, in: Sam B. Amisshah (ed.), Planning for Development in the Third World, Problems and Solutions. Kumasi 1988, S. 165-172

(Redaktion):
Zum Beispiel Slums. Göttingen 1989 (Lamuv-Verlag, Süd-Nord Bd. 24)

Kofi Diaw und Einhard Schmidt-Kallert:
Volta-Resettlement Revisited. Fachbereich Raumplanung, Universität Dortmund
1989 (Forschungsbericht, als Manuskript vervielfältigt).

(Herausgeber und Autor):
Squatters' Struggles and Housing Policies in Asia. Dortmunder Beiträge zur
Raumplanung Bd. 48, Dortmund 1989

(Redaktion):
Zum Beispiel Staudämme. Göttingen 1989 (Lamuv-Verlag, Süd-Nord Bd. 29)
(im Druck)

Universität Dortmund, Fachbereich Raumplanung
Arbeitspapier Nr. 4
Doris Reich
Frauenforschung in der Raumplanung
Dortmund, April 1989

Bezugsadresse: Fachgebiet Soziologische Grundlagen der Raumplanung,
Fachbereich Raumplanung der Universität Dortmund
4600 Dortmund 50, Postfach 500500, Tel. 0231/755-2245

Gesamthochschule Kassel

Bettina Helmrich, Sonja Rühling

Freiräume im Sozialen Wohnungsbau?

oder: die feministische Lust patriarchales Übel aufzuspüren

Um eine Antwort auf diese Frage zu finden, setzen sich die Autorinnen in der Arbeit
mit Themen auseinander, die für die patriarchale Planung scheinbar keine Relevanz
haben; so z.B.

- was ist und wie wirkt das patriarchale Ordnungsprinzip,
- Auseinandersetzung mit dem Arbeitsbegriff,
- die Hausarbeit als Grundlage der kapitalistisch-patriarchalen Gesellschaft,
- geschlechtsspezifische Sozialisation in Zusammenhang mit Raumeignung etc.

Die Arbeit ist bewußt parteiisch, d.h. aus Frauensicht erarbeitet.

Diplomarbeit 1988, 115 S., Abb. Kassel 1988, H. 84

Platz nehmen oder Raum greifen

Standorte und Perspektiven feministischer Planung

Bericht der 3. Planerinnentagung am 23./24. Juni in Kassel

Ausgehend von den Fragestellungen, welchen Platz Planerinnen und Architektinnen sich
mittlerweile in der nach wie vor männerdominierten Berufswelt geschaffen haben und
ob sie dem Anpassungsdruck durch die Wertmaßstäbe der männlichen Kollegen erlegen
sind, oder welche eigenen Wege gegangen werden konnten, wurde dieses Jahr bei der
3. Planerinnentagung schwerpunktmäßig Ansätze einer feministisch orientierten
Theorie und Praxis der letzten Jahre vorgestellt und diskutiert. Die Dokumentation
des Tagungsberichts umfaßt die Referate sowie die Berichte und Thesen aus den Ar-
beitsgruppen. Sie wurden von einer Gruppe von fünf Frauen, die die Tagung organi-
siert haben, zusammengestellt.

ca. 200 S., Kassel 1989, H. 86

Manfred Kühn

Inszenierung des ländlichen Raumes

Betrachtet man sich die Inhalte und Leitbilder der staatlichen Politik im länd-
lichen Raum, so scheint eine grundsätzliche Wende eingetreten zu sein: statt die
"Flur" zu "bereinigen", werden heute ökologische Nischen und Biotope angelegt;
statt die dörfliche Eigenständigkeit durch Gebietsreformen zu brechen, sucht die
Dorferneuerung heute nach Resten von "lokaler Identität"; statt die kleinbäuer-
lichen Betriebe dem Strukturwandel zu opfern, sollen sie heute als "Landschafts-
pfleger" ein Auskommen finden. Mit der Übernahme "ökologischer" und landschafts-
ästhetischer Argumentationsmuster scheint der Staat Abschied genommen zu haben, von
seiner bisherigen Modernisierungspolitik. Hauptthese der Arbeit ist das genaue
Gegenteil: die neue Politik im ländlichen Raum setzt den Modernisierungsprozeß
auf neuer Stufe fort. Lediglich zum Ausgleich der zunehmenden Kosten und Risiken
der Modernisierung werden ökologische Bilder schöner Ländlichkeit inszeniert.
64 S., Abb. Kassel 1989, H. 87

**Ulfert Herlyn
Leben in der Stadt**

Zum Zusammenhang von
Familienphasen und städti-
schen Lebensräumen
Ca. 180 Seiten.

Zum Buch:

Wie verschränken sich die ver-
schiedensten Phasen der Fami-
lienentwicklung mit städti-
schen Umwelten? Entscheiden-
der Gesichtspunkt der
Untersuchung ist dabei, inwie-
fern in den einzelnen Phasen
des Familienzyklus die jewei-
lige Organisation von Wohnung
und Stadt die Lebenschancen
einengt oder erweitert. Die
Analyse geht davon aus, daß
das Organisationsmuster der
Stadt hinsichtlich der einzelnen
Familien- bzw. Lebensphasen
ungleich ist und zwar sowohl
was die Raumverteilungsmuster
als auch die Chancen der Rau-
meignung anbelangt. In ei-
nem theoretischen Aufriß wird
die stabilisierende Funktion
räumlicher Umgebung für die
Bewohner vor dem Hinter-
grund des Lebenslaufs zwi-
schen Institutionalisierung und
Individualisierung diskutiert.

Im ersten Teil des Buches
wird empirisches Material zu
den sich verändernden Anfor-
derungen an Wohnung und
Wohnumwelt aufbereitet. Dar-
gestellt werden in einer quer
dazu liegenden Betrachtung
spezifische Raumnutzungen
und Anforderungsprofile der
„Neuen Haushaltstypen“ be-
handelt.

In dem zweiten Teil wird die
Analyse von der Betrachtung
bestimmter Lebensräume
(Wohnung, Straße, Altbau- und
Neubauquartier, Gesamtstadt)
her ergänzt. Vorrangiges Ziel
ist es, die Chancenstruktur be-
stimmter sozial durchlebter
Räume für verschiedene Fami-
lienphasen und Lebensalters-
stufen deutlich zu machen.

Aus dem Inhalt:

1. Lebensverlauf und Stadt-
struktur: Ein Problemaufriß
Teil I Familienzyklus und
Wohnumwelt
2. Wohnung und Wohnumwelt
bei Familien in der
Expansionsphase
3. Wohnung und Wohnumwelt
bei Familien in der *Konsolidie-
rungsphase*
4. Wohnung und Wohnumwelt
bei Familien in der *Schrump-
fungsphase*
5. Wohnung und Wohnumwelt
bei *Neuen Haushaltstypen*
Teil II Relevanz städtischer Le-
bensräume für Lebens- und Fa-
milienphasen
6. Die *Wohnung* als Vertei-
lungsstelle von Lebenschancen
7. Die *Straße* als öffentlicher
Ort des Quartiers
8. Das innerstädtische *Altbau-
quartier* als lokaler Lebenszu-
sammenhang
9. Die *Neubausiedlung* als Sta-
tion in der Wohnkarriere
10. Die *Stadt* als Heimat

Ulla Terlinden
**Gebrauchswirtschaft und
Raumstruktur**

Der Wandel der Hauswirtschaft von
der mittelalterlichen „Ökonomie des
ganzen Hauses“ bis zur Hausarbeit
in der Industriegesellschaft und sei-
ne Auswirkungen auf Siedlungsent-
wicklung und Hausbau
Band 279 - Frauenstudien 17
Etwa 250 Seiten

Köln: Pahl-Rugenstein 1989

Wurde bisher die Stadt- und Regio-
nalentwicklung allein unter dem
Aspekt der Erwerbsarbeit untersucht
und dabei die Hauswirtschaft als ge-
sellschaftlich der Frau zugeordnete
Tätigkeit vernachlässigt, wird hier
die Relevanz der - nicht über den
Markt vermittelten und der häusli-
chen Selbstversorgung dienenden -
"Gebrauchsarbeit" für die Siedlungs-
entwicklung und den Hausbau ana-
lysiert. Die industriegesellschaftli-
chen Haushalts-, Siedlungs- und
Wohnweisen lassen sich, so ein Er-
gebnis, nicht einfach als Weiterent-
wicklung der vorangegangenen be-
greifen, sondern waren nach der
Auflösung der „Ökonomie des gan-
zen Hauses“ und dem Aufkommen
der - wesentlich vom Mann über-
nommenen - außerhäuslichen Er-
werbsarbeit grundlegend davon un-
terschieden.

Auszug aus den "Schnellinformationen" der BfLR über neu erworbene Literatur für die Bibliothek

- BEAB **Strubelt, Wendelin**
TITL Neuere Tendenzen der räumlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland.
IMPR In: Ifo-Schnelldienst, München 41(1988)17, S. 21-34, Kt.; Abb.; Tab.
SACH Raumentwicklung, Raumstruktur, Regionale Disparität, Indikator, Raumforschung, Raumplanungspolitik
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; Z 310
- BEAB **Wehling, Hans-Georg (Hrsg.)**
KORP Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart (Hrsg.)
TITL **Bevölkerungsentwicklung** und Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik.
IMPR Stuttgart: Kohlhammer 1988. 173 S., Abb.; Tab.; Lit. =Kohlhammer Taschenbücher. Bd.1081; Bürger im Staat
SACH Bevölkerungsentwicklung, Bevölkerungswissenschaft, Wirtschaftswachstum, Familie, Arbeitsmarkt, Bildung, Soziale Sicherheit, Bevölkerungspolitik, Familienpolitik
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; A 10 401
- KORP **Institut für Stadtforschung, Wien (Hrsg., Verant.)**
TITL **Wie wohnen wir morgen?** Dokumentation des Internationalen Symposiums "Lebensqualität in der Großstadt. Wohnbau u. Wohnumfeld unter Einbeziehung biologischer Aspekte".
IMPR Wien 1988. 204 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Inst.f.Stadtforsch. 82
SACH Sozialer Wohnungsbau, Großstadt, Wohnen, Wohnumfeld, Lebensqualität, Regional, Stadtentwicklung, Ökologie, Soziologie, Technologie, International
REGI Österreich, Wien
SIGN BfLR; B 11 168
- BEAB **Klitzing, Friedrich von (Bearb.)**
KORP Deutscher Städtetag, Köln (Hrsg.); Verband Deutscher Städtestatistiker (Auftr.); Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn (Auftr.)
TITL **Methodenstudie** Wohnungsmarktbeobachtung. Band 1; Band 2: Auswertungs- und Berichtskonzept.
IMPR Köln 1985-1988. ca. 208 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=DST-Beitr.z.Statist.u.-Stadtforsch. H.29;35
SACH Wohnungsmarkt, Wohnen, Wohnungsstatistik, Städtestatistik, Informationssystem
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 17 584/1-2
- BEAB **Haasis, Hans-Arthur**
TITL **Bodenpreise, Bodenmarkt und Stadtentwicklung.** Eine Studie zur sozialräumlichen Differenzierung städtischer Gebiete am Beispiel von Freiburg/Br. Zus. dt.; engl.
IMPR München: Minerva 1987. 403 S., Abb.; Tab.; Lit.=Beitr.z.Kommunalwiss. 23
SACH Stadtstruktur, Stadtentwicklung, Sozialökologie, Stadtplanung, Bodenpreis, Bodenmarkt, Immobilienmarkt, Regional
REGI Freiburg im Breisgau, BADW
SIGN BfLR; A 10 494

- KORP **Essen, Amt für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung, Wahlen und Stadtarchiv (Hrsg.)**
TITL **Soziale Ungleichheit im Stadtgebiet.** Methoden der Erfassung sozial-struktureller u. sozio-ökonomischer Disparitäten.
IMPR Essen 1987. ca. 111 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Unters.z.Stadtentwickl. 56
SACH Regionale Disparitäten, Stadtteil, Lebensqualität, Armut, Sozialstruktur, Sozialgruppe, Indikator, Themakarte
REGI Essen, NRW
SIGN BfLR; C. 19 056
- BEAB **Tessin, Wulf**
TITL **Umriss** städtischer Umland-Politik. Zus. dt.; engl.; franz.
IMPR In: Arch.f.Kommunalwiss., Stuttgart 27(1988)Bd.1, S.43-60, Tab.; Lit.
SACH Stadtwachstum, Stadt-Land-Beziehungen, Stadtumland, Verstädterung, Gemeindegebietsreform, Stadtregion
SIGN BfLR; Z 55a
- BEAB **Bleyer, Burkhard**
KORP TU München, Geographisches Institut (Hrsg.)
TITL **Verlauf einer Stadtteilkarriere: München-Milbertshofen.** Textband; Kartenband. Zus. engl.
IMPR Kallmünz: LaBleben 1988. ca. 275 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Münchener geogr.H. Nr. 58
SACH Stadtentwicklung, Stadtteil, Stadtquartier, Stadtforschung, Stadtgeographie, Wohnwert, Flächennutzung, Nutzungskonflikt, Bebauungsplan
REGI München-Milbertshofen, BAYR
SIGN BfLR; X 467/20a-b
- BEAB **Lichtenberger, Elisabeth; Faßmann, Heinz; Mühlgassner, Dietlinde**
KORP Österreichische Akademie der Wissenschaften, Kommission für Raumforschung, Wien (Hrsg.)
TITL **Stadtentwicklung und dynamische Faktorökologie.** Zus. dt.; engl.
IMPR Wien 1987. 262 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=Beitr.z.Stadt-u.Regionalforsch. Bd. 8
SACH Stadtentwicklung, Sozialökologie, Stadtforschung, Bevölkerungsstruktur, Bevölkerungswanderung, Gebäude, Theorie, Modell, Faktorenanalyse, Regressionsanalyse
REGI Wien, Österreich
SIGN BfLR, B 11 032
- BEAB **Clout, Hugh**
KORP Univ. of Cambridge (Hrsg.)
TITL **Regional variations in the European Community.**
IMPR Cambridge: Cambridge Univ.Press 1986. 128 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Cambridge Topics in Geogr. Ser.2
SACH Regionalentwicklung, International, EG, Regionale Disparität, Regionalpolitik
SIGN BfLR; B 10 995
- BEAB **Ingenmey, Franz-Josef (Bearb.); Kahnert, Rainer (Bearb.); Kunzmann, Klaus R. (Bearb.); Benfer, Wilhelm (Mitarb.); Jüngst, Stefan (Mitarb.); Sablotny, Andrea (Mitarb.); Thiele, Andreas (Mitarb.); Vedder, Uwe (Mitarb.)**
KORP Univ. Dortmund, Fachbereich Raumplanung, Institut für Raumplanung -IRPUD - (Bearb.); Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn (Hrsg., Auftr.)
TITL **Tendenzen** und Möglichkeiten der Städtinnenentwicklung für Industrie und Gewerbe.
IMPR Bonn 1988. 128 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Schriftenr."Forsch."d.Bundesminist.f.Raumordn.,Bauwes.u.Städtebau. Nr. 456

- SACH Kommunale Wirtschaftspolitik, Stadterneuerung, Stadtkern, Industriegebiet, Gewerbegebiet, Gebäudenutzung, Flächenrecycling
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 042
- BEAB Gudehus, Volker
KORP TU Braunschweig, Institut für Stadtbauwesen (Hrsg.)
TITL Ermittlung und Bewertung verkehrsbedingter Umweltwirkungen in Städten. Zus. dt.
IMPR Braunschweig 1988, ca. 334 S., Abb.; Tab.; Lit. Tech.Diss.; Braunschweig 1987=Veröff.d.Inst.f. Stadtbauwes. H.45
SACH Umweltbelastung, Regional, Stadtverkehr, Wirkungsanalyse, Umweltverträglichkeitsprüfung, Datenbank, Bewertungsmethode, Verkehrsplanung
REGI Dortmund, NRW
SIGN BfLR; X 466/29
- BEAB Schwencke, Olaf (Hrsg.); Schwencke, Christa (Mitarb.)
KORP Evangelische Akademie Loccum, Rehburg-Loccum (Hrsg., Veranst.)
TITL Eine Zukunft für unsere Dörfer. Kolloquium zur Europäischen Kampagne für den ländlichen Raum.=Europäische Kampagne für den ländlichen Raum; Nebentitel Rehburg-Loccum 1987. 325 S., Abb.; Tab.; Lit.=Loccumer Prot. 12/1987
IMPR Regionalentwicklung, Dorferneuerung, Ländlicher Raum, Gesellschaft, Kommunale Selbstverwaltung, Landwirtschaft, Kultur, Denkmalpflege, Fremdenverkehr, Regionalpolitik
SACH Bundesrepublik Deutschland, Europarat-Staaten
REGI BfLR; Y 448/176
SIGN
- KORP Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover (Hrsg., Veranst.); Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e.V., München (Veranst.)
TITL Städtebau und Landesplanung im Wandel, Auftrag u. Verantwortung in Rückschau u. Ausblick. Ergebnisse der gemeinsamen Jahrestagung 1987 in Frankfurt.
IMPR Hannover: Vincentz 1988. VIII, 260 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Veröff.d.Akad. f.Raumforsch.u.Landesplanung,Forsch.-u.Sitzungsber. Bd.174; 26.Wiss.Plenarsitz.
SACH Raumplanung, Landesplanung, Stadtplanung, Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftsentwicklung, Produktion, Umweltschutz, Siedlungsstruktur, Stadtstruktur, Raumplanungsziel
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 100
- BEAB Hass-Klau, Carmen (Hrsg.)
KORP Anglo-German Foundation for the Study of Industrial Society, London/Bonn (Hrsg.); Deutsch-Britische Stiftung für das Studium der Industriegesellschaft, London/Bonn (Verw.)
TITL New life for city centres. Planning, transport and conservation in British and German cities. To Dr Klaus Türke-Schäfer 1942-1987 whose perceptive work in this field will be much missed. Dr.; engl. Zus. engl.
IMPR London 1988. X, 298 S., Abb.; Tab.; Lit.
SACH Stadtentwicklung, Stadtkern, City, Attraktivität, Stadtplanung, Stadterneuerung, Stadtverkehr, Verkehrsberuhigung, Regional
REGI Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; A 10 476
- BEAB Guratzsch, Dankwart (Hrsg.)
TITL Das neue Berlin. Konzepte der Internationalen Bauausstellung 1987 für einen Städtebau mit Zukunft.=Internationale Bauausstellung Berlin 1987
IMPR Berlin: Mann 1987, 148 S., Abb.; Lit.=Gebr.Mann Studio-R.
SACH Stadterneuerung, Wohnungsbau, Wohnungsmodernisierung, Architektur, Städtebaugutachten
REGI Berlin
SIGN BfLR; A 10 393

- BEAB Friedrichs, Jürgen (Hrsg.)
TITL Soziologische Stadtforschung.
IMPR Opladen: Westdt.Verl. 1988, 440 S., Lt.; Abb.; Tab.; Lit.=Kölner Z.f. Soziol.u.Sozialpsychol. S.-H.29
- SACH Stadtforschung, International, Stadtsoziologie, Sozialökologie, Sozialwandel, Sozialstruktur, Regional, Stadtentwicklung, Stadtteil
SIGN BfLR; B 11 147
- BEAB Janich, Helmut; Kirschner, Brigitte (Mitarb.)
KORP Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn (Hrsg.); Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung -BiB-, Wiesbaden (Auftr.)
TITL Regionale Verteilung alter Menschen und deren Anforderungen an die von ihnen beanspruchte Infrastruktur.
IMPR Bonn 1988, XIV, 160 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
SACH Alter Mensch, Bevölkerungswanderung, Interregional, Wanderungsmotivation, Infrastrukturbedarf, Problemraum
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 19 733
- BEAB Hucke, Hochen (Hrsg.); Wollmann, Hellmut (Hrsg.)
TITL Dezentrale Technologiepolitik? Technikförderung durch Bundesländer u. Kommunen. Zus. dt.
IMPR Berlin: Birkhäuser 1989, 673 S., Tab.; Lit.=Stadtforsch.aktuelle. Bd.20
SACH Technologiepolitik, Regional, Bundesland, Gemeinde, Dezentralisation
REGI Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Berlin, Köln, NRW
SIGN BfLR; A 10 571* 1989 (11) DR/RR2.89
- BEAB Riescher, Gisela
TITL Gemeinde als Heimat. Die politisch-anthropologische Dimension lokaler Politik.
IMPR München: tuduv-Verlagsgesellschaft 1988, IV, 203 S., Lit. Soz.Diss.; Augsburg 1987=tuduv Stud.: R.Politikwiss. Bd. 21
SACH Gemeinde, Gemeindegebietsreform, Kommunale Selbstverwaltung, Aktionsraum, Demokratie, Kommunalpolitik, Raum, Sozialbeziehung, Regional, Umweltpsychologie
REGI Horgau, Augsburg/Raum, BAYR
SIGN BfLR; A 10 432
- BEAB Lompe, Klaus (Hrsg.)
TITL Die Realität der neuen Armut. Analysen der Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit u. Armut in einer Problemregion.
IMPR Regensburg: Transfer Verl. 1987. VIII, 308 S., Abb.; Tab.; Lit.=Kölner Schr.z.Soz.u.-Wirtschaftspolit. Bd.4
SACH Armut, Regional, Problemraum, Arbeitslose, Sozialhilfe, Erhebung
REGI Braunschweig/Raum, NDS
SIGN BfLR; B 11 117
- KORP Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn (Hrsg., Veranst.); Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn (Veranst.)
TITL Stand und Perspektiven der Forschungen über den ländlichen Raum: Ergebnisse eines Forschungskolloquiums am 23. u. 24. Sept. 1987.=Europäische Kampagne für den ländlichen Raum; Nebentitel
IMPR Bonn 1988. 293 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Schriftenr. "Forsch."d.Bundesminist. f.Raumordn.,Bauwes.u.Städtebau. Nr. 464
SACH Ländlicher Raum, Forschung, Raumforschung, Raumentwicklung, Siedlungsentwicklung, Dorferneuerung, Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftsentwicklung, Bildung, Kultur, Infrastruktur, Verkehr, Naturschutz, Literaturdokumentation
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 145

KORP Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main (Hrsg., Verant.)
TITL Die Zukunft der Städte und Regionen. Kämpfe u. Kampffelder einer alternativen Kommunalpolitik. Materialien eines kommunalpolitischen Kolloquiums am 27./28. September 1986 in Gladbeck.
IMPR Frankfurt/M. 1988. VI, 252 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Arbeitsmater.d.IMSF. 21
SACH Stadtentwicklung, Regionalentwicklung, Wirtschaftsentwicklung, Zukunft, Kommunalpolitik, Wirtschaftspolitik, Verkehrspolitik, Umweltpolitik, Partizipation
REGI Bundesrepublik Deutschland, USA
SIGN BfLR; B 11 080

BEAB Bielenberg, Walter; Koopmann, Klaus-Dieter; Krautzberger, Michael; Bauernfeind, Elisabeth (Mitarb.); Eichhorn, Gerhard (Mitarb.); Kleiber, Wolfgang (Mitarb.)
TITL Städtebauförderungsrecht. Band 1: Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen; Band 2: Förderung der Stadt- und Dorferneuerung. Kommentar u. Handbuch. 3. Aufl.-.....=Bis Lfg.13/1986 u.d.T.: Städtebauförderungsgesetz. B 8205
IMPR München: Vahlen 1987- Leseblattsammlung, Tab.; Lit.
SACH Städtebaurecht, Baugesetzbuch
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 169/1-2

BEAB Tengler, Hermann
KORP Institut für Mittelstandsforschung, Bonn (Hrsg.)
TITL Die Shift-Analyse als Instrument der Regionalforschung. Zus. dt.
IMPR Stuttgart: Poeschel 1989. IX, 303 S., Abb.; Tab.; Lit.=Schr.z.Mittelstandsforsch. N.F. Nr.28
SACH Regionalwissenschaft, Shiftanalyse, Regionale Disparität
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 246

TITL Nord-Süd-Gegensatz oder der schöpferische Sinn der Krise. Themenheft.
IMPR In: Stadtbauwelt, Gütersloh 98(1988), S.984-1047, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
SACH Stadtentwicklung, Immobilienmarkt, Gemeindefinanzen, Regionale Disparität, Stadtplanung, Stadterneuerung, Gewerbliche Brachfläche, Infrastrukturpolitik
REGI Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien
SIGN BfLR; Z 264a

BEAB Bukow, Wolf-Dietrich; Llaryora, Roberto
TITL Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minoritäten.
IMPR Opladen: Westdt.Verl. 1988. 193 S., Lit.; Reg.
SACH Ausländer, Volksgruppe, Sozialbeziehung, Sozialwissenschaft, Sozialpolitik
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; A 10 419

BEAB Krause, Detlef; Schäuble, Gerhard
TITL Jenseits von Klasse und Schicht. Verteilung von Lebenschancen zwischen traditionellem Reduktionismus u. aktueller Formenvielfalt. Eine empirische Analyse zur sozialen Gruppierung der Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland. Zus. dt.
IMPR Stuttgart: Enke 1988. 268 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.
SACH Privater Haushalt, Wohlstand, Sozialgruppe, Clusteranalyse
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 123

BEAB Dieck, Margret; Steinack, Regina
KORP Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Shankill (Hrsg.): European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Shankill (Verw.); Deutsches Zentrum für Altersfragen e.V., Berlin (Hrsg.); German Centre of Gerontologie, Berlin (Verw.)
TITL Gesellschaftliche Integration, soziale Interaktion, materielle und immaterielle Ressourcen: Aspekte der Situation älterer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Dt.; engl. Zus. dt.; engl.=Social integration, social interaction, material and non-material resources: Aspects of the situation of the elderly in the Federal Republic of Germany; Paralleltitel, engl.
IMPR Berlin 1987. X, 350 S., Tab.; Lit.
SACH Alter Mensch, Lebensqualität, Sozialbeziehung, Alteneinrichtung, Soziale Dienste, Sozialpolitik
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; A 10 410

BEAB Harms, Hans (Bearb.); Schubert, Dirk (Bearb.); Tornow, Britta (Bearb.); Ferner, Michael (Bearb.)
KORP TU Hamburg-Harburg, Forschungsschwerpunkt 6, Arbeitsbereich Städtebau (Hrsg.)
TITL Zukunft der Groß-Siedlungen. Bestand, Probleme, Perspektiven. Ein Tagungsbericht.
IMPR Hamburg 1988. 233 S., Abb.; Tab.; Lit.=Forschungsber. TU Hamburg-Harburg. Bd. 33
SACH Wohnsiedlung, Neuer Stadtteil, Trabantenstadt, Siedlungsentwicklung, Wohnen, Lebensqualität, Wohnungsbauunternehmen, Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnungsbau
REGI Bundesrepublik Deutschland, Schweden, Dänemark, Großbritannien
SIGN BfLR; C 19 782

BEAB Lütke-Daldrup, Engelbert
TITL Bestandsorientierter Städtebau. Möglichkeiten, Auswirkungen u. Grenzen der Innenentwicklung. Zur Bedeutung der Wohnungsbaupotentiale im Innenbereich der Städte u. Gemeinden. Zus. dt.
IMPR Dortmund: Dortmunder Vertrieb f.Bau-u.Planungslit. 1989. VII, 328 S., Abb.; Tab.; Lit. Tech.Diss.; TU Berlin 1988
SACH Städtebaupolitik, Stadterneuerung, Regionalplanung, Siedlungsentwicklung, Stadtentwicklung, Verdichtungsraum, Stadtumland, Flächenverbrauch, Flächenbedarf, Wohnbaufläche
REGI Frankfurt am Main/Umland, HESS
SIGN BfLR; C 19 934

KORP France, Ministere de l'Economie, des Finances et du Budget, Paris (Hrsg.); Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques, Paris (Hrsg.)
TITL Villes et campagnes. Zus. franz.
IMPR Paris 1988. 181 S., Abb.; Tab.; Lit.=Contours et caracteres
SACH Stadtentwicklung, Städtestatistik, Bevölkerungsentwicklung, Umwelt, Infrastruktur, Arbeitsmarkt, Lebenshaltung, Bildung, Öffentlichkeit, Zukunft
REGI Frankreich
SIGN BfLR; C 19 628

BEAB Savelsberg, Joachim, Hamm, Bernd; Fischer, Manfred; Simon, Karl-Heinz
KORP Univ. Trier, Fachbereich 4 - Stadt- und Regionalplanung (Hrsg.)
TITL Soziale und psychische Auswirkungen der Stadtplanung. Zus. dt.
IMPR Trier 1988. IV, 152 S., Abb.; Tab.; Lit.=Trierer Beitr.z.Stadt-u.Regionalplanung, Bd.14
SACH Stadtplanung, Raumwirksamkeit, Stadtsoziologie, Sozialökologie, Sozialpsychologie, Nachbarschaft, Fußgängerzone, Empirische Sozialwissenschaft
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; A 10 474

- KORP Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., Bonn (Hrsg.); Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., Kommission für Internationale Bevölkerungsfragen, Bonn (Veranst.)
TITL **Bevölkerungsrückgang** in der Bundesrepublik Deutschland. Analysen u. Auswirkungen. Vorträge anläßl. einer Veranstaltung im Nov. 1987 in Bonn.
IMPR Bonn 1988. 95 S., Abb.; Tab.; Lit.=Dokum., Inform., Meinungen, Nr.11
SACH Bevölkerungsentwicklung, Generatives Verhalten, Altersaufbau, Soziale Sicherheit, Bildung, Außenwanderung
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 19 576
- BEAB Richter, Gerhard; Heuken, Wilma (Mitarb.); Kastner, Deltev (Mitarb.); Ledig, Georg (Mitarb.); Fischer-Krippendorf, Ruth (Mitarb.); Rehberg, Frank (Mitarb.); Richter, Ursula (Mitarb.); Zieglgänsberger, Renate (Mitarb.)
KORP IMU-Institut für Medienforschung und Urbanistik GmbH, München (Hrsg.); Industriegewerkschaft Metall, Verwaltungsstelle Stuttgart (Auftr.)
TITL Stuttgart: Problemregion der 90er Jahre? Gefährdungen der Arbeitnehmer durch Umstrukturierungsprozesse in der Metallindustrie im Wirtschaftsraum Stuttgart. Eine regionale Branchenanalyse. Abschlußbericht.
IMPR München 1988, ca. 343 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Studien. 7
SACH Wirtschaftsentwicklung, Regional, Wirtschaftsraum, Wirtschaftsstruktur, Unternehmenskonzentration, Markt, Technologie, Berufsqualifikation, Unternehmenspolitik, Strukturpolitik
REGI Stuttgart/Raum, BADW
SIGN BfLR; C 19 653
- BEAB Kanzlerski, Dieter (Hrsg.)
KORP Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn (Hrsg.); Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn (Hrsg.)
TITL **Verkehrsberuhigung** und Entwicklung von Handel und Gewerbe; Materialien zur Diskussion.
IMPR Bonn 1988. 245 S., Abb.; Tab.; Lit.=Semin.-Sympos.-Arbeitspap. H33
SACH Verkehrsberuhigung, Regional, Gewerbe, Einzelhandel, Einkaufsverkehr, Einkaufsstraße, Attraktivität, Verkehrsplanung, Stadtplanung
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; Y 19 946
- KORP Deutscher Städtetag, Köln (Hrsg., Veranst.); Göttingen (Veranst.); Deutsches Institut für Urbanistik -Difu-, Berlin (Veranst.)
TITL **Kultur und Städtebau**. Dokumentation der Fachtagung vom 27.-28.4.1988 in Göttingen.
IMPR Köln 1988. 167 S., Lit.=DST-Beitr.z.Bild.-u.Kulturpolit, H.15
SACH Kultur, Regional, Gesellschaft, Stadtraum, Zukunft, Kommunalpolitik, Denkmalpflege, Städtebaupolitik
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 19 599
- BEAB Scharmer, Eckart (Hrsg.)
KORP Deutsches Institut für Urbanistik -Difu- Berlin (Hrsg.)
TITL **Spielhallen** in der Diskussion. Seminarbeiträge zu einem kommunalen Problem.
IMPR Berlin 1988. 191 S., Tab.; Lit.
SACH Freizeiteinrichtung, Stadtkern, Krankheit, Kommunalpolitik, Städtebaurecht, Bebauungsplan, Planungsrecht
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 19 584

- BEAB Bensel, Udo; Besecke, Annette; Ermer, Klaus; Grohé Tomas; Kreuder, Hanno; Winter, Joachim (Mitarb.)
KORP Deutsches Institut für Fernstudien, Tübingen (Hrsg.)
TITL Ökologische Orientierung beim Planen, Erneuern und Bauen.
IMPR Tübingen 1988. 268 S.; Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=Stadterfahrung-Stadtgestaltung. Bausteine z.Humanökol. 5
SACH Stadtökologie, Stadtplanung, Bauplanung, Regional, Umweltplanung, Stadterneuerung, Städtebaupolitik
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 19 601
- BEAB Beeck, Herbert (Hrsg.); Sauberzweig, Dieter (Hrsg.); Sund, Horst (Hrsg.); Wiehn, Erhard W. (Bearb., Hrsg.)
KORP Univ. Konstanz (Hrsg.; Veranst.)
TITL **Umwelt** und urbanes Wohnen. 10. Konstanzer Symposium vom 19. bis 21. Nov. 1987 an der Universität Konstanz.
IMPR Konstanz: Hartung-Gorre 1988. XVIII, 210 S., Ab.; Lit.
SACH Städtebauziel, Stadterneuerung, Wohnen, Umweltschutz, Regional, Zukunft
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; A 10 453
- BEAB Bremer, Dagmar
TITL Die räumlich-soziale Bedeutung von städtischen Umstrukturierungsprozessen am Beispiel von Altona-Altstadt/St. Pauli-Süd. Zus. dt.
IMPR Hamburg: Sautter u.Lackmann 1987. IV, 309 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit. Tech.Diss.; Hochschule für Bildende Künste Hamburg 1987
SACH Stadterneuerung, Wohnungsmodernisierung, Altstadt, Städtebauziel, Raumwirksamkeit, Lebensqualität, Regional, Wohnen, Sozialstruktur, Befragung
REGI Hamburg-Altona, Hamburg-St.Pauli, HH
SIGN BfLR; A 10 466
- BEAB Cheshire, Paul (Bearb.); Hay, Dennis (Bearb.); Carnonaro, Gianni (Bearb.)
KORP European Communities, Commission, Brussels (Hrsg.)
TITL **Regional** policy and urban decline. The Community's role in tackling urban decline and problems of urban growth.=Urban problems in Europe: A review and synthesis of recent literature; Nebentitel
IMPR Luxembourg: Office for Official Publ. 1986. 74 S., Abb.; Tab.; Lit.=Document
SACH Stadtentwicklung, International, EG, Städtebaupolitik, Regionalpolitik, Literaturbericht
SIGN BfLR; C 19 528
- BEAB Böventer, Edwin von; Hampe, Johannes; Koll, Robert (Mitarb.); Obermeier, Robert W. (Mitarb.)
KORP Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover (Hrsg.)
TITL Ökonomische Grundlagen der Stadtplanung. Eine Einführung in die Stadtökonomie.
IMPR Hannover 1988. XI, 379 S., Abb.; Tab.; Lit.=Beitr. Akad.f.Raumforsch.u.Landesplanung. Bd.112
SACH Stadtökonomie, Stadtplanung, Theorie, Stadtstruktur, Stadtgröße, Standorttheorie, Raummodell
REGI Bayern, Augsburg, BAYR
SIGN BfLR; B 11 238

- BEAB Streich, Bernd
KORP Univ. Bonn, Institut für Städtebau, Bodenordnung und Kulturtechnik (Hrsg.)
TITL Grundzüge einer städtebaulichen Leitbildtheorie. Zus. dt.
IMPR Bonn 1988. 157 S., Abb.; Tab.; Lit. Landwirtsch. Habil.; Bonn 1987=Beitr.zu Städtebau u. Bodenordn. 8
SACH Städtebauziel, Planungstheorie, Stadtplanung, Planungsprozeß
SIGN BfLR; C 19 891
- BEAB Lengsfeld, Wolfgang; Linke, Wilfried; Pohl, Katharina; Liebscher, Wolfgang (Mitarb.)
KORP Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung - BiB -, Wiesbaden (Bearb., Hrsg.)
TITL Familienbildung in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Panelstudie. Zus. dt.; engl.; franz.
IMPR Boppard: Boldt 1989. VII, 262 S., Abb.; Tab.; Lit.=Schriftenr.d.Bundesinst.f. Bevölkerungsforsch. Bd.17
SACH Familie, Privater Haushalt, Biographie, Befragung, Generatives Verhalten, Frauenerwerbstätigkeit, Berufsqualifikation, Lebenshaltung, Wohnen, Familienpolitik
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 245
- BEAB Sinz, Manfred; Steinle, Wolfgang J.
TITL Regionale Wettbewerbsfähigkeit und europäischer Binnenmarkt. Zus. dt.
IMPR In: Raumforsch.u.Raumordn., Köln 47(1989)H. 1, S.10-21, Lit.
SACH EG-Binnenmarkt, Wirtschaftsentwicklung, Regional, Wettbewerb, Wirtschaftsstruktur, Indikator, Clusteranalyse, Faktorenanalyse, Wirkungsanalyse
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; Z 700
- BEAB Marahrens, Walter
TITL Selbsthilfe als Instrument der Wohnungspolitik? Möglichkeiten u. Beschränkungen der Selbsthilfe im Wohnungsneubau unter besonderer Berücksichtigung der städtischen Wohnungsmärkte. Zus. dt.
IMPR Frankfurt/M.: Lang 1988. IV, 252 S., Abb.; Tab.; Lit. Wirtsch.Diss.; Bremen 1987=Eur.Hochschulschr., R.31. Bd.123
SACH Wohnungspolitik, Selbsthilfe, Wohnungsbau, Wohnungsmarkt, Neubau, Eigenheim, Wohnungsbaufinanzierung, Nachbarschaft, Wohnungsqualität
REGI Bundesrepublik Deutschland, Bremen
SIGN BfLR; A 10 611
- BEAB Behring, Karin; Börsch-Supan, Axel; Goldrian, Georg
KORP Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung e.V., München (Hrsg.)
TITL Wohnungsnachfrageprognose 1995. Analyse u. Prognose der Nachfrage nach Miet- u. Eigentümerwohnungen. Zus. dt.
IMPR Berlin: Duncker u.Humboldt 1988. 427 S., Abb.; Tab.; Lit.=Schriftenr.d.Ifo-Inst.f.Wirtschaftsforsch. Nr.121
SACH Wohnungsmarkt, Wohnungsversorgung, Mietwohnung, Eigentumswohnung, Wohnungsmarktprognose, Prognosemethode, Simulation
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 207
- BEAB Albers, Volker
TITL Neuere Tendenzen des Standortverhaltens von Großbanken.
IMPR Wiesbaden: Gabler 1987. 85 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=ÖIKOS. Stud.z.Ökon. Bd.18
SACH Standortplanung, Kreditunternehmen, Standortfaktor, Raumwirtschaftstheorie, Mathematisch-statistische Analyseverfahren, Unternehmenspolitik
REGI Bundesrepublik Deutschland, Bayern, Nordrhein-Westfalen
SIGN BfLR; A 10 202

- BEAB Brake, Klaus
KORP Univ. Oldenburg, Bibliotheks- und Informationssystem (Hrsg.)
TITL Phönix aus der Asche. New York verändert seine Stadtstruktur. Tertiäre Restrukturierung zwischen globaler Dynamik u. innerstädtischer Polarisierung.
IMPR Oldenburg/Oldb. 1988. LXVI, 204 S., Lt.; Abb.; Tab.; Lit.=Beitr.d.Univ. Oldenburg z.Stadt-u.Regionalplanung. 5
SACH Stadtentwicklung, Stadtstruktur, Großstadt, Stadtgestaltung, Wirtschaftsstruktur, Arbeitsmarkt, Flächennutzung, Arbeit, Wohnen, Wohlstand, Armut
REGI New York, USA
SIGN BfLR; A 10 542
- BEAB Franz, Peter
TITL Stadtteilentwicklung von unten. Zur Dynamik u. Beeinflussbarkeit ungeplanter Veränderungsprozesse auf Stadteilebene. Zus. dt.
IMPR Berlin: Birkhäuser 1989. 378 S., Tab.; Lit.=Stadtforsch.aktuell. Bd.21
SACH Stadtentwicklung, Stadtstruktur, Stadtteil, Altbau, Stadtrand, Kernstadt, Stadtumland, Sozialbeziehung, Modell, Stadtplanung
REGI Europa, USA
SIGN BfLR; A 10 600
- BEAB Henckel, Dietrich; Grabow, Dietrich; Kunert-Schroth, Heidrun; Nopper, Erwin; Rauch, Nizan; Hoffmann, Birgit (Mitarb.); Hohmeier, Jörg (Mitarb.); Knopf, Christa (Mitarb.)
KORP Deutsches Institut für Urbanistik - Difu-, Berlin (Hrsg.)
TITL Zeitstrukturen und Stadtentwicklung. Zus. engl.
IMPR Stuttgart: Kohlhammer 1989. 271 S., Abb.; Tab.; Lit.=Schr.d.Dt.Inst.f.Urbanistik. Bd.81
SACH Zeit, Arbeitszeit, Freizeit, Stadtentwicklung, Stadtplanung, Freizeitverhalten, Freizeiteinrichtung, Infrastruktur, Kultur, Verkehr, Wohnen, Gewerbe, Regional
REGI Bundesrepublik Deutschland, Hamburg, Essen, NRW, Frankfurt am Main, HESS, Stuttgart, Konstanz, BADW, München. BAYR
SIGN BfLR; B 11 272
- BEAB Heil, Karolus; Heil Sabrina (Mitarb.); Jahn, Susanne (Mitarb.); Muth, Alexander (Mitarb.); Nicolaus, Christel (Mitarb.)
KORP Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge, Frankfurt/Main (Hrsg.); Bauausstellung Berlin GmbH (Auftr.)
TITL Altenhilfe als Konzept der Stadterneuerung. Probleme alter Menschen im Prozeß der Sanierung u. Modernisierung. Ansätze u. Kriterien einer sensiblen Planungsstrategie. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung in drei Berliner Altbauquartieren.
IMPR Frankfurt/M. 1988. XIII, 167 S., Abb.; Tab.; Lit.=Arbeitshilfen. H.38
SACH Stadterneuerung, Alter Mensch, Alteneinrichtung, Stadtsanierung, Wohnungsmodernisierung, Soziale Dienste, Stadtquartier, Sozialstruktur
REGI Berlin
SIGN BfLR; A 10 630
- KORP Bauakademie der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin/Ost (Hrsg.)
TITL Langfristige Entwicklung des Städtebaus und der Erzeugnisse im komplexen Wohnungsbau. 39. Tagung der Sektion Städtebau und Architektur gemeinsam mit der Sektion Wohnungs- und Gesellschaftsbau, Berlin, 17. Dez. 1988.
IMPR Berlin/Ost: Bauinformation 1988. 46 S., Abb.; Tab.; Lit.=Bauforsch.-Bauprax. H.214
SACH Stadtplanung, Wohnungsbau, Zukunft, Architektur, Flächennutzung, Parken, Freiflächenplanung
REGI DDR
SIGN BfLR; C 19 665

Ausgewählte Veröffentlichungen
aus der Bundesforschungsanstalt
für Landeskunde und Raumordnung

Informationen zur
Raumentwicklung

Infrastrukturentwicklung unter veränderten
Rahmenbedingungen
Regionale Infrastruktur II
Heft 1.1989, DM 7,--

Regionalplanung als Zukunftsaufgabe
Heft 2/3.1989, DM 14,--

Technischer Wandel und räumliche Entwicklung
Heft 4.1989, DM 7,--

Aussiedler - erneut ein räumliches Problem?
Heft 5.1989, DM 7,--

Aktuelle Bodenmarktsituation
Heft 6/7.1989, DM 14,--

Seminare - Symposien -
Arbeitspapiere

Bodenbelastung durch die Flächeninanspruchnahme
von Infrastrukturmaßnahmen
Heft 34 (1989), DM 14,--

Digitale geometrische Daten II
Heft 35 (1989), DM 24,--

Städtebau und Verkehr
Heft 36 (1989), DM 14,--

Die Veröffentlichungen sind über den Buchhandel zu beziehen oder beim
Selbstverlag der BfLR, Postfach 20 01 30, 5300 Bonn 2